

# Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538, Entgelt bezahlt

Frühjahr 2016  
Nr. 191, 45. Jahrgang  
Nürnberg  
3,- €

**Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!**

## Drei Landeswahlen werden zur Volksabstimmung über Flüchtlingspolitik Zu aktuellen innen- und europolitischen Tendenzen

Der sexistische Gewalt in der Silvesternacht in Köln und anderen großen deutschen Städten wie Düsseldorf, Hamburg, Frankfurt, Stuttgart, Nürnberg durch vermeintlich „nordafrikanisch aussehende“ junge Männer auf Frauen, haben in Politik, Medien und Öffentlichkeit eine heftige Debatte um Flüchtlinge, Migration, Asylpolitik und öffentliche Sicherheit ausgelöst. Nicht nur die Polizei und ihre oberste Leitung, auch die zuständigen Verantwortlichen in der Politik bis in die Berliner Regierungsebene sind dabei in das Blickfeld anhaltender Kritik geraten. Besonders rechte Protestgruppierungen wie Pegida und die Partei AfD scheinen davon am stärksten zu profitieren, die AfD mit seit Jahresbeginn deutlichen bis zu zweistelligen Zuwächsen in der WählerInnengunst, Schon sehen die Medien „Deutschland im AfD-Sog“. Kanzlerin Merkel hält dagegen den Höhenflug der Rechtspopulisten nicht von Dauer. Die drei Landtagswahlen am 13. März in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt wurden indessen zum Debakel von rechts.

### „Asylpaket II“ verabschiedet

Kanzlerin Merkel, sich selbst widerlegende Verkünderin der Parole, das Asylrecht kenne keine Obergrenze (wohl aber drastische Verschärfung!), verlangte nach Köln eine „harte Antwort des Rechtsstaats“. SPD-Justizminister Maas sprach angesichts solchen ungeheuerlichen Verhaltens von Menschen gar von



*Scurrile Mischung auf einer typischen Pegida-Demonstration, hier am 19. Oktober letzten Jahres in München: Faschisten, Reaktionäre, Rassisten und andere Irre.  
Foto: Thomas Bergmann, thomasbergmannfotografie.wordpress.com*

„Zivilisationsbruch“. Von der Bundesregierung kam das deutliche Maßnahmesignal, Abschieberecht und Ausweisungspraxis zu verschärfen. SPD-Wirtschaftsminister und Kanzlerin-Vize Gabriel forderte einen strengeren Kurs in der Flüchtlingspolitik

mit Einführung fester Kontingente für die Flüchtlingsaufnahme. Die Zuwanderung müsse deutlich unter die Zahlen von 2015 gesenkt werden usw. Nach zähen, parteiideologisch

*Fortsetzung auf Seite 3*

### Inhalt

Zu aktuellen innen- und europolitischen Tendenzen	S. 1
Gedanken zum Syrienkonflikt – kommunistische Positionierungen	S. 8
Syrien – Geschichte und Gesellschaft	S. 14
Syrien – Religionen	S. 20
Eine andere Sicht auf die „Flüchtlingsfrage“	S. 23
Theodor Bergmann: Mit 100 immer noch ein Kämpfer	S. 25
Die Parlamentswahlen in Polen und ihre politischen Folgen	S. 27
Politische Entwicklungen in Griechenland	S. 34
Zuschriften an die Redaktion	S. 39

## In eigener Sache

Die von den USA und anderen imperialistischen Ländern entfesselten Kriege haben vor allem im Nahen Osten zu Chaos und blutigen Bürgerkriegen und letztendlich zur Zerstörung ganzer Staaten geführt. Durch die Einmischung von Außen kam es zu einer dramatischen Verschärfung der Lage. Es ging um künftige Einflussgebiete und Vormachtstellungen; besonders in Syrien kämpften die USA, die übrigen NATO-Mächte, Rußland, der Iran und Saudi-Arabien um das zerrissene Land. Die Türkei möchte unter allen Umständen und anscheinend auch mit allen Mitteln selbständige Kurdengebiete verhindern.

Aus den zerstörten Städten und zerbombten Gebieten in Syrien fliehen deshalb Millionen von Menschen innerhalb des Landes, in die Nachbarländer oder ins sichere Westeuropa, vor allem nach Deutschland. Sie haben dort eine schwere politische Krise ausgelöst, die sogar die Europäische Union zu zersetzen droht. Deutschland hat im vergangenen Jahr über eine Million Flüchtlinge aufgenommen, etwa die Hälfte davon kam aus Syrien. In der BRD und auch in anderen EU-Staaten haben die Folgen der Bewältigung dieses Ausnahmezustands – die nur zu oft unzureichend war – zu politischem Rumoren und zu einer Rechtsentwicklung geführt. Ohne die massenhafte Unterstützung von freiwilligen Helfern wären die staatlichen Systeme längst zusammengebrochen. Das Parteiengefüge in Deutschland ist in Bewegung gekommen; dies zeigen auch die Ergebnisse der Landtagswahlen. Darauf gehen wir in einem Artikel zur Innenpolitik ein. Ein anderer Artikel betrachtet die Flüchtlingsfrage aus

einer ungewohnten Perspektive. Das Thema wird uns noch länger beschäftigen, handelt es sich doch um einen weltweiten Änderungsprozess, der in der ungleichen ökonomischen und sozialen Entwicklung der Länder der Welt seinen Grund hat. Die Klimakrise wird dies zukünftig noch verschärfen und die kapitalistischen Krisen. Die Fluchtwellen sind auch eine Folge der Globalisierung; nur ein kleiner Teil davon kommt bei uns in Europa an.

Besonders angenommen haben wir uns der Ursachen der Fluchtbewegungen, soweit sie Syrien betreffen. Sie sind ohne Kenntnisse der Verhältnisse schwer zu verstehen. Wir versuchen, ihnen auf den Grund zu gehen. Ein befreundeter Genosse, der seit einiger Zeit mit uns im Diskussionsprozess ist, hat uns einen Grundsatzartikel zu Syrien zur Verfügung gestellt.

Aus Polen erhielten wir einen Insiderbericht über die dortigen politischen Zustände und über die schwierige Lage der kommunistischen Kräfte.

Beim Erstellen der letzten Winternummer hatten wir massive technische Probleme; letztendlich waren wir froh, die Arsti überhaupt rechtzeitig herausbringen zu können. Aus diesem Grund drucken wir u.a. das Referat eines Syriza-Genossen, das er bei der Jahreskonferenz im Herbst in Nürnberg gehalten hat, erst in dieser Nummer ab. Wir bitten um Entschuldigung.

Eine Kritik der KKE in der Vergangenheit schließt sich den Ausführungen über Griechenland an.

Wir gratulieren dem Genossen Theodor Bergmann herzlich zum 100. Geburtstag und würdigen in einem Artikel sein bewegtes Leben.

Im Dezemberheft ist uns ein Druckfehler unterlaufen. Auf Seite 2 „zu neuen Kriegen“, muss es natürlich heißen: 134 Millionen und nicht Milliarden für die neue „Syrien-Mission“ der Bundeswehr.

Das Sommerseminar der Gruppe findet am 28./29. Mai wieder in München statt. Als Themen sind geplant: Rechtsentwicklung, Flüchtlinge.

**Wir bedanken uns für den finanziellen und politischen Beistand unserer Leserinnen und Leser, den wir auch weiterhin dringend brauchen. Für die Jahresabos – und nicht nur für die – legen wir einen Überweisungsschein bei.**



### Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg  
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org  
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08  
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

geprägten Verhandlungen innerhalb der Regierungskoalition wurde das sog. Asyl-Paket II, das eigentlich zum 1. Januar schon hätte in Kraft treten sollen, am 25. Februar mit der großen Mehrheit von 429 Ja-Stimmen gegen 147 Nein-Voten, davon 30 von der SPD, verabschiedet. Es beinhaltet jetzt u. a. schnellere Bearbeitungsverfahren, gesonderte Registrierzentren für Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive, eine schnellere Ausweisung straffälliger Ausländer und die Aussetzung des Familiennachzugs für zwei Jahre bei Menschen mit eingeschränktem Schutzstatus. Ein einheitlicher Flüchtlingsausweis ist in Vorbereitung. Menschenrechtsgruppen zeigten sich entsetzt über die willkürliche Erklärung weiterer Länder wie Marokko, Algerien und Tunesien zu „sicheren Drittstaaten“, um in sie leichter abschieben zu können. Die grüne Parteivorsitzende Simone Peter forderte de Maizières Rücktritt. Er sei mit dem Flüchtlingsaufkommen offenbar überfordert, warte mit immer neuen Scheinlösungen auf und trage die Hauptverantwortung für das Durcheinander bei der Regelung des Familiennachzugs.

In der Sache lief beim Koalitionsstreit alles auf Flüchtlingsabwehr und lediglich Nuancen bei den Mitteln und Wegen dahin aus. Zwischen Merkel und den LänderpräsidentInnen wurde in der Frage Wohnungsbauförderung und Kostenbeteiligung des Bundes an Integrationsmaßnahmen zusätzlich noch eine Bund-Länder-AG vereinbart, die bis Ende Februar ein Integrationskonzept erarbeiten sollte. Diese bürokratischen Mühlen mahlen viel zu langsam, es bedeutet für die Betroffenen weitere unnütze lange Wartezeiten, Hauptsache man kann der mit der Lage immer unzufriedeneren Bevölkerung demonstrieren, man habe miteinander gesprochen und tue etwas.

Die wiederholte Drohung von Horst Seehofer (CSU) mit einer Verfassungsklage der bayerischen Staatsregierung gegen die Merkel-Gabriel-Regierung, vermochte wegen juristischer Fragwürdigkeit und Erfolglosigkeit eines solchen Schrittes kaum zu beeindrucken. Hessens CDU-Ministerpräsident Bouffier, nicht gerade ein Merkelfreund, schoss gegen die Kanzlerin und äußerte Zweifel an ihrer „europäischen

Lösung“ des Flüchtlingsproblems, er wollte zudem den Bund verstärkt in die finanzielle Kostenpflicht genommen wissen. Bei einem Besuch de Maizières Anfang Februar in einem Polizeitrainingszentrum im nordafghanischen Masar-i-Sharif, wo deutsche Polizei ihre afghanischen Kollegen jetzt verstärkt in Grenzkontroll- und Überwachungsmethoden gegenüber der eigenen Bevölkerung berät und ausbildet, versicherte er das Land am Hindukusch weiterer Unterstützung mit deutscher Polizei (zur Zeit 50 AusbilderInnen) und Bundeswehr (980 SoldatInnen), verlangte dafür aber sozusagen als Gegenleistung der Bevölkerung, in der eigenen Heimat zu bleiben und nicht mit Ziel Deutschland zu flüchten, wo im Gegensatz zu vielen falschen Gerüchten nicht die erhofften Bedingungen herrschen würden (Wer wird's ihm noch glauben?). Die Zahl registrierter afghanischer Asylanträge war von noch 9.700 in 2014 auf 150.000 im vergangenen Jahr gestiegen.

### Meinungsumschwung

Erstmals ermittelte das ZDF-Politbarometer nach den Silvester-Vorfällen in seiner Umfrage, dass 60 Prozent (danach sogar 80 Prozent) der Befragten die Ansicht vertreten, Deutschland könne die hohe Zahl an Flüchtlingen nicht mehr verkraften, im Dezember waren es noch 46 Prozent. Nur noch 37 Prozent halten die Belastungen für verkraftbar. Etwa jeder Dritte bekundete, die eigene Einstellung nach Köln geändert zu haben. Glaubt man Presseberichten, wächst seither in der Bevölkerung das Bedürfnis nach Selbstverteidigung und Abwehrwaffen.

In zahlreichen Städten und Gemeinden bilden sich vermehrt zweifelhaft selbsternannte Bürgerwehren, um parapolizeilich mit eigenen Schutzstreifen für „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen.

### Wasser auf AfD-Mühlen

Besonders für rechtsnationale und rechtsextreme Gruppierungen wie AfD und Pegida musste sich das Verdachtsmoment „Ausländer“ und „Flüchtlinge“ als Kriminelle und das

Muster der Straftaten als willkommen erweisen, ihr generell feindliches politisches Auftreten gegen Asylsuchende und Flüchtlinge pauschal bestätigt zu sehen wie auch ihre Hasspolitik damit weiter zu befeuern. Die Rhetorik dazu steigerte sich noch als die AfD-Parteivorsitzende Petry gegenüber dem *Mannheimer Morgen* erklärte, dass an der deutschen Grenze zur Abwehr illegaler Flüchtlinge notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch zu machen wäre. Hinterher relativierte sie sich und prangerte die Medien der Entstellung und Manipulation ihrer Aussage an. Auch Petry ist mittlerweile in der stark rechtsdriftenden AfD nicht mehr unumstritten, die ihre Mühe hat, bei Talkshows z. B. die offene Rassistenhaltung des Thüringer AfD-Vorsitzenden Bernd Höcke noch argumentativ zu decken. Wegen des von Dezember 2015 auf April 2016 verschobenen Programm-Parteitags hat die 19.000 Mitglieder zählende Rechtspartei noch nicht mal ein einheitliches Parteiprogramm. Nach der Umfrage vom 26. 2., was wäre, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre, stünde die AfD bundesweit bei 10 Prozent, wäre damit viertstärkste Kraft, was sie vor allem den schwächelnden beiden Großparteien zu verdanken hat, denen offenbar die WählerInnen nach rechts davonlaufen.

### Die prekäre Lage in der EU

Nach den Köln-Ereignissen hat die Slowakei durch ihren sozialdemokratischen Regierungschef Fico verkündet, überhaupt keine Muslime mehr ins Land zu lassen. Bei den Wahlen vor kurzem schnitt er damit gut ab. In Polen hat die neue rechtsnationale PIS-Regierung die Grenzschotten für Flüchtlinge dicht gemacht, obwohl beides Länder sind, die bisher nur sehr marginale Flüchtlingsmengen aufnahmen. Niemand will in diese Länder flüchten. Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos ermahnte Bundespräsident Gauck in seiner Rede am 20. 1. osteuropäische Länder bevormundend zur Solidarität in der Flüchtlingsfrage und sprach damit ins Blaue hinein. Ende Februar war es dann soweit, dass auch die mazedonisch-griechische Grenze so gut wie geschlossen wurde und nichts

mehr ging. Zwischen 13 und 17.000 Flüchtlinge, davon etwa 40 Prozent Kinder, sitzen derzeit auf griechischer Seite fest, harren aus bei miserablen Aufenthaltsbedingungen unter dünnen Zelten im Freien und Morast und Schlamm, viele leiden akut an Atemwegs-Erkrankungen. Anfang März kam es wegen der katastrophalen Zustände am Grenzübergang Idomeni zu ersten Unruhen, Protesten und Ausschreitungen gegen die Grenzanlagen, denen die Polizei mit Tränengasangriffen und Gewalteinsetzungen begegnete. Wer von dem tagelangen Warten in Kälte und Regen genug und die 25 Euro für eine Busfahrkarte hatte, fuhr zurück nach Athen. Nun rücken Albanien und Italien in den Blick der Flüchtlinge, vielleicht dort weiterzukommen. Und es werden noch mehr werden. Und alles, um in den Ländern auf der sog. Balkanroute endlich vermelden zu können: heute Null Flüchtlinge! Österreich hat bei der Flüchtlingsaufnahme für 2016 eine Obergrenze von 37.500 festgelegt und seinen Beitrag zum UN-Flüchtlingswerk eingefroren. Der 37.501. würde strikt abgewiesen. Im Nachbarland ist am 24. April Präsidentschaftswahl, die rechte FPÖ steht derzeit nach einer Gallup-Umfrage bei deutlich über 30 Prozent und wäre mit Abstand stärkste Kraft (SPÖ 22, ÖVP 23 Prozent). SPÖ/ÖVP-Kanzler Faymann, bis vor kurzem noch einer der letzten Verbündeten Merkels, hätte keine Machtbasis mehr. Die bislang noch funktionierende Achse Paris-Berlin ist so gut wie zerbrochen. Premier Hollande verweigert die europäische Kontingentlösung (Frankreich hatte 2015 lediglich 30.000 Flüchtlinge aufgenommen, dafür aber schon 2011 830.000 Einwanderungen zu verzeichnen) und muss im nächsten Jahr im April bei den Präsidentschaftswahlen fürchten, von Marine Le Pen vom rechten Front National, der im vergangenen Dezember im 1. Gang mit knapp 28 Prozent die Regionalwahlen gewann, als stärkste Kraft abgelöst zu werden. In Großbritannien steht für diesen Juni das EU-Referendum ins Haus mit möglichem Ausgang eines Votums der Bevölkerung für einen EU-Austritt („Brexit“). Kanzlerin Merkels Interview-Auftritt am 28. Februar in der Sendung Anne Will war inhaltlich eher von gefälliger Phraseolo-

gie als wirklicher Lösungsstrategie gekennzeichnet, indem sie nach wie vor auf eine doch überwiegend als gescheitert anzusehende europäische Flüchtlingspolitik und ihre bekannte Wir-schaffen-das-Einstellung setzt. Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn dagegen beklagte kurz zuvor noch die fehlende Linie in der EU, man steuere geradewegs in die „Anarchie“.

Bei einer Pressekonferenz am 2. März in Berlin gab der Ökonom, ehemalige griechische Finanzminister und einstige Verhandlungsführer Varoufakis kurz vor dem EU-Türkei-Gipfel am 7. März die schon länger von ihm angekündigte Gründung seiner neuen paneuropäischen Initiative *Democracy in Europe Movement 2025 (DiEM25)* bekannt. Als, wie er sagte, Alternative zum „Renationalisierungs-Irrweg“, gegen Unterwerfung unter „anti-demokratische EU-Institutionen“ und eine „Schattenwelt aus Bürokraten, Bankiers und nicht gewählten Beamten“. Es ginge nicht um eine neue Partei oder Parteipolitik, sondern eine breite grenzüberschreitende Sammlung von „Kritikern der EU-Institutionen“ von Irland bis Rumänien, Finnland bis Griechenland, um „mehr Transparenz“ und eine „Erneuerung der EU von unten“. Die europaweite Initiative wird von zahlreichen Prominenten aus dem Kultur- und Politikbereich wie Brian Eno (Musiker), Ken Loach (Filmregisseur), Toni Negri, James K. Galbraith (US-Ökonom, Autor von *Der geplünderte Staat oder was gegen den freien Markt spricht*, 2010), Julian Assange (wikileaks), Julien Bajou (frz. Grünen-Sprecher), Walter Baier (ehem. KPÖ-Vorsitzender) u. v. a. sowie der Partei Die Linke unterstützt. DiEM25 veröffentlichte ein „Manifest für die Demokratisierung Europas“ als Sofort- und mittelfristiges Aktionsprogramm (siehe diem25.org). Kritiker wie der ehemalige attac-Aktive und jetzige grüne EU-Parlamentarier, Sven Giegold, stimmen zwar in Vielem zu, werfen Varoufakis aber auch „populistisches Brüssel-Bashing“ vor.

Eine große Mehrheit der 28 EU-Länder setzt nur noch egoistisch auf Bekämpfung der neuen „Völkerwanderung“. Man ist seit September 2015 noch zu keiner durchgreifenden gemeinsamen EU-Lösung gelangt. In Ermangelung dessen werden aus der „Not“, aber auch aufgrund objekti-

ver politischer Faktoren, nationale Alleinlösungen praktiziert, um sich vor den Rechten im eigenen Land zu retten. Von einer verbindenden Wertegemeinschaft ist längst keine Rede mehr. Solchermaßen im Regen stehend bekam für Merkel nun die Türkei wieder mehr Beachtung.

### **Merkels fragwürdiger Türkei-Trumpf stärkt reaktionäres Erdoğan-Regime**

Das Bombenattentat eines Einzeltäters aus Syrien auf deutsche Touristen in Istanbul am 12. Januar, bei dem zehn Deutsche getötet und einige weitere schwer verletzt wurden, hatte Ängste und Befürchtungen in der Bevölkerung aufkommen lassen und weiter angeheizt, auch im eigenen Land nun vermehrt Ziel und Opfer von Terrorakten etwa durch den IS werden zu können. Köln und Istanbul als Warnsignale? Bei einer deutsch-türkischen Regierungskonsultation Merkel-Davutoğlu am 22. Januar in Berlin betonten beide Seiten auffallend den engen gegenseitigen Schulterschluss in der Bekämpfung des nach wie vor hohen Flüchtlingsandrangs in die Mitte Europas. Die eklatante Verletzung der Meinungs- und Pressefreiheit, mangelnde Unabhängigkeit der Justiz, der polizeistaatliche Umgang mit der politischen Opposition, viele zivile Opfer bei Militäraktionen gegen die PPK im Südosten der Türkei, der neue völkerrechtswidrige Angriff auf autonome Kurdengebiete an der türkisch-syrischen Grenze – all das scheint weit in den Hintergrund gerückt. Seit Januar waren schon wieder mehrere hundert Menschen zwischen der Türkei und den vorgelagerten griechischen Inseln in der Ägäis umgekommen, entweder ertrunken oder als vermisst geltend. Mit den angeblichen Erfolgen gegen „Schleuserbanden“ scheint es trotz schlagkräftig ausgestatteter Frontex nicht weit her zu sein. Frontex soll ja auch vorrangig Flüchtlinge direkt abwehren. Die Schleuser bestimmen vielerorts nach wie vor, wie viele Flüchtlinge wohin weiterkommen. Die im EU-Türkei-Aktionsplan vom November 2015 vereinbarten türkischen Maßnahmen liefen bisher nur sehr unzureichend und schleppend an. Syrische Flücht-



linge dürfen nun in der türkischen Wirtschaft arbeiten, allerdings weit unterhalb des üblichen Lohnniveaus. Solange Erdoğan von der EU kein Geld sah, hatte er es mit der von ihm erwarteten Kooperation nicht eilig. Gegen den ihm damals von Merkel zugesicherten drei Milliarden-Euro-Zuschuss (Erdoğan fordert eigentlich einen Betrag von mindestens zehn Milliarden Euro) für die türkische Flüchtlingsbetreuung und -abwehr sperrten sich lange noch immer Italien und Griechenland. Am 8. Februar war Merkel erneut in der türkischen Hauptstadt, um in Gesprächen mit Erdoğan und der Regierung Davutoğlu weitere Details einer politisch-militärischen Zusammenarbeit mit dem „Grenzpolizisten“ Türkei zu vereinbaren. Der EU-Milliardenzuschuss stünde nunmehr zur Verfügung, doch auf dem ergebnislosen EU-Türkei-Sondergipfel am 7. März trat der türkische Ministerpräsident nicht unerwartet mit einer weiteren Forderung von drei Milliarden Euro auf den Plan. Gemeinsam pochte man ferner auf die Resolution des UN-Sicherheitsrats vom Dezember, alle militärischen Angriffe gegen die syrische Bevölkerung einzustellen, der auch Russland zugestimmt hat. Schon zeichnete sich nämlich vor der türkisch-syrischen Grenze eine neue humanitäre Flüchtlingskatastrophe ab, da Zehntausende vor dem durch die russische Luftwaffe unterstützten Aufmarsch der syrischen Armee rund um die zweitgrößte syrische Stadt Aleppo Richtung türkische Grenze flohen. Diese wollte die Türkei nicht mehr ins Land lassen, sie lediglich grenznah auf syrischem Gebiet in errichteten Lagern versorgen und betreuen.

### **Bürger- und Stellvertreterkriege nicht einzige Fluchtursache**

Der häufig beschworenen Strategie der „Bekämpfung von Fluchtursachen“ sind durchaus Grenzen gesetzt, die allein von Europa aus nicht überwunden werden können, wenn gleichzeitig der europäische und außereuropäische Rüstungsexport in die Kriegsregion Nah-/Mittelost nicht radikal gestoppt wird. Inzwischen verfügt auch der IS über deutsche Waffen. Und mehr noch wiegen

als treibende Faktoren stellvertretend hinter dem syrischen Krieg das türkische Ziel der Restauration eines „Groß-Sultanats“, der Hegemonialkrieg zwischen Iran und Saudi-Arabien und der schiitisch-sunnitische Religionskrieg. In kontinentalen Groß-Regionen wie z. B. Subsahara Afrika, wo heute rund eine Milliarde Menschen leben mit den größten Ökonomien Nigeria und Südafrika, sind zig Millionen regional auf „Wanderung“ (Vertreibung) und drängen zu Hunderttausenden außer Landes auch in bestimmte europäische Länder, historisch und sprachlich bedingt vornehmlich nach Großbritannien und Frankreich. Nur ein geringerer Teil bevorzugt Deutschland (an achter Stelle). Hier spielen viele teils ineinandergreifende Gründe und „Push“-Faktoren eine Rolle, die auch in den kolonialen und neokolonialen Vergangenheiten vieler dieser Länder liegen. Neben ökonomischen Ursachen als Folgen restriktiver, Armut fördernder IWF-Politik mit liberalisierten und deregulierten Finanz- und Arbeitsmärkten, rigoroser Rohstoffausbeutung (Erdöl, Bodenschätze, Urwaldrohdung), der großen Krise von 2008, sind es politische wie regionale militärische Konflikte, Repression, Terrorismus und Verfolgung. Dazu kommen Naturkatastrophen wie Dürren und Überschwemmungen, Seuchen und zunehmend auch demographische und klimatische (Wüstenbildung) Aspekte. In Subsahara werden bis 2050 vermutlich 2,1 Milliarden Menschen leben. Dieser umspannende Kontext kann hier, weil nicht eigentliches Thema, nur kurz benannt werden (siehe ausführlich etwa die marxistische Zeitschrift *Z.*, Nr. 105/März 2016 zu „Kapitalismus und Migration“, *isw-Report* 104/Februar 2016: „Auf der Flucht“ und *Arbeiterpolitik* Nr.1-2016). Die künstliche Trennung sog. schutzbedürftiger Kriegs- von abschiebegeeigneten Wirtschaftsflüchtlingsen blendet die engen Wechselwirkungen zwischen Krieg und wirtschaftlicher Not aus und ist ein Hohn gegen die Humanität. Die betroffenen Menschen sind heute durch die weltweiten Kommunikationsnetzwerke besser informiert und auch mobiler, und deshalb drängen viele an die üppigen Töpfe eines sozial besser gestellten Europa.

### **Militarisierte Flüchtlingsabwehr – Politik der langen Bank**

Im Zusammenhang mit ihrem Türkei-Besuch verkündete Merkel die NATO verstärkt in den Kampf gegen Schlepper einzubeziehen. Die gemeinsame Arbeit von Frontex und türkischer Küstenwache zu unterstützen, deutsche Polizei gegen illegale Grenzübertritte in die Türkei mit einzusetzen und eine verbesserte Überwachung der Gewässer der Ägäis zu erreichen, bedeutet eine zusätzliche Militarisierung bei der Abwehr von Flüchtlingen. Auf höchster politischer Ebene von Administration wie zwischenstaatlichem EU-Gerangel ist ein Wirrwarr angesiedelt, der auf dem Rücken der Flüchtlinge ausgeht. Die Politik vertagt sich von Konferenztermin zu Konferenztermin, täuscht und hält damit die Öffentlichkeit hin. Milliarden-Kreditbürgschaften für „Banken in Not“ 2008 wurden von einem Tag zum anderen administriert und auf den Weg gebracht. Auch Schweden hat jetzt die verschärfte Abschiebung von ca. 80.000 Asylbegehrenden „ohne Chancen“ angekündigt. So kann keine beschworene gemeinsame Hilfe gelingen, kann das Flüchtlingsproblem in seiner europäischen Dimension nicht bewältigt werden. Die geäußerten, keineswegs unrealistischen Zweifel vieler Menschen auf der Straße gehen zunehmend weiter in die Richtung, dass so die Krise kaum geschafft werden kann. Bei einer zunehmenden Zahl wächst darüber hinaus die Bereitschaft, sich für rechte Abschottungsparen und „Selbsthilfemaßnahmen“ zu öffnen, die dann bis zu Brandstiftungen durch sonst unauffällige BürgerInnen reichen.

### **Die Wahlen am 13. März: Von befürchteten Trends zu Gewissheiten**

In Umfragen und Prognosen war schon seit geraumer Zeit absehbar, dass es am sog Superwahlsonntag, an dem 13 Millionen Deutsche zur Wahl aufgerufen waren, zu einigen „Überraschungen“ kommen würde, die dann auch sogar noch mehr als erwartet eintraten. Bestehende Parteienkoalitionen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-

Anhalt sind durch z. T. starke Einbußen beteiligter Partner bzw. das erdrutschartige positive Abschneiden der AfD so nicht mehr fortsetzbar. In Baden-Württemberg, wo der außerhalb seiner grünen Partei agierende Ministerpräsident Kretschmann als der bessere und selbst in CDU-Kreisen beliebtere „CDU-Spitzenkandidat“ antrat, fuhren die Grünen ein einmaliges Ergebnis knapp über 30 Prozent ein. Der von Kretschmann klein regierte Partner SPD unter Nils Schmid musste hingegen deutlich Federn lassen, wurde nahezu halbiert von 23,1 Prozent noch 2011. Die FDP legte gut zu, die Linke erlag trotz ihres Spitzenkandidaten aus dem Führungsduo der Partei, Bernd Riexinger, klar der fünf-Prozent-Klausel, drang mit ihren sozialen und antirassistischen Themen nicht durch und erreichte exakt den gleichen Wert wie 2011. Die AfD war die zweite große Gewinnerin des Tages und wurde drittstärkste Kraft im schwäbischen Musterland mit den guten Wirtschaftsdaten, steigenden Exportwerten und niederen Arbeitslosenzahlen. Die Ergebnisse im Einzelnen: Grüne 30,3, CDU 27,0 (-12 Prozent), SPD 12,7, FDP 8,3, Die Linke 2,9, AfD 15,1 Prozent. Damit war Grün-Rot allein in der Regierung obsolet. Perspektivisch und rechnerisch eröffnete sich neben der Mehrheit für Grün-Schwarz sogar eine sog. Deutschlandkoalition aus CDU, SPD und FDP oder ein Dreierbündnis aus Grünen, SPD und FDP. Kretschmann wollte sich jedoch am Wahlabend behäbig noch auf keine Präferenzen festlegen und wollte, sich mit Regierungsauftrag verstehend, mit allen reden außer der AfD.

Anders der Verlauf in Rheinland-Pfalz mit seinen schwachen Wirtschaftsregionen Eifel, Hunsrück und Pfälzer Wald und mittelständischen Strukturen, noch immer bedeutendster Militärstützpunkt und wichtige Atombomben-Lagerstätte der USA in Europa. Dort hatte die Kurt Beck-Nachfolgerin nach dessen Rücktritt 2013 wegen der Nürburgring-Affäre, Malu Dreyer, die Rot-Grüne Koalition gegen die CDU-Herausforderin zum zweiten Mal, Julia Klöckner, zu verteidigen. Diese setzte auf eine Wunschkoalition mit der FDP. Die Linke, wiederum nur marginal, hatte keine Wahlchance. Die Ergebnis-

se: SPD 36,2, CDU 31,8, Grüne 5,3 (-10,1), FDP 6,2, Die Linke 2,8 und AfD 12,6 Prozent. Damit gab es eine Dreieroption für die Ampel oder eine für eine Rot-Schwarze GroKo mit oder ohne Klöckner. Dreyer sprach sich bereits früh für eine Dreierkoalition mit Grünen und FDP aus und sieht in einer sog. GroKo nur eine „ultima ratio“-Notlösung.

Für das strukturschwache Sachsen-Anhalt mit dem wirtschaftlich nachhinkenden Norden und seinen ausgeprägten rechten Milieus lag das endgültige Ergebnis als letztes vor. Die in anführender Koalition mit der SPD stehende CDU unter Ministerpräsident Haseloff erhielt 29,8, SPD 10,6 (halbiert von 2011 21,5 Prozent), Die Linke 16,3 (2011: 23,7 Prozent und 29 Sitze), Grüne 5,2, FDP 4,9 und AfD 24,2 Prozent! Die noch vor einem Jahr gehegte Hoffnung auf eine zweite Linkskoalition unter Linke-Führung mit SPD und Grünen wie in Thüringen, war damit gründlich zerstoßen. In Sachsen-Anhalt kam es am Montag zu ersten Rücktritten der SPD-Landesvorsitzenden Kathrin Budde von allen Ämtern und des Linke-Spitzenkandidaten Wulf Gallert, der seinen Fraktionsvorsitz niederlegte. In allen drei Ländern lag die Wahlbeteiligung im Vergleich zu den Wahlen 2011 deutlich höher über 70 bzw. 60 Prozent, in Baden-Württemberg um plus 4,2, in Rheinland-Pfalz um plus 8,6 und in Sachsen-Anhalt um plus 10,9 Prozent.

### Was die Wahlen zeigen – erste Deutungen

Der Begriff Protest- oder Denkmittelwahl erklärt die Ergebnisse wie man sieht nur zum Teil. Natürlich überschattete das Thema Flüchtlinge, Flüchtlingsdebatte und Flüchtlingspolitik der Bundesregierung alle drei Wahlen erheblich bis ausschließlich. Es kommt offenbar durch die Erfolge der AfD wieder mehr Bewegung ins bürgerliche Parteienggefüge. Die bisher sichere staatstragende Mitte aus CDU-SPD gegen radikale Parteien von links oder rechts zieht in diesem Fall hoher AfD-Siege kaum mehr. Für die SPD wird der Boden immer schmaler zwischen einer sich sozialdemokratisierenden CDU und verbürgerlichenden Grünen, die

ihr auf die Pelle rücken. SPD-Gabriel klammert sich daher bei weiter schwindendem Rückhalt in bislang angestammten traditionellen Wählerschichten der Arbeiterschaft für seine den Kompressionskräften ausgesetzte Partei offensiv an die „Kernkompetenz gesellschaftlicher Zusammenhalt“ und beansprucht das „demokratische Zentrum“, um sich in der Mitte zu behaupten. Es könnten sich gleichwohl neue Optionen ergeben müssen für künftige eher Mittel-links Dreierkoalitionen, ebenso wie es für die CDU/CSU anstehen könnte, sich in Koalitionen stärker nach rechts zu begeben. Politische Positionen könnten sich dadurch wieder mehr und klarer ausdifferenzieren, als dass alles nur zur Mitte hin driftet, sich dort nivelliert und nur noch wenig unterscheidbar konglomeriert. Eindeutig waren auch die deutlichen Abwanderungen von allen Parteien, auch gerade der Linken im 2,2 Millionen EinwohnerInnen-Land Sachsen-Anhalt, zur rechten AfD, was mit „Protest“ auch nicht nur zu erklären ist. Hinzu kam überall eine beträchtliche Mobilisierung im 100.000er Stimmenbereich für die AfD aus dem Reservoir der sonst Nichtwählenden. In Baden-Württemberg kamen zu den Grünen 176.000 von der SPD, 170.000 Nichtwählende, 130.000 von der CDU und 7.000 von der Linken, während von den Grünen 76.000 zur AfD und 10.000 zur FDP abwanderten. In Sachsen-Anhalt bekam die AfD Zulauf von 176.000 Nichtwählenden, 156.000 von der CDU, 136.000 Andere (Linke, NPD usw.) und 71.000 von der SPD. In Baden-Württemberg, wo es pro Kopf nur eine Stimme gab, hatten viele CDU- wie auch SPD-WählerInnen grün gewählt, um Kretschmann zu stärken und dadurch ihre eigenen Parteien geschwächt. Die SPD „revanchierte“ sich dafür durch ihre Zweitstimmen-Kampagne in Rheinland-Pfalz und saugte so ihren Partner Die Grünen leer, so dass sie gut 10 Prozent gegenüber 2011 einbüßten, nachdem der Fukushima-Angstbonus von vor fünf Jahren auch nicht mehr Stimmen liefernd zog. Der CDU-Spitzenfrau Julia Klöckner in Rheinland-Pfalz dürfte wohl ihr rechtes „Plan A2“-Herumgeeiere und Taktieren hinter Merkels Rücken zum Verhängnis geworden sein, nachdem die CDU vor

wenigen Monaten noch um einige Prozentpunkte siegeszuversichtlich vor der SPD lag. Damit dürfte Klöckner, die redundant immer wieder hervorhob, man habe eins von zwei gesteckten Wahlzielen erreicht, nämlich Rot-Grün zu beenden, als aspirierende Merkelnachfolgerin ohne Länderhausmacht erstmal aus dem Rennen und dazu verdammt sein, noch für einige Jahre ein paar Ehrenrunden in Ministerien zu drehen bis sie wieder antreten kann.

Die Merkelpolitik ihres eigenmächtigen deutschen „Yes, we can“ allein auf europäischer Flur, erfuhr polarisierend sowohl eine Bestätigung als auch einen

ziemlichen Dämpfer durch das WählerInnenvotum. Denn sowohl der grüne Kretschmann in Baden-Württemberg als auch Malu Dreyer in Rheinland-Pfalz gelten in der Flüchtlingsfrage als strikte Gefolgsleute des Merkel-Kurses und haben damit wohl eher mittlere bis höhere Bildungsschichten angezogen. Im Schwabenlände unterstützten auch Konservative wie der Burladinger Trigema-Textilunternehmer (rund 1.100 Beschäftigte) W. Grupp Kretschmann, den er wie sich selbst nicht als Grünen ansieht. Andererseits konnte Haseloff in Sachsen-Anhalt Stimmenverluste für die CDU in Grenzen halten dadurch, dass er in der Flüchtlingsfrage mit seiner Obergrenzen-Forderung gerade auf rechte Distanz zur Merckellinie ging. Die Parteivorsitzende Petry wie auch andere AfD-Repräsentanten, ob ihrer Erdrutschsiege natürlich im medialen Höhenflug, benahmen sich in Statements vor der Kamera auffallend moderat und aufgeräumt. Verabredet war intern wohl, so gut wie keine scharfen rechten oder diffamierenden Töne und Sprüche anklingen zu lassen. Man betonte

jetzt fast schon staatsrätsonmäßig das parlamentarische Hineinwachsen in die Rolle als starke Opposition, den Anspruch zur „konservativ-liberalen Volkspartei“, brüstete sich selbst lobend damit, politikferne WählerInnen wieder aktiviert zu haben und will nun ausgerechnet garantmäßig

von der CDU handeln dürfte und keine Erfolge aus eigener Kraft. Zudem dürften ihre Chancen nur noch im Westen, nicht im Osten des Landes bestehen. Mit diesem Bonus für neue CDU-FDP-Koalitionen dürfte es der FDP auch nicht gerade leicht fallen, sich zur Mehrheitsbeschafferin für



19. Oktober 2015, München; Foto: Thomas Bergmann, thomasbergmannfotografie.wordpress.com

den „sozialen Frieden“ verstärkt „ins Visier“ nehmen, was man durchaus doppeldeutig verstehen kann. In der lau plätschernden Berliner Runde des ZDF hob CSU-Generalsekretär Scheuer das Kleinhalten der AfD in Bayern durch eine starke integrierende CSU um 50 Prozent hervor und erneuerte damit die alte Strauß-Devise, rechts von der CSU käme nur die Wand. Seehofer sprach augenscheinlich sehr betroffen von z. T. herben Einbrüchen für die christliche Doppelpartei („tektonische Verschiebung“) und schien die Schuldigen in der „falschen Berliner Flüchtlingspolitik“ auch schon ausgemacht zu haben, ohne Merkels Namen allzu deutlich zu erwähnen. Der Streit in der CDU/CSU scheint damit seine Fortsetzung zu finden. Die Kanzlerin wiederum enthielt sich am Wahlabend jeglichen kommentierenden Auftritts und verkündete am Tag danach stoisch die Fortsetzung ihres eingeschlagenen Kurses. Schließlich noch ein Wort zur FDP. Ihre Wiederbelebung mit den beiden West-Ergebnissen deutlich über 5 Prozent scheint doch eher nur vage, da es sich bei ihren „Gewinnen“ vielfach um geliehene Stimmen

Kretschmann oder Dreyer zu machen, zumindest zu Kretschmann scheint die Differenz ausgeprägt und deutete sich in der klaren Forderung nach „Politikwechsel“ bereits unverzüglich an. Ähnliches gilt für eine GroKo in Rheinland-Pfalz, wo man seitens der SPD laut ihrem Bundestagsfraktions-Vorsitzenden Oppermann wenig Interesse z. B. an einem kompletten „Rollback der Bildungspolitik“ in Verhandlungen mit der CDU zeigt.

Die nächsten Tage und Wochen werden zeigen, zu welchen Koalitionen es tatsächlich reichen und kommen wird. Es dürfte abzusehen sein, wann Parteien wie die CDU/CSU damit beginnen werden, des Machterwerbs und -erhalts wegen notfalls auch Koalitionen mit einer starken AfD ins Auge zu fassen, wenn ihr das Integrieren der Protestwähler am rechten Rand nicht mehr gelingt und opportun erscheint. Ähnlich wie beim Phänomen der Grünen, die auch mal zumeist die linke SPD waren, ergänzt durch K-Gruppenpersonal, aus dem einst auch Kretschmann kam, der sich bei der Schwabenwahl im Grünen-Wahlspot als Gönner und Genießer der S-Klasse präsentierte. Ob sich dann die AfD ähnlich zähmen lässt und anpassen wird, wie es einst bei den Grünen der Fall war, ist jedoch fraglich, vertritt sie doch ganz andere aggressive und affektiv aufgeladene Positionen.

Elmar Klink, Bremen,  
Stand: 15. 3. 2016

# Gedanken zum Syrienkonflikt – kommunistische Positionierungen



Der aktuelle Krieg in Syrien entstand im Frühjahr 2011. Angeregt durch den sogenannten „Arabischen Frühling“ kam es im März/April zu diversen Protesten gegen politische und wirtschaftliche Zustände. Grundlage waren die Auswirkungen der jahrzehntelangen defacto Einparteiherrschaft der Baath-Partei unter al-Assad (Vater und Sohn) und der Einleitung neoliberaler „Reformen“ in den letzten fünf bis zehn Jahren.

Das Baath-Regime reagierte auf die ersten großen Protestaktionen mit erheblicher Brutalität (etwa in Daraa), wodurch die Proteste besonders in den (süd)westlichen Landesteilen aber eher angefeuert, als zurück genommen wurden. Sehr schnell aber mischten sich hier verschiedene „Befreiungskämpfer“ aus dem Ausland ein. Aus Libyen, Tschetschenien, Afghanistan, Pakistan und dem Irak kommend zielten sie bewusst darauf ab, mit Terroranschlägen und gezielten Angriffen auf die Organe der Staatsmacht eine militärische Auseinandersetzung anzuzetteln. Diese Kräfte sickerten über den Libanon, über die Grenze zu Jordanien und über die westliche Grenze der Türkei zu Syrien ein. Ihr Vorbild war die

Zerschlagung des Gadhafi-Regimes in Libyen.

Schon bald im Sommer fanden die nach Syrien eingesickerten militanten Islamisten ausländische Unterstützer und Finanziere: die Kräfte der sogenannten Freien Syrischen Armee vor allem aus der Türkei und von Frankreich und England sowie den USA, andere aus Saudi-Arabien und Qatar. Später kamen aus dem Irak die Kräfte hinzu, die den sogenannten „Islamischen Staat“ errichten wollten. Letztere stellen ideologisch Kräfte des in Saudi-Arabien dominierenden Wahabismus als besonders reaktionärer Strömung des Islams dar und rekrutieren sich sehr stark aus den im Irak entmachteten sunnitischen Kräften des früheren Regimes unter Saddam Hussein.

Um die Entwicklungen in und um Syrien seit 2011 zu verstehen, ist es notwendig, die alte und von allen bedeutenden Kommunisten anerkannte Erkenntnis *„Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen [militärischen] Mitteln“* konsequent anzuwenden. In der Friedensbewegung wird diese Erkenntnis manchmal als abzulehnende Rechtfertigung für Kriege aufgefasst. Das ist natürlich Unsinn. Vielmehr besagt die Aussage von Clausewitz,

dass Kriegsgeschehen nur zu verstehen und eine richtige Stellungnahme dazu nur dann möglich ist, wenn man die ihm zu Grunde liegende Politik der wesentlichen Akteure deutlich gemacht hat.

In all den Jahren seit 2011 haben die militanten Aufständischen und ihre ausländischen Schutzmächte und Unterstützer nur ein einziges gemeinsames Ziel gehabt: die Zerschlagung des Baath-Regimes unter Bashar al-Assad. Abgesehen von diesem Ziel sind jedoch diese Kräfte heillos zerstritten, verfolgen oft nur unmittelbare Eigeninteressen und werden jeweils von den Anderen vor allem als gefährliche Konkurrenten um die Vorherrschaft in Syrien angesehen.

Der Krieg in Syrien ist ein Kampf um die regionale Vorherrschaft hauptsächlich zwischen der Türkei, Saudi-Arabien, Qatar und dem Iran. Dieser Kampf wird schon seit langem politisch im Irak und derzeit ebenfalls militärisch im Jemen ausgetragen. Darüber hinaus versuchen die großen imperialistischen Staaten USA, Frankreich, England und Russland, in dieser Situation ihre jeweiligen geopolitischen Interessen zu wahren und durchzusetzen. Die anderen Staaten der Region ordnen sich in



dieses Kampffeld entsprechend ihren Interessen und Möglichkeiten ein.

Die Türkei hat in den letzten sechs bis acht Jahren unter dem Anwachsen und der gesellschaftlichen Führung und Macht durch die AKP eine stetige moderate Islamisierung erfahren. Traditionell für eine weltliche Türkei stehende Kräfte in der Tradition von Atatürk in der obersten militärischen und richterlichen Führung des Landes wurden schrittweise entmachtet. Innenpolitisch unterdrückt die AKP mit derzeit Erdoğan und Davutoğlu an der Spitze alle Widerstände gegen diesen Kurs, seien es die gewerkschaftlichen oder demokratischen Organisationen oder kritische Medien und deren Redakteure. Dazu passt ebenfalls das Bemühen von Erdoğan, dem Land eine präsidiale Verfassung zu geben und sich selbst an die oberste Machtspitze als Staatspräsident zu bringen. Die AKP und Erdoğan haben die nationalistische Unterdrückung der kurdischen Nationalität trotz kleiner Zugeständnisse im Wesentlichen weitergeführt. Insbesondere dort, wo sich der kurdische Widerstand dagegen machtvoll und ggf. gewalttätig äußerte, praktizierte der türkische Staat seinen eigenen militanten Terror und andere Unterdrückungsmaßnahmen. Außenpolitisch träumen Erdoğan und seine AKP von einem neuen osmanischen Einflussraum, der sich naturgemäß hauptsächlich nach Süden richten muss – weder Griechenland, noch das Schwarze Meer, noch der Iran eignen sich derzeit für solche Gelüste.

Der türkische Staat hat daher fast von Anfang an die militanten Aufständischen und Terrorgruppen in Syrien gegen das Regime unter al-Assad unterstützt. So waren die türkischen Grenzen für die Aufständischen stets offen, militante Islamisten konnten ungehindert nach Syrien einreisen, Ausbildungslager für westlich ausgerichtete militärische Gruppen mit britischen und französischen Instruktoren wurden auf türkischem Gebiet ermöglicht, Waffen und militärische Hilfsmittel wurden insbesondere an der westlichen türkisch-syrischen Grenze an die militanten Assad-Gegner nach Syrien eingeschleust. In den nordöstlichen Grenzabschnitten zu Syrien war die türkische Grenze für Mitkämpfer des IS und den Handel mit Erdöl aus

den vom IS kontrollierten syrischen Gebieten durchlässig. Gleichzeitig wurden die Gebiete der syrischen Kurden (Kobane) auf türkischer Seite isoliert und Flüchtlinge von dort selbst bei unmittelbarer Bedrohung durch IS-Truppen nicht über die Grenze gelassen. Nicht gelungen ist es der türkischen Staatsführung bisher, ein „Schutzgebiet“ und eine Flugverbotszone (nach dem Beispiel Libyens) an der syrischen Grenze zu organisieren und/oder die NATO direkt in den Krieg gegen Syrien zu lenken.

Eine zweite Bedrohung der Existenz Syriens als weltlicher Staat stellt der Kampf Saudi-Arabiens und Qatars um die eigene regionale Hegemonie dar. Dieser wurde und wird nach dem Krieg der USA unter Präsident G.W. Bush im Jahre 2003 vor allem gegen reale oder vermeintlich drohende Einflüsse des Irans im Irak geführt. Ideologisch ist der wahabitische Islam Saudi-Arabiens eine Orientierung sowohl für Osama Bin Laden, al-Qaida, als auch für den IS gewesen. Viel Geld und allgemein logistische Unterstützung dieser reaktionärsten islamistischen Kräfte kamen aus Quellen Saudi-Arabiens und Qatars. Diese Staaten hatten bereits vor 2011 und danach in Ägypten, versucht, mit Hilfe jeweiliger Verbündeter (z. B. der Moslem-Bruderschaft) Einfluss und Hegemonie zu erlangen. Die darauf folgende putschartige Entmachtung der Moslem-Bruderschaft und von Präsident al-Mursi durch das ägyptische Militär unter al-Sisi wurde prominent durch Saudi-Arabien unterstützt, z. B. durch erhebliche Finanzmittel für Ägypten. Im Irak führte auf der Basis der von den USA eingerichteten religiös-gruppenbezogenen Verfassung nach Saddam Husseins Sturz und der Unfähigkeit der irakischen Führung zu nationaler Versöhnung und Einheit die Einflussnahme der Wahabiten und sunnitischen Machtzirkel zum Entstehen des Islamischen Staats im Sommer 2014.

Diese Kräfte wurden lange als Sargnagel des syrischen Regime unter al-Assad geduldet und hingenommen. Erst als im Frühsommer 2014 der IS das nordirakische Mosul eroberte und mit seinen weiteren Vorstößen nach Süden Bagdad selbst bedrohte, wurde von Seiten der USA und ihren Verbündeten zu

einem Bündnis gegen den IS und zur militärischen Stärkung des Regimes in Bagdad getrommelt. Waffen und Berater wurden bereit gestellt, die BRD leistete den Kurden im Norden des Iraks militärische „Hilfe“.

Obwohl nicht als Hauptakteur des Kriegs in Syrien beteiligt, ist Israel doch ein wichtiger Faktor dabei. Das gilt insbesondere für die Beurteilung des strategischen Umfelds und der langfristigen Ziele der imperialistischen Mächte. Israels rechte zionistische Führung betreibt weiter ihr koloniales Ziel der Verwirklichung von Groß-Israel. Außerhalb des von Israel militärisch und politisch kontrollierten Gebietes sieht es in der Hamas (Gaza), Hisbollah (Südlibanon), dem Iran und Syrien die Zentren des Widerstands gegen die eigene nationalistische Unterdrückung der Palästinenser. Während es der israelischen Führung besonders im letzten Krieg (Sommer 2014) gegen den Gaza-Streifen gelang, die Hamas weiter zu schwächen und den palästinensischen Einigungsprozess vorerst zu zerstören, war sie an den anderen Fronten nicht so erfolgreich. Aus dem Krieg, den Israel 2006 im Südlibanon gegen die Hisbollah führte, ging letztere eher gestärkt, als geschwächt hervor. Ihr Einfluss im Südlibanon und im ganzen Land ist gestärkt worden und gewachsen, ihre militärische Widerstandskraft ist erheblich. Israel muss sich derzeit im Wesentlichen darauf beschränken, vermeintliche oder wirkliche Lieferungen moderner und leistungsstarker Abwehrwaffen an die Hisbollah gewaltsam zu verhindern.

Nachdem Israel schon einer der heftigsten Antreiber beim Krieg der USA gegen das Regime von Saddam Hussein (2003) gewesen war, konzentrierte es sich auf die Dämonisierung des iranischen theokratischen Regimes wegen eines angeblichen Plans zum Bau von Atomwaffen. Keine Generalversammlung der UN seither, auf der nicht von Seiten Israels der baldige Atomwaffenbesitz des Irans und ein darauf gestützter Angriff auf Israel als reale Drohung an die Wand gemalt wurde. Die USA unter Barack Obama waren zwar gewillt, den Iran mit allen politischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Mitteln im Sinne Israels unter Druck zu setzen, waren jedoch nicht zu

militärischen Aktionen und Angriffsabenteuern bereit.

Und Syrien hatte zwar 2007/2008 seine militärischen Einheiten zur Unterstützung der Hisbollah aus dem Libanon abgezogen und insofern gewisse Zugeständnisse an die westlichen imperialistischen Forderungen signalisiert, hat jedoch weiter politisch eng mit der Hisbollah zusammen gearbeitet und sich politisch nicht dem Westen und Israel untergeordnet, insbesondere hinsichtlich der Solidarität mit der palästinensischen Nation – etwa durch die Duldung und Unterstützung des exilen Hauptquartiers der Hamas in Damaskus bis Mitte 2011. Die widerrechtliche Annektion der Golan-Höhen durch Israel wurde niemals anerkannt und bleibt eine der offenen Konfliktstellen zwischen Syrien und Israel.

Aus dieser Gesamtlage ergibt sich, dass Israel sicherlich kein Interesse hat, dass Syrien als Ganzes unter die Kontrolle von fundamentalistisch-reaktionären Islamisten vom Schlage des IS oder der al-Nusra-Front gerät. Aber gleichwohl würde eine erhebliche Schwächung des Regimes von al-Assad oder eine Machtergreifung durch den westlichen Imperialstaaten hörige Kräfte Israels Interessen bestens dienen. Und falls dies nicht zustande käme, wäre ein Zerfall Syriens in miteinander jahre- oder jahrzehntelang im Krieg liegenden Kleinstaaten (s. Libyen oder Somalia) geradezu ein Glücksfall. Was ein hoher israelischer Militär 2013 offen aussprach.

Der Iran hat nach dem Sturz des Schah-Regimes innenpolitisch ein theokratisch-despotisches Regime der schiitischen Geistlichkeit errichtet und wurde seither von den USA als einer der Hauptfeinde im Nahen Osten behandelt. Dazu gehören die Versuche, spalterische militante Kräfte im Lande zu fördern, in den großen Wahlen oppositionelle Kräfte anzutreiben und Umsturzbewegungen aufzubauen, besonders aber der Streit um angebliche Pläne des Irans zur Atomwaffenherstellung. Letzterer wurde besonders von Israel angeheizt – die Auftritte von Ministerpräsident Netanjahu z.B. vor den UN und in den USA stehen den lügenhaften Dämonisierungen von Iraks Saddam Hussein 2002 und 2003 in nichts nach. Wie gegen den Irak betrieben

die USA gegen den Iran eine wirtschaftliche Sanktionspolitik und Isolierung, um die dortige Führung sich gefügig zu machen. Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Qatar haben dabei im Interesse ihrer eigenen Hegemonialpläne eher angetrieben, als gebremst oder neutral abseits gestanden. Der Iran selbst hat daher außenpolitisch solche Verbündete gesucht, die sich ebenfalls nicht als Vasallen oder Handlanger der USA verstanden haben. Dazu gehören in der Region das syrische Baath-Regime, die Hisbollah und international Russland und China, aber auch lateinamerikanische Staaten.

Die guten nachbarlichen Beziehungen zwischen dem Iran und dem syrischen Baath-Regime bestehen schon seit den Anfangstagen der Islamischen Republik. Syrien war neben Libyen der einzige Staat der Region, der beim Krieg Saddam Husseins gegen den Iran im Jahre 1980 den Irak weder finanziell, noch militärisch, noch politisch unterstützte. Diese Beziehung zu Syrien hat der Iran seither stets gepflegt und sich bezüglich des gegenwärtigen Krieges von Anfang an gegen die Brandstifter von außen gestellt. Im vergangenen Jahr wurde die Zusammenarbeit im Kontext des Kampfes gegen den IS noch verstärkt. So etwa wurde im September eine Kooperation im Kampf gegen den IS zwischen Syrien, dem Irak, Russland und dem Iran bekannt gemacht, durchaus eine Provokation der USA, denn als quasi erste Aktion in diesem Rahmen hatte der Irak nur wenige Tage zuvor gegen Proteste der USA russischen Militärmaschinen erlaubt, Waffen zum Aufbau eines russischen Stützpunktes über das eigene Territorium nach Syrien zu transportieren. Im Vorfeld der UN-Generalversammlung im September erklärte Irans Präsident Hassan Rohani, wer sich darauf konzentriere, Assad zu stürzen, arbeite letztlich auf eine Machtübernahme islamistischer Extremisten hin. Sein Land werde nicht mit Regierungen kooperieren, denen die Ablösung des Präsidenten wichtiger sei, als der Kampf gegen Terroristen. Seit 2013 helfen zudem wohl bis zu 2.000 Mitglieder der Iranischen Revolutionsgarden freiwillig der syrischen Armee beratend und kämpfend, was seit Herbst 2015 seitens des Irans nicht mehr bedeckt gehalten wurde.

Es ist für eine richtige Beurteilung der Lage und der Entwicklungen im Nahen Osten unerlässlich, Staaten, Volksgruppen, politische und militärische Organisationen als eigenständige Akteure mit ihren ganz spezifischen Interessen einzuschätzen und zu verstehen. Aber es wäre natürlich zu kurz gegriffen, wenn die Rolle der großen imperialistischen Staaten mit ihren Machtapparaten außer acht gelassen würde.

Zuallererst gilt das für die USA. Sie haben sich Israel nach dem Zweiten Weltkrieg schrittweise zu einem zentralen Bündnispartner und Brückenkopf aufgebaut. Ein für beide Seiten wichtiges und strategisches Verhältnis, in dem die USA im Grundsatz Israel freie Hand für sein kolonialistisches Vorgehen geben und nur dort Grenzen setzen, wo etwaige Sicherheitsinteressen der USA gefährdet sein könnten. Letzteres war der Fall im Atomkonflikt mit dem Irak, wo die Obama-Regierung den israelischen Wünschen nach militärischen Angriffen gegen Iran nicht entsprach – wie zukünftige Regierungen der USA sich diesbezüglich verhalten und das einschätzen werden, darf man als offen bezeichnen. Die USA haben ebenso die Türkei, Ägypten, Saudi-Arabien, die VAE als Verbündete mit mehr oder weniger großer Vasallentreue auf ihrer Seite, die Führung des Iraks hat keine wirkliche Alternative zur grundsätzlichen Unterwerfung unter den globalen Machtanspruch der USA.

Syrien sich in gleicher Weise unterzuordnen, würde den USA ermöglichen, die gesamte Südgrenze des Irans zu beherrschen und einen Schritt zu weiterer Isolierung und Erpressung des Irans nach vorne zu machen. Deswegen haben die USA fast von Beginn der Entfaltung des Kriegs in Syrien im Sommer 2011 an sich auf die Seite der militanten, islamistischen terroristischen Aufständischen gestellt, die in Syrien eindringen, haben sie finanziell, diplomatisch, materiell (außer mit schweren Waffen) unterstützt. Mit großen Bemühungen versuchten sie, unter den Rebellengruppen im Westen des Landes solche zu stärken und aufzubauen, die zur Entwicklung von Wirkungskraft zum Sturz des Assad-Regimes fähig wären und sich gleichzeitig der Oberhoheit der

USA unterstellten. Wie US-Vertreter zugeben mussten, war das alles bisher vergeblich. Den IS haben die USA als Kraft gegen das Assad-Regime agieren lassen, bis er ihnen zu mächtig und eine Gefährdung der eigenen Hegemonialansprüche (besonders im Irak) wurde. Gleichzeitig haben die USA, wie in vielen anderen Situationen auch, eine Politik massiver wirtschaftlicher Strangulierung gegenüber dem Assad-Regime betrieben und bis heute ihre Ziel eines Umsturzes (Regime-Change) in Syrien nie aufgegeben.

An der Seite der USA stehen gegen Syrien die großen westlichen imperialistischen Mächte, besonders Frankreich und England, aber auch Deutschland und der Rest der EU. Sie scheuen zwar offensichtlich einen Bodenkrieg mit eigenen Truppen, wie in Afghanistan. Diese Drecksarbeit lassen sie die diversen Rebellengruppen in Syrien erledigen und hoffen auf deren Erfolg und ein Ausbluten des Assad-Regimes. Ihre Politik läuft im Einklang mit den regionalen Gegnern des Assad-Regimes, Unterschiede gibt es nur in taktischer Hinsicht.

Russland hat als einzige der großen Industrienationen im Syrienkonflikt sich stets auf die Seite des Assad-Regimes gestellt, es diplomatisch und politisch verteidigt – hervorzuheben besonders die Entschärfung des Chemiewaffenkonflikts 2014 – und Ende 2015 sogar militärisch unterstützt. Russland hat in Syrien eigene wirtschaftliche Interessen und Verbindungen. Primär jedoch scheint es in klassischer imperialistischer Logik einen Umsturz in Syrien und dessen Fall unter die Kontrolle der USA als Bedrohung der eigenen Großmachtansprüche anzusehen. Eine Position, deren Umkippen derzeit nicht möglich scheint. Aber ganz undenkbar ist Letzteres nicht. Man denke an Beispiele der Vergangenheit: den überraschenden Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes 1939, an das Spiel der UdSSR mit Kuba 1962 in der Krise um die Raketenstationierung vor der Haustür der USA. Oder daran, dass Russland gegenüber der Ukraine genau so eine Unterstützung militanter Auführer in der Ostukraine betrieben hat, wie sie von den Anti-Assad-Kräfte (s. o.) in Syrien organisiert wird und an den Bruch der Zusagen an die Ukraine (Achtung der territorialen Integrität)

bei deren Verzicht auf Atomwaffen in den 1990er Jahren.

1920 sagte Lenin in anderem Zusammenhang: *„Was ist eigentlich Imperialismus? Es ist Imperialismus, wenn einige der reichsten Staaten die ganze Welt unterdrücken, wenn sie wissen, dass sie anderthalb Milliarden Menschen in der ganzen Welt beherrschen, wenn sie sie unterdrücken, und wenn diese anderthalb Milliarden Menschen spüren, was englische Kultur, französische Kultur und amerikanische Zivilisation heißt, nämlich: rauben, jeder so gut er kann.“*



*„Jeder bürgerliche Nationalismus einer unterdrückten Nation hat einen allgemein demokratischen Inhalt, der sich gegen die Unterdrückung richtet, und diesen Inhalt unterstützen wir unbedingt (...). Lenin, 1914*

Rauben, sich auf Kosten anderer Staaten oder im Bündnis mit anderen Bourgeoisien bereichern – das ist der Zweck. Beherrschen, unterdrücken, regionale oder weltweite Hegemonie aufbauen – das ist die Politik zur Verwirklichung des Zwecks. Und genau das Letztere spielt sich derzeit in zugespitzter Form auf der Ebene der Politik, der Diplomatie und primär auf Ebene des militärischen Kampfes im Nahen Osten und in Syrien ab.

Wenn Kommunisten zu Kriegen Stellung nehmen, müssen sie sich insbesondere der Frage widmen, ob es dabei eine gerechte Seite gibt, also eine Seite, die aus einer ganzheitlichen Wertung der Interessen der Werktätigen und der Arbeiterklasse aus lokaler, regionaler und globaler Sicht zu unterstützen ist.

Da der Krieg in Syrien von militanten, terroristischen Fundamen-

talisten im Auftrag und mit Unterstützung oder Duldung und im hegemonialen Interesse ausländischer Staaten geführt wird, da in Syrien bis Frühjahr 2011 zwar ein undemokratisches Regime herrschte und es Unzufriedenheit und breiten Protest gegen das bestehende Regime jedoch weder Terrorismus noch Straßenkämpfe und schon gar keine allgemeine, revolutionäre Volkserhebung gab, da erst durch die eingesickerten militanten und terroristischen Aufständischen der Krieg entfacht wurde, der ca. 10 Mio. Flüchtlinge erzeugte und in dem bisher etwa 200.000 Menschen starben, kann niemand ernsthaft behaupten, dass diejenigen eine gerechte Sache vertreten, die den Krieg nach Syrien hineintrugen, die terroristische Aktionen durchführten, die sich in Stadtteilen verschanzten und auf die Angriffe der syrischen Armee setzten, um so die Menschen gegen die Staatsführung aufzubringen. Man darf diese Kräfte mit Fug und Recht „Volksfeinde“ nennen.

Wenn man die vorstehende Einschätzung teilt, ergibt sich daraus ebenso, dass Syrien sich seit Sommer in einem existenziellen anti-imperialistischen und anti-hegemonialen Überlebenskampf befindet und dass dieser Kampf ein gerechter Kampf ist. Hauptträger dieses Kampfes ist das Baath-Regime al-Assads, mit geringerem Wirkungskreis auch die kurdische Nationalität Syriens in den Grenzgebieten zur Türkei (Rojava). An diesem Charakter ändern auch Schwächen und teilweise hilflos brutales Vorgehen der Armee und der kapitalistisch, neoliberale geprägte Klassencharakter Syriens nichts – genau so wenig, wie z. B. die Bombardements der Alliierten im Zweiten Weltkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung nichts am gerechten Charakter des anti-faschistischen Kriegs der Alliierten ändern.

Viele linke Kräfte in Deutschland verstehen die vorstehende Wertung fälschlicherweise als Identifikation mit der gesamten Politik des Baath-Regimes. Sie können oder wollen nicht verstehen und eine dialektische Herangehensweise zur Grundlage ihrer Politik machen, die das Eine unterstützt und das Andere bei solidarischer freundschaftlicher Zusammenarbeit mit den Kräften auf Seiten des Volkes der ausschließlichen

Entwicklung der Widersprüche im Innern überlässt. Letzteres wäre eine Politik ganz im Sinne Lenins und eine tatsächliche Überwindung der stalinschen und nach-stalinschen Prägungen der kommunistischen Bewegung in der nationalen Frage, welche in Europa soviel Unheil und Schaden angerichtet haben. Lenin schrieb 1914 in seiner Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts der Randvölker des Zarenreiches: „Jeder bürgerliche Nationalismus einer unterdrückten Nation hat einen allgemein demokratischen Inhalt, der sich gegen die Unterdrückung richtet, und diesen Inhalt unterstützen wir unbedingt, wobei wir das Streben nach eigener nationaler Exklusivität streng ausschalten, das Bestreben des polnischen Bourgeois, den Juden zu unterdrücken usw. usf., bekämpfen. ... Das ist ‚unpraktisch‘ vom Gesichtspunkt des Bourgeois und des Kleinbürgers aus. Das ist aber die einzig praktische und prinzipielle, die Demokratie, die Freiheit und den proletarischen Zusammenschluss tatsächlich fördernde Politik in der nationalen Frage.“ Lenin hat diese Haltung später und beson-

ders in seinem letzten Kampf gegen Stalin (1922/23) ausdrücklich auf die Haltung von Kommunisten zur Politik gegenüber anderen Staaten und Nationen übertragen.

Das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und Nationen ist überhaupt ein entscheidender Orientierungspunkt für die Positionierung zum Syrien-Krieg. Lenin hat als erster bedeutender Kommunist dieses Recht in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg hervorgehoben – als Teil des Kampfes um einen demokratischen Umgang der Nationen miteinander und als Teil des Kampfes gegen den zaristisch-großrussischen Imperialismus. Und er setzte seine Politik in dieser Frage nach der Oktoberrevolution konsequent um, als er 1917 dem weißgardistischen Finnland, später den baltischen Staaten und 1921 Polen die staatliche Unabhängigkeit garantierte. Fälschlicherweise wird das Selbstbestimmungsrecht deswegen häufig auf Letzteres reduziert. Das war jedoch keineswegs die Auffassung und Absicht Lenins – was leicht zu beweisen ist, jedoch den Rahmen dieser Gedankenführung sprengen würde. Dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und Nationen liegt die Erkenntnis zu Grunde, dass deren wirkliche Emanzipation und Befreiung von Unterdrückung und Ausbeutung nur dann wirklich gelingen kann, wenn sie dazu einen eigenständigen Weg und die Kraft dazu finden. „Emanzipationsbeglückung“ von außen hat geschichtlich betrachtet nie etwas dazu beigetragen und ist heute nur die zeitgemäße ideologische Verkleidung imperialistischer und hegemonialer Anmaßung. Wer konsequent zu solcher Erkenntnis steht, muss auch im Falle Syriens darauf bestehen, dass die Menschen dieses Staates ihren Weg der Emanzipation und des Fortschritts selbst bestimmen können und dass alle Einmischungen von außen – in welcher Form auch immer – eingestellt und bekämpft werden müssen.

Die linken Kräfte in unserem Land haben in dieser Hinsicht wenig klare Haltungen und manche unsinnige und falsche Stellungnahme abgegeben. Nachstehend Beispiele.

In ihrer Rede vor dem deutschen Bundestag kritisierte Sahra Wagenknecht die Einmischung der westlichen Staaten und deren Luftkrieg

gegen den IS in Syrien mit Worten, wie diese: „Krieg macht alles nur noch schlimmer“, „Bombenkrieg ist Terror“, „Bomben schaffen keinen Frieden, egal ob sie von Russland, egal ob sie von den USA, egal ob sie von Frankreich abgeworfen werden“, „Krieg ist Terror, der neuen Terror hervorbringt“. Das sind fundamental-pazifistische Thesen, die es den Herrschenden leicht machen, sie als Unsinn abzutun.

Warum unterscheidet Wagenknecht nicht zwischen imperialistischen, hegemonistischen Kriegen und Militäreinsätzen und den gegebenenfalls dagegen geführten Verteidigungskriegen? Natürlich weiß fast jeder in unserem Land, dass der IS in Syrien und im Irak nicht ohne Militäreinsatz zu besiegen ist und Mossul oder Rakka nicht als Ergebnis von „Verhandlungen“ vom IS frei zu bekommen sind. Dass solche Militäraktionen nicht von den ausländischen Imperialisten und Hegemonisten ausgeführt werden dürften, sondern von den Regierungen des Iraks und Syriens, wäre die entscheidend notwendige Differenzierung aus linker Sicht gewesen. Mit ihren Thesen, die ganz absolut im Raum stehen, steht Wagenknecht nicht nur aktuell, sondern geschichtlich auf tönernen Füßen: die Bomben der Alliierten im Zweiten Weltkrieg haben natürlich entscheidend zum Sieg über die deutschen und japanischen Faschisten beigetragen. Und ohne Frage ist Krieg furchtbar, aber er ist eben nicht das gleiche wie Terror.

Neben diesen verwaschenen Positionen kommt aber in der ganzen Rede Wagenknechts nicht zum Ausdruck, dass der IS nur im Rahmen einer global und regional organisierten Front für den Regime-Wechsel (!) in Syrien groß werden konnte, und dass Deutschland selbst bei den geplanten Militäreinsätzen immer noch in Vasallentreue zu den anderen Aggressoren und Kriegstreibern gegen das Assad-Regime steht. Die Verteidigungsministerin hatte im Vorfeld der Debatte Letzteres immer wieder deutlich gemacht und betont, dass die deutsche „Hilfe“ in Syrien gegen den IS keinesfalls das Assad-Regime begünstigen und stärken dürfe – warum im Bundestag dann kein Wort der Kritik und kein Anprangern dieser schändlichen Politik der BRD gegenüber Syrien? Da ist es kein Ausgleich,

Anzeige

August Thalheimer:

## Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.



dass Wagenknecht am Tag vor der Bundestagsdebatte vor dem Brandenburger Tor die Achtung der Souveränität Syriens gefordert hatte. Hätte sie dies auch im Bundestag getan und zudem ein Ende der Sanktionen und der Knebelungspolitik gegenüber Syrien gefordert, so wäre der Kern linker Verantwortung kund gemacht. Und bei diesen Mängeln wundert es dann ebenfalls fast nicht mehr, dass in der ganzen Rede Wagenknechts das Wort Imperialismus nicht vorkommt.

Eine ähnliche Position nimmt Lühr Henken (Sprecher des Bundesausschusses *Kasseler Friedensratschlag*) in einem Interview mit der *junge Welt* am 19. November 2015 ein. Dort sagt er u.a.: „Den Krieg zu forcieren, ist der falsche Weg, politische Lösungsansätze sind voranzutreiben. ... Es gilt nun, alle am Konflikt beteiligten Parteien am Verhandlungstisch zusammenzuführen ...“. Glaubt er wirklich daran, dass alle am Konflikt beteiligten Parteien verhandeln wollen – Erdoğan zusammen mit den Herrschern Saudi-Arabiens, IS-Vertreter und Al-Nusra-Führer an einem Tisch mit denen, die den säkularen Charakter Syriens bewahren wollen?

Und wie Wagenknecht formuliert er als Orientierung der Friedensbewegung in der BRD: „Krieg kann kein Mittel sein, um den Terror zu beenden. Krieg verschlimmert alles.“ Sicher kann man dem Terror als Bewegung nicht mit Krieg nach der Art G.W. Bushs begegnen und ihn eliminieren. Nur – die Aussage im Kontext von Kampf gegen den IS zu formulieren bedeutet, die Augen davor zu schließen, dass dieses Terrorsystem eben staatsähnliche Organisation und Strukturen hat, und dass diejenigen, die den Krieg in Syrien wollten, eben nicht mit guten Worten sondern allenfalls mit der Kapitulation ihrer Gegner zufrieden zu stellen sind. Und ebenfalls gibt es von Henken weder inhaltlich noch explizit eine Forderung an die BRD, ihre eigene imperialistische Kumpagnei und die Sanktionen gegen das Sy-

rien des Assad-Regimes zu beenden. Diese unzureichenden Linien und falschen Orientierungen, die wenig mit einer kommunistischen zu tun haben, spiegeln sich fast wortgleich in einer Rede von W. Listl, einem anerkannten und sehr verdienten Führer des *Münchener Bündnis gegen Krieg und Rassismus* am 3. Dezember in München wider, sind also sicher keine Einzelmeinung.

Auf einer ähnlichen Linie liegt ein Strategiepapier der *Sozialistische Linke* in der Partei *Die Linke*, das in der *jW* in Auszügen vorgestellt wurde. Obwohl dort festgestellt wird: „Seit fast fünf Jahren schon tobt der Krieg in Syrien. Was mit dem Kampf um Demokratie und soziale Gerechtigkeit begann,



Deutsche Linke, die in Reihen der kurdischen YPG kämpfen vor einem IS-Plakat

war zugleich von Anfang an auch durch äußere Einflussnahme unterschiedlichster Akteure gekennzeichnet und wurde so schnell zu einem regionalen und internationalen Stellvertreterkrieg, den vor allem auf seiten der islamistischen Opposition international angeworbene Söldner führen. Die Menschen in Syrien sind unermesslichem Leid ausgesetzt, aktuelle Schätzungen sprechen von weit mehr als 250.000 Toten, 12,2 Millionen Syrerinnen und Syrer sind auf der Flucht“, ringt man sich nicht dazu durch, den gerechten Abwehrkampf Syriens anzuerkennen. Und absurd wird es, wenn es heißt: „International betrachtet lässt sich feststellen, dass sich durch die russische militärische Intervention in Syrien die globalen Kräfteverhältnisse zuungunsten des imperialistischen Blockes verschoben haben.“ Als ob nicht Russland heute auch

ein eigener imperialistischer Block wäre...

Ein noch traurigeres Bild liefert die gegenwärtige DKP-Führung, die sich zwar im Syrien-Krieg klar gegen die imperialistisch-hegemonistische Anti-Assad-Koalition stellt, jedoch weniger aus Achtung vor dem syrischen Selbstbestimmungsrecht, als vielmehr, weil sich hier der von der DKP ausgemachte Hauptfeind der Menschheit, der USA-Imperialismus, als mächtigste Partei eingebracht hat. DKP-Vorstandsmitglied Günter Pohl formulierte das auf einem Seminar europäischer KPn im Dezember 2015 so: „Bei der Rolle der Russischen Föderation in Syrien unterscheidet sich die Haltung der DKP bekanntlich von der im Eingangsreferat [der griechischen KKE]; Russland verteidigt dort wie auch im Fall der Ukraine seine Interessen gegen ein weiteres Vorrücken der EU- und US-imperialistischen Kräfte und wirkt damit objektiv als friedenserhaltender Faktor und nebenbei auch für den Erhalt der UN-Charta.“ So eine Argumentation führt manchmal zu Konflikten mit denjenigen in der DKP, die den deutschen Imperialismus immer und überall als den Hauptfeind aller Völker und Nationen betrachteten (so etwa in einer absurden Formulierung zur Solidarität mit den Palästinensern beim letzten Gaza-Krieg Israels Ende 2014), führt aber vor allem zur Solidarität mit dem großrussischen Chauvinismus gegenüber Osteuropa. Dabei stört die DKP-Führung nicht, dass sie die Russische Föderation als imperialistisches Land einstuft und konstruiert zur Rechtfertigung ihrer Positionen eine aberwitzige Faschismus- und Weltkriegsgefahr ähnlich der von 1939 in Europa. Kein Wunder, dass sich immer mehr Linke von dieser Art dogmatischer Verfälschung und Verdrehung der Wirklichkeit abwenden.

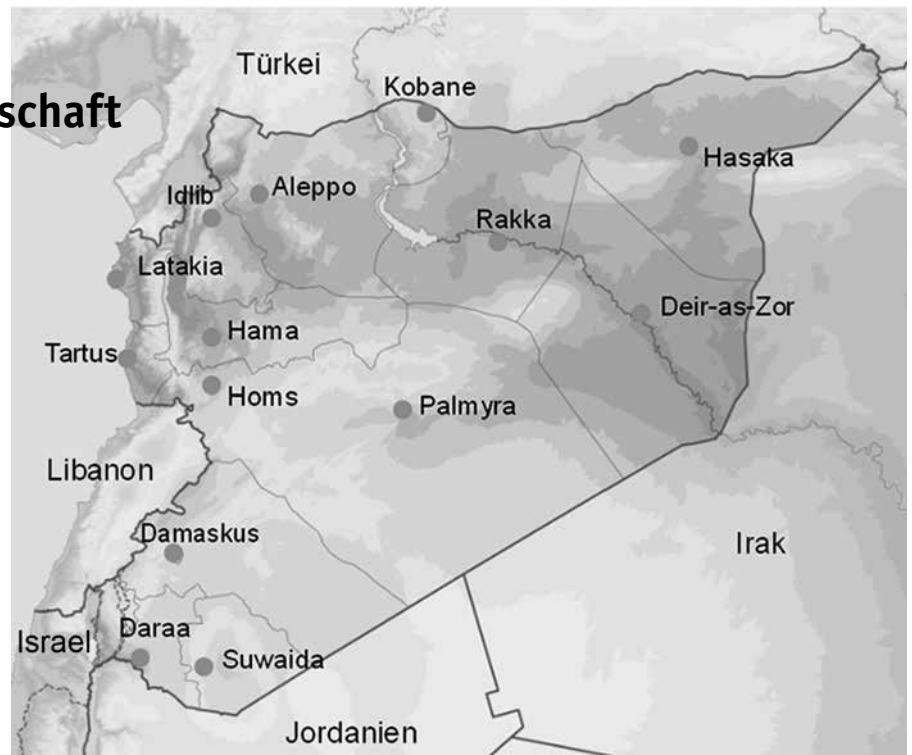
# Syrien

## Geschichte und Gesellschaft

### Die Osmanische Zeit

Im Jahre 1516 wurde das Gebiet des heutigen Syrien dem Osmanischen Reich eingegliedert und blieb für 400 Jahre, bis nach dem I. Weltkrieg, ein Bestandteil dieses Reiches. In der Region gab es in der osmanischen Epoche lange Zeit 2 Provinzen. Die eine war Aleppo, die das heutige Nordsyrien umfasste, aber auch noch größere Gebiete, die heute zur Türkei gehören. Die zweite Provinz war Damaskus, die neben den Süden Syriens auch den heutigen Libanon, Palästina und im wesentlichen auch Jordanien einschloss. Die Verwaltung der Provinzen konnte im Osmanischen Reich nicht überall strikt organisiert und überwacht werden, insbesondere nicht in Provinzen, die aus Sicht der Zentrale abgelegenen waren. Wenn einige Voraussetzungen gegeben waren, hauptsächlich wenn sie regelmäßig ihren Tribut entrichteten und nicht versuchten aus dem osmanischen Herrschaftsbereich auszuscheren, blieben die Provinzen meistens sich selbst überlassen. Die Gouverneure konnten weitgehend eigenständig agieren. Oft haben Familien von örtlichen Notabeln das Amt des Provinzgouverneur über Generationen, quasi wie Dynastien, innegehabt, manchmal sogar über mehrere benachbarte Provinzen hinweg (wie z.B. im Irak mit den Provinzen, Bagdad, Basra und Mossul). In Damaskus hat der al-Azm Clan zwischen 1725 und 1807 „regiert“. Aber auch ohne Provinzgouverneur zu sein, konnten Personen, die sich auf die Machtmittel ihrer Clans stützen konnten erheblichen Einfluss gewinnen und mehr oder weniger lange ein eigenes kleines „Herrschaftsgebiet“ behaupten. Es gibt dafür mehrere Beispiele.

Im Libanon-Gebirge, mit traditionell starken Gemeinschaften von Christen und Drusen, bildeten sich schon ab dem 16. Jahrhundert Gebiete mit einer gewissen Autonomie heraus. Die gewährten Sonderrechte änderten sich im Laufe der Zeit mehrmals, das faktische Maß an Autono-



mie und Macht war aber keineswegs nur von offiziell zugestandenen Rechten abhängig. Die führenden feudalen Familien der Christen und Drusen konkurrierten dabei um den bestimmenden Einfluss, was gelegentliche gewaltsame Auseinandersetzungen durchaus einschloss.

Etwa ab Mitte des 19. Jahrhunderts kam es dann zunehmend zu Einmischungen der imperialistischen Mächte, die sich zu Schutzmächten einzelner Bevölkerungsgruppen oder von religiösen Stätten im „heiligen Land“ erklärten. Frankreich beispielsweise beanspruchte diesen Status für die Maroniten, das zaristische Russland für die orthodoxen Christen. Die „Schutzmächte“ konnten durch Verträge, bezeichnend Kapitulationen genannt, mit dem Osmanischen Reich Sonderrechte sowohl für sich selbst, z.B. in Form von Handelsprivilegien, als auch für ihr Klientel im Lande durchsetzen. Die türkisch-osmanische Regierung reagierte auf diese Situation unter anderem durch die Ausgliederung einzelner Bezirke, die mit Sonderrechten ausgestattet wurden, z.B. wurde der *Sandschak* (Bezirk) Jerusalem geschaffen, der mehr der Zentralregierung direkt als der Provinzverwaltung in Damaskus unterstellt war. Später wurde eine dritte Provinz, Beirut, gegründet, wodurch das Küstengebiet verwaltungsmäßig vom syrischen Hinterland abgetrennt wurde. Die späteren

Teilungen durch die Kolonialmächte hatten also eine Vorgeschichte.

Während der Reformperiode im Osmanischen Reich (das sogenannte Tanzimat von 1839 bis 1876) kam es auch in der syrischen Region zu erheblichen Veränderungen. Bei der Einführung eines neuen Landrecht, konnte die städtische Oberschicht ihren Bildungsvorsprung ausnutzen und sich viele Landtitel verbrieften lassen und sich damit das Land aneignen. Aus selbständigen Bauern, die traditionelles Gemeinschaftseigentum bearbeitet hatten, wurden dadurch Pächter. Die Öffnung für europäische Importe schädigte die noch traditionell arbeitende einheimische Wirtschaft. Die bis dahin bedeutende Textilmanufaktur wurde praktisch zerstört. Durch europäische Protektion konnten christliche Familien im Importhandel eine dominierende Stellung erreichen und einen rasanten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg nehmen.

### Der Erste Weltkrieg und die Folgen

Mit dem Aufkommen eines türkischen Nationalismus nach westlichen Vorbild (Jungtürken) begann auch die Entwicklung eines arabischen Nationalismus, auch als Reaktion auf Tendenzen zu einer Türkifizierung. Im I. Weltkrieg wurde der arabischer



*Faisal mit seiner Delegation bei der Pariser Friedenskonferenz im Januar 1919*

Nationalismus erstmals politisch wirksam. Im Krieg suchten die Briten Unterstützung gegen die Türken, auch bei den arabischen Völkern des Osmanischen Reiches. Der britische Hochkommissar in Ägypten, Henry McMahon, führte 1915/16 eine Korrespondenz mit Hussein dem Scherifen von Mekka aus dem Clan der Haschemiten. In diesem Briefwechsel bot Hussein arabische Beteiligung beim Kampf gegen die Türkei an. Als Gegenleistung erwartete er Unterstützung für die arabische Unabhängigkeit. Auch wenn der Briefwechsel kein formeller Vertrag war, erweckte er dennoch den Eindruck, die Briten würden einem unabhängigen Arabien zustimmen. Gleichzeitig schlossen die Briten mit Frankreich und dem zaristischen Russland ein Geheimabkommen über die Verteilung der künftigen Kriegsbeute (Sykes-Picot-Abkommen). 1917 machten sie auch noch Zusicherungen an den Zionistischen Weltkongress (Balfour-Deklaration) über eine jüdisch Heimstätte in Palästina.

Das Doppelspiel der Kolonialisten ist weitgehend bekannt, weniger aber Hussein und die arabische Seite. Scherif ist ein religiöser Titel, mit dem Nachkommen Mohammeds bezeichnet werden. Der Clan der Haschemiten hatte schon seit Jahrhunderten eine führenden Stellung im, ebenfalls zum osmanischen Reich gehörenden, Gebiet Hedschas inne. Das Hedschas erstreckt sich entlang der Küste des Roten Meeres einschließlich der bei-

den Städten Mekka und Medina. Zu den Aufgaben des Scherifen gehörte es, den Ablauf der jährlichen Wallfahrt in Mekka zu organisieren. Innerhalb der arabischen Nationalbewegung war Hussein ein Vertreter des konservativen Flügels und verfügte über einiges Ansehen.

Auf den Kriegsschauplatz spielten arabische Verbände unter Führung von Faisal, dem Sohn Husseins, eine gewisse Rolle bei Zurückdrängung der Türken aus Palästina und Syrien. Die Truppen rekrutierten sich hauptsächlich aus Beduinen des Hedschas und Transjordanien. Nach dem Krieg wurde die Gebiete in den Friedenskonferenzen entsprechend dem Sykes-Picot-Abkommens verteilt. Syrien und Libanon fielen an Frankreich, England bekam Irak, Jordanien und Palästina. Hussein wurde nicht, wie erhofft, König des gesamten vorher türkischen Arabiens, sondern nur des Hedschas, das zwar die Heimat und der traditionelle Einflussbereich der Haschemiten war, aber wenig entwickelt und schwach. Das neue Königreich Hedschas wurde dann auch bereits 1926 von Ibn Saud, dem Herrscher des später Saudi-Arabien genannten Reichs erobert, und verschwand damit wieder von der Landkarte.

### **Die Französische Herrschaft**

Die Besitznahme Syriens durch Frankreich, offiziell als ein Mandat

des Völkerbundes, ging nicht ohne Widerstand über die Bühne. Faisal, der Sohn Husseins, konnte in Damaskus eine syrische Nationalversammlung und eine Regierung für Groß-Syrien ins Leben rufen. Die Nationalversammlung verabschiedete 1919 die Forderung nach Unabhängigkeit, der Errichtung einer konstitutionellen Monarchie mit Faisal an der Spitze und die Zurückweisung aller französischen Ansprüche. 1920 wurde Faisal noch zum König Arabiens proklamiert. Aber Frankreich ging militärisch vor und Faisal wurde in der Schlacht von Maisalun bei Damaskus geschlagen und ins (britische) Exil getrieben. Allerdings muss man auch festhalten, dass die Haschemiten bei den arabischen Nationalisten keineswegs unumstritten waren und das aus guten Gründen. Sie vertraten im wesentlichen eine sehr konservative Linie. Häufig wurde ihnen vorgeworfen, vor allem an der Etablierung ihrer eigenen (autoritären) Herrschaft interessiert zu sein. Faisal war in Syrien nicht besonders populär. Viele Syrer empfanden ihn als landesfremden Beduinen. Später wurde Faisal von den Engländern zum König des Iraks gemacht, sein Bruder Abdallah zum König Jordaniens. In Jordanien herrschen die Nachkommen dieses Königs bis heute.

Frankreich hatte nicht die Absicht sein Mandatsgebiet als staatliche Einheit zu behandeln. Es gab den Plan es in fünf bis sechs Teile aufzuspalten. Einer dieser Teile, der Libanon, blieb bis heute erhalten. Das damals ausgegliederte Gebiet und damit der heutige Staat Libanon ist aber um einiges größer als die älteren halbautonomen Gebiete der osmanischen Zeit. Vorübergehend wurde auch ein autonomes Gebiet für die Drusen (im südlichen Teil des heutigen Syrien um die Stadt Suweida) geschaffen, ebenso wie für die Alawiten (entlang der gesamte Mittelmeerküste mit Latakia als Hauptstadt und den Alawitenbergen als Hinterland). Bemerkenswert ist, dass diese beiden Abtrennungen bei den entsprechenden Volksgruppen keineswegs besonders populär waren, sondern die führenden Vertreter dieser beiden Gruppen sich ausdrücklich als Befürworter und Kämpfer für die nationale Einheit hervorgetan haben. Die Abtrennungen wurden auch noch unter

der französischen Herrschaft wieder rückgängig gemacht.

Mit der Gründung des Mandatsgebiets wurden auch die heutigen Außengrenzen von den Kolonialmächten festgelegt. Das gilt sowohl nach Süden und Osten, gegenüber den Gebieten unter englischer Oberhoheit als, auch nach Norden zur Türkei. Gegenüber der Türkei wurde die Grenze zu einem großen Teil so gezogen, dass kurdische Siedlungsgebiete durchschnitten wurden und damit auch Syrien eine kurdische Minderheit erhielt. Das Gebiet um Alexandrette/Iskenderun wurde sowohl von der Türkei (wegen der mehrheitlich türkischsprachige Bevölkerung) als auch von den syrischen Nationalisten (historischer Teil von Syrien) beansprucht. Es wurde zuerst als eigenständiges Gebiet ausgegrenzt und dann 1939 von den Franzosen an die Türkei übergeben und bildet heute die türkische Provinz Hatay. Diese zu Zeiten des Kolonialismus entstandene Grenze war lange ein Konfliktpunkt zwischen Syrien und der Türkei.

## Unabhängigkeit

1946 wurde Syrien unabhängig, auch die letzten französischen Truppen ziehen in diesem Jahr ab. Die Jahre nach der Unabhängigkeit waren in Syrien politisch sehr turbulent. Die

staatlichen Institutionen, die Armee und die Gesellschaft insgesamt war von vielen Spaltungen durchzogen, seien es soziale, ideologische, religiöse oder ethnische. Staatsstiche waren häufig, von 1949 bis 1956 gab es in Syrien 20 Regierungen und vier Verfassungen.

Die Ursache für diese politische Instabilität lag in den unterschiedlichen Interessen der am nationalen Befreiungskampf beteiligten Gruppen. Den Bauern ging es vor allen um eine gerechte Aufteilung von Land und um politische Mitsprache. Die ländlichen Unterschichten zeigten in ihren Kampf eine bemerkenswerte Radikalisierung. Zum Beispiel kam es 1950 zu einem landesweiten Bauernaufstand. Der Gegenpol dazu waren die Landbesitzer als politisch konservative Kraft. Dazwischen



Briefmarke der Vereinigten Arabischen Republik

standen schwankend die städtischen Mittelschichten. Sie waren Befürworter einer Industrialisierung des Landes, allein aber zu schwach um sich durchzusetzen. Ihr Verhältnis zu den privilegierten Landbesitzern war

traditionell von Konflikten geprägt. Gegenüber den Forderungen der Unterschichten waren sie skeptisch bis ablehnend, deren Radikalisierung erzeugte Ängste. Es gab auch eine zahlenmäßig kleine aber selbstbewusste Arbeiterbewegung, die bereits 1946 grundlegende Arbeitsrechte wie das Streikrecht durchsetzen konnte.

Von 1958 bis 1961 kommt es zum Zusammenschluss mit Ägypten zur *Vereinigten Arabischen Republik (VAR)*. Trotz der kurzen Dauer der VAR wurden in dieser Zeit wichtige Entwicklungen eingeleitet, die später auch Grundlagen der Baath-Herrschaft bilden sollten. Die Industrialisierung wurde forciert und man begann mit der Umverteilung des Landes. Durch Subventionen für Grundnahrungsmittel sicherte man den Lebensstandard der Armen. Gleichzeitig versuchte man aber auch die verschiedenen sozialen Bewegungen wieder unter Kontrolle zu bringen. So wurde auch das Streikrecht wieder abgeschafft.

Allerdings führten die Dominanz von Ägyptern in wichtigen staatlichen Stellungen, unterschiedliche Auffassungen zu diversen Fragen und Säuberungsaktionen, initiiert von Gamal Abdel Nasser, zu erheblichen Spannungen innerhalb des gemeinsamen Staates. 1961 wurde das Experiment VAR von syrischer Seite durch eine Militärputsch beendet.

## Syrien – Außen- und Bündnispolitik

Die Außenbeziehungen Syriens sind gekennzeichnet von Bereichen mit großer Kontinuität, gleichsam außenpolitischen Konstanten, und andererseits von Bereichen mit häufigen und heftigen Veränderungen und Schwankungen.

### Bündnis mit SU/Russland

Eine außenpolitische Konstante war und ist das Bündnis mit der Sowjetunion bzw. Russland. Die freundschaftlichen Beziehungen begannen praktisch mit der Unabhän-

gigkeit Syriens. Bereits 1957 wurde ein Vertrag über technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit abgeschlossen. 1980 wurden die Beziehungen durch einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit ausgebaut. Letztlich hat diese Beziehung auch den Zusammenbruch der SU überdauert, Russland ist an die Stelle der SU getreten. Die Zusammenarbeit gab und gibt es auf wirtschaftlichen und militärischen Gebiet. Letzteres dürfte für Syrien das wichtigere sein.

### Israel

Die zweite außenpolitische Konstante ist die Gegnerschaft zu Israel, die Unterstützung der Palästinenser und

der Versuch das im 6-Tage Krieg 1967 verlorene Territorium um die Golan Höhen wieder zurückzuerhalten. Der Palästina Konflikt und das Verhältnis Syrien Israel bietet genügend Stoff für eine eigenständige Darstellung und würde diesen Artikel sprengen. Es sei nur festgehalten, dass es mindestens 3 Anläufe gab, das Verhältnis zu Israel vertraglich zu regeln., (2000, 2004 und 2008). Anscheinend war man jedes mal in (Geheim-) Verhandlungen schon nahe einer Einigung. Allerdings kam es auch jedes mal zum Scheitern, 2000 war Israel nicht bereit das besetzt Gebiet vollständig zurückzugeben, strittig war anscheinend nur ein schmales Stück Land, 2006 brachte der israelische Einmarsch in den Libanon und 2008 der Krieg im Gaza Streifen den Verhandlungsprozess zum Abbruch.



## Der Aufstieg der Baath Partei

1963 putschte sich die Baath Partei an die Macht. Die Baath Partei entwickelte sich in den Jahren nach der Unabhängigkeit zur führenden säkularen Kraft, die Antikolonialismus, panarabische Nationalismus und Sozialismus in ihren Forderungen vereinigte.

Als Gründer der *Baath (Wiedergeburt)* Partei gelten der syrische Christ Michel Aflaq und der Sunnit Salahadin al-Bitar, beide Lehrer, die in Frankreich studiert hatten. Der erste Parteikongress der Baath Partei fand 1947 statt. 1952 erfolgte ein Zusammenschluss mit der *Arabischen Sozialistischen Partei (ASP)* von Akram al-Howrani. Die ASP war besonders bei den Bauern verankert. Nach dem Zusammenschluss lautete der offizielle Name *Sozialistische Partei der Arabischen Wiedergeburt*.

Die beherrschenden politischen Themen in den 1950er und 1960er Jahren waren der panarabische Nationalismus und der Kampf um eine Landreform. Beides verknüpfte die Baath Partei. Überdurchschnittlich viele Anhänger hatte sie unter den kleineren und mittleren Bauern, ebenso bei den (unteren) städtischen Mittelklassen, bei Arbeitern und Studenten. Viele Anhänger konnte der Baathismus wegen seiner nicht-religiösen Ausrichtung auch bei den religiösen Minderheiten also den

Christen, Alawiten, Ismailiten und Drusen gewinnen.

Allerdings bestand innerhalb der Partei in zentrale Fragen, über Sozialismus und Nationalismus keine Einigkeit. Der persönlich religiöse Michel Aflaq stand dem atheistischen Marxismus unversöhnlich gegenüber. Sozialismus war in diesen Kontext kaum mehr als eine etwas diffuse Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit. Daneben gab es radikalere Forderung von Bauern und Unterschichten, ebenso wie Intellektuelle mit Sympathien für (unterschiedliche Varianten des) Marxismus. Nicht nur die Frage des Sozialismus trieb einen Keil in die Partei. Auch über den Nationalismus wurde gestritten. Neben Vertretern eines panarabischen Programms mit der Unterstützung von staatlichen Zusammenschlüssen formierten sich Anhänger um die Forderung einer Konzentration auf das eigene Land im Sinne eines „*Syrien zuerst*“.

Im blutigen Putsch innerhalb der Baath Partei wurde 1966 die alte Garde unter Aflaq, Bitar und Howrani von jungen Offizieren entmachtete (die Putschisten werden auch als Neo-Baathisten bezeichnet). Der Putsch bedeutete erst einmal einen Linksruck. Die Landreform wurde vorangetrieben, Banken und Großbetriebe verstaatlicht, ein staatliches Außenhandelsmonopol eingerichtet. Zu den Putschisten gehörte auch

Hafiz al-Assad, der zunächst Verteidigungsminister wurde.

1968 putschten sich im Irak der Zweig der Baathisten an die Macht, der mehr den alten Kräften entsprach, die 1966 in Damaskus entmachteten worden waren. Aflaq ging auch später in den Irak und war dort politisch aktiv. Der syrische und der irakische Flügel der Baath Partei waren und blieben heftig verfeindet und rivalisierten um die Führungsrolle, nicht nur in der Baath Partei, sondern auch generell in der arabischen Welt.

## Hafiz al-Assad

Aber auch in Syrien waren die inneren Auseinandersetzungen noch nicht vorbei. Verkürzt gesprochen gab es zwei Richtungen, einen sogenannten zivilen Flügel um Salah Dschadid, der einen betont sozialistischen Kurs vertrat und eine offensive Politik der Palästinenser gegen Israel unterstützte, und einen militärischen Flügel, um Assad, der in Bezug auf Sozialismus und Außenpolitik einen zurückhaltenden oder vorsichtigeren Kurs verfolgte. Es können hier nicht alle Strömungen, Wendungen und Putschversuche nachvollzogen werden, aber letztlich hat sich Assad eindeutig durchgesetzt. 1970 wurde er Ministerpräsident, 1971 zum Präsidenten gewählt.

## Bündnis mit Iran

Etwas jünger ist das Bündnis mit dem Iran. Die Anfänge gehen auf das Jahr 1979, nach dem Sturz des Schah, zurück. Auf den ersten Blick ist dieses Bündnis überraschend, denn es verbindet ein hauptsächlich säkulares Land mit einem islamistisch, theokratischen. Aber vermutlich ist die betont auf Unabhängigkeit und Gegnerschaft zu den USA und zu Israel setzende Politik des Iran für Syrien ein attraktiver Partner, um die eigene, in mancher Hinsicht ähnliche Position, zu stärken, nicht zuletzt auch gegen Rivalen im arabischen Raum. Für den Iran war das Bündnis ein Schutz gegen die regionale Isolierung.

Eine Bewährungsprobe erlebte das Bündnis während des ersten

Golfkriegs (1980 bis 1988), den der Irak unter Saddam-Husseini gegen den Iran führte. Syrien war gegen jede Unterstützung des Iraks, im Gegensatz zu vielen anderen arabischen Staaten oder auch damals noch den USA. Seitdem hat sich das Bündnis mit dem Iran weiter gefestigt, beispielsweise durch die immer stärkere Einbeziehung der libanesischen Hisbollah.

## Arabische Liga

Von heftigen Schwankungen war dagegen das Verhältnis zu den arabischen „Bruderstaaten“ gekennzeichnet. Trotz panarabischen Nationalismus waren die Beziehungen oft nicht sehr harmonisch. Zeiten

der Kooperation wechselten mit Zeiten der Rivalität und Konfrontation bis hin zu offener Feindschaft ab. Bezeichnenderweise gab es des öfteren Bündnisse, die von der propagierten Linie der beteiligten Staaten her, eigentlich unmöglich hätten sein müssen. Ein Zeichen dafür, dass es bei vielen Bündnissen nur um kurzfristige Interessenpolitik ging, was auch immer nach Außen als arabische Freundschaft oder Solidarität verkündet wurde. Seit Ausbruch der Kämpfe in Syrien ab 2011 gab es neuerlich eine grundsätzliche Umorientierung. Die Arabische Liga, und fast alle ihre Mitglieder, sind zu Syrien auf Distanz gegangen, die Mitgliedschaft Syriens wurde suspendiert. Dagegen haben sich die Beziehungen zum Irak deut-

Unter Hafiz al-Assad wurde nach und nach ein Kurs bestimmend dessen entscheidende Ziele Stabilität (nach Innen und nach Außen) und Machterhalt waren. Panarabischer Nationalismus und Sozialismus wurden zwar weiterhin propagiert, in der Realität dominierten Vorsicht und Pragmatismus. Die schrittweisen Veränderungen unter Assad bedeutete keine völlige Kehrtwende in der Politik, aber eine deutliche Kurskorrektur. Das wurde auch offiziell so vertreten, die staatliche Propaganda sprach von einer „Korrekturbewegung“.

Sozialismus bedeutete in Syrien erheblichen staatlichen Einfluss in Industrie und Außenhandel, die große Mehrheit der Firmen bleibt aber privat, und eine materiellen Absicherung der Bevölkerung durch Subventionen für Grundnahrungsmittel, Heizöl, Benzin usw., einer kostenlosen medizinischen Grundversorgung und Zugang zum Schul- und Bildungssystem. Manche Autoren sprechen in diesem Zusammenhang von einem syrischen Wohlfahrtsstaat. Was nicht ganz falsch ist, wenn man syrische Verhältnisse nicht mit skandinavischen verwechselt.

Stabilität und Machterhalt bedeutete aber bis zu einem gewissen Grade auch Stillstand und Erstarrung. Viele Menschen fanden zwar

durch eine staatliche Anstellung Arbeitsplatz und Lebensunterhalt, andererseits war die syrische Bürokratie für ihre Umständlichkeit und Ineffizienz berüchtigt. Langfristige Ziele, wie Industrialisierung wurden nur bedingt erreicht.



Unter Assad wurde die Baath Partei zur Massenpartei. Die Zahl der Mitglieder legte von ca. 65 000 (1971) auf über eine Million (1991) zu. Es entstand auch ein starker Personenkult um die Person von Assad. Statuen und Bilder des „Führers bis

in alle Ewigkeit“ beherrschten Straßen und Plätze.

Mit säkularen politischen Richtungen außerhalb der Batah Partei, auch Kommunisten, wurden „Bündnisse“ eingegangen z.B im Rahmen der *Nationalen Fortschrittsfront*. Wobei der Führungsanspruch der Baath Partei und auch der von Assad persönlich nicht angetastet werden durfte. Die Bündnisse waren also keine auf gleicher Augenhöhe. Dafür sorgten Geheimdienste und Repressionsapparat. Der Spielraum der „Bündnispartner“ war auch über die Jahre starken Schwankungen ausgesetzt.

In Konkurrenz zu den dominierenden säkularen standen religiös (islamisch) ausgerichtete politische Kräfte. Die wichtigsten und stärksten orientierten sich an den Muslimbrüdern. Mehrmals kam es zu blutigen Auseinandersetzungen.

Ein Ableger der ägyptischen Bruderschaft trat 1945 zum ersten mal in Erscheinung. Zu den ersten größeren bewaffneten Auseinandersetzungen mit der staatlichen Macht kommt es 1964 in Hama. Die stärksten und blutigsten Kämpfe fanden dann 1982 ebenfalls in Hama statt. Vorausgegangen war eine von den Islamisten ausgehende und einige Jahre dauernde Terrorwelle mit Bombenattentaten und Mordanschlägen gegen Vertreter des Regimes, unter anderen auch ein

lich gebessert. Der Irak hat. z.B. der Suspendierung Syriens nicht zugestimmt und Sanktionen gegen Syrien abgelehnt. Mit dem Irak wurden wieder Botschafter ausgetauscht, es gibt wieder Flugverbindungen zwischen den beide Ländern und sonstige praktische Zusammenarbeit.

### Das Verhältnis zum „Westen“: vom Schurkenstaat zum Partner und Freund und wieder zurück

Besonders wechselvoll waren die Beziehungen zum „Westen“ angeführt von den USA und zur Türkei. Auch hier würde eine vollständige Darstellung aller Wendungen diesen

Artikel sprengen. Es sollen nur ein paar wichtige Punkte in Erinnerung gerufen werden.

Da Syrien 1979 die Verhandlungen von Camp David nicht mitmachte und den folgenden Friedensschluss zwischen Ägypten und Israel ablehnte, wurde es als Feind und Terrorstaat (Unterstützung des Terror der Palästinenser) eingestuft. Trotzdem gab es danach Schwankungen zwischen Ausgrenzung und Zusammenarbeit in mehrmaligen Wechsel. Zusammenarbeit gab es z.B. während des 2. Golfkrieg 1990/91, Syrien beteiligte sich durch Stellung von Truppen an der Rückeroberung Kuweits. Kooperation mit westlichen Geheimdiensten gab es bei der Bekämpfung von Islamisten z.B. auch durch Überstel-

lung (zur Folterung) von Verdächtigen an Syrien.

Gründe für das ambivalente Verhältnis sind einerseits die konsequente Vertretung der eigenen Interessen gegenüber allen anderen und die fehlende Bereitschaft sich unterzuordnen, was die Großmächte des öfteren provozierte. Andererseits verfolgte Syrien eine nüchterne und realistische Politik, die Abenteuer vermied. Sie ermöglichte Stabilität in der Region und bot, auch für Gegner wie etwa Israel, eine gewisse Berechenbarkeit.

Die Entwicklung der Beziehungen zur Türkei sind dabei besonders auffallend. Viele Jahre waren diese ausgesprochen schlecht. Von Anfang an belastet durch strittige Territorialfragen um die Provinz Hatay und die

(gescheitertes) Attentat gegen Präsident Assad. Der von den Muslimbrüdern in ihrer Hochburg Hama inszenierte Aufstand wurde mit großer Brutalität niedergeschlagen. Dabei wurde der Stadtkern abgeriegelt und weitgehend zerstört. Die Zahl der Opfer ist umstritten, geht aber auf jeden Fall in die Zehntausende. Seitdem gab es in Syrien die Muslimbrüder als Organisation nicht mehr. Was aber nicht heißt, dass es keine Anhänger und Sympathisanten mehr gab. Im Exil waren und sind syrische Muslimbrüder weiterhin aktiv.

Das Syrien unter der Baath Herrschaft ist ein säkularer überkonfessioneller Staat in dem die vielen Religionsgruppen einigermaßen friedlich zusammenleben. Im Vergleich zu anderen Staaten der Region, wie etwa Ägypten, gibt es eine relativ gute soziale Absicherung, auch der unteren Schichten der Bevölkerung. Aber Syrien ist keine Demokratie in der ein Machtwechsel durch Wahlen vorgesehen wäre. Syrien ist auch keine entwickelte bürgerliche Gesellschaft. Dazu ist die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung noch zu wenig weit fortgeschritten, vormoderne Zustände/Traditionen noch zu stark und einflussreich. Verwandtschaft und Clan-Beziehungen spielen eine große Rolle bei der Stabilisierung des Herrschaftssystems, offene Gewalt und Repression bei der Absicherung dieser Herrschaft gegenüber potentiellen Gegnern. Be-

zeichnend ist auch der Übergang der Präsidentschaft, quasi als Erbfolge, an Baschar nach dem Tode seines Vaters Hafiz (2000).

### Ein neuer Präsident

Der neue Präsident Baschar al-Assad präsentierte sich am Beginn als jemand, der an der Öffnung des Landes interessiert ist. In einer sei-



ner ersten Reden spricht er von Demokratie und bürgerliche Freiheiten. Das wurde von der Opposition aufgegriffen und noch 2000 kam es zur Veröffentlichung des sogenannten Memorandum der 99 in dem ein Ende des Ausnahmezustands und die Freilassung der politischen Gefangenen gefordert wurden. Weitere Aktivitäten folgten. Aber bereits ein Jahr später kam es wieder zu ersten Verhaftungen von Oppositionellen.

Die staatliche Propaganda schwenkte vom Slogan „Reform und Erneuerung“ auf „Modernisierung und Entwicklung“ um.

Die politische Öffnung wurde schnell wieder gestoppt. Aber es gab größere Veränderungen auf wirtschaftlichen Gebiet. Unter Baschar Assad wurden mehr Vertreter aus Wirtschaftskreisen, die oft Erfahrungen im westlichen Ausland gesammelt hatten, in die Regierung geholt. Diese Kräfte traten für eine technologische und ökonomische Modernisierung des Landes ein. Verantwortlich für die Umgestaltung, sprich Liberalisierung, der syrischen Wirtschaft war Abdallah al-Dardari als stellvertretender Ministerpräsident. Verstärkte wirtschaftliche Kooperation konnte sowohl mit der Türkei als auch den Golfstaaten vereinbart werden. Dadurch wurden zwar Investitionen in Syrien angeregt, es kam kurzfristig geradezu zu einem Investitionsboom, allerdings gab es auch etliche negative Folgen. Durch die Öffnung stiegen die Importe vor allem aus der Türkei rasant an und setzten viele syrische Kleinunternehmen unter Druck bzw. trieben sie in den Ruin. (Kleine Firmen sind charakteristisch für die syrische Wirtschaft, von 600.000 syrischen Unternehmen sollen 500.000 weniger als 5 Beschäftigte haben). Viele Investitionen gingen in den Immobilienbereich der größeren Städte, was zu einem Anstieg der Mieten führte, verschärft

Grenzziehung ganz allgemein, kamen später noch Meinungsverschiedenheiten um die türkischen Projekte am Oberlauf von Euphrat und Tigris dazu. (Das Wasser des Euphrat ist für die Landwirtschaft in Nordsyrien sehr wichtig). Ein weiterer Streitpunkt war das syrische Asyl für den PKK Führer Öcalan. Dieses problematische Verhältnis zu Türkei verbesserte sich ab 2000 deutlich, um dann einer Phase Platz zu machen, in der von Freundschaft gesprochen wurde, Freundschaft zwischen den beiden Ländern und auch zwischen ihren führenden Repräsentanten, Erdoğan und Assad. Die wirtschaftliche Öffnung Syriens und die folgenden guten Geschäfte türkischer Firmen haben dazu sicherlich beigetragen.

2011 hat sich das alles sehr schnell geändert. Bei der Türkei aber nicht nur bei ihr. Viele Staaten schwenkten innerhalb kurzer Zeit wieder auf einen offen feindseligen Kurs gegen Syrien ein. Führend die USA, prominent unterstützt von Frankreich und Großbritannien und in ihrem Gefolge auch Deutschland. Die Forderung lautet jetzt „Assad muss weg“, „keine Verhandlungen mit dem Unrechtsregime“, der bewaffnete Kampf wird verdeckt oder ganz offen unterstützt.

Es gibt mehrere potentielle Gründe für den schnellen Umschwung, einige seien stichpunktartig aufgezählt:

- die Regierung von Baschar al-Assad zeigte sich zu wenig nachgiebig

- das Bündnis Iran, Syrien, Hisbollah soll aufgebrochen werden
- es gibt oder scheint bessere Alternativen zu geben. Für die Türkei könnte die von den Muslim-Brüdern angeführte Opposition eine solche bessere Alternative sein
- Assad kann sich sowieso nicht halten, man muss rechtzeitig Positionen für die nach Assad Zeit aufbauen

Für die einzelnen Akteure sind vermutlich unterschiedliche Gründe ausschlaggebend. Die Ziele und Absichten können sich dabei im Detail durchaus widersprechen. Entscheidend ist, dass sie sich zur Zeit in einem Punkt treffen: Assad muss weg.



noch durch die gleichzeitige Lockerung der Mietkontrolle.

Die wirtschaftliche Öffnung war keine echte Erfolgsgeschichte. Prosperität wurde nur in wenigen Branchen und Bereichen ausgelöst, z.B. beim Mobilfunk, aber nicht in der Wirtschaft als Ganzes. Eine allgemeine Wachstumsdynamik hat sich nicht herausgebildet. Die Ungleichheit in der Gesellschaft hat stark zugenommen. Die (realen) Einkommen der Bauern und Arbeiter waren rückläufig. Angeblich hat auch die Korruption zugenommen und in der Wahrnehmung vieler Menschen waren die wirklich florierenden Geschäfte an Günstlinge und/oder Verwandten der Herrschenden gebunden. Legendar ist in dieser Hinsicht der Cousin des Präsidenten, Rami Makhluf. Laut Financial Times soll er über 60% der syrischen Wirtschaft kontrollieren, unter anderen durch Beteiligungen an Mobilfunkgesellschaften, Hotels, Banken, Versicherungen, Fernsehsender und eine Fluglinie.

Dazu kamen noch eine Reihe von anderen Ereignissen, die zu einer Verschlechterung der Lage führten. Von 1998 bis 2001 und dann wieder von 2005 bis 2011 gab es in Syrien ausgeprägte Dürreperioden. Dadurch wurden viele zehntausende Bauern (manche Berichte sprechen von bis zu 300.000) gezwungen die Landwirtschaft aufzugeben und in die Städte

umzusiedeln. Verschärft wurden die Probleme der Bauern durch diverse neoliberale Maßnahmen (Abbau der Preiskontrollen für Pestizide und Futtermittel, verschärfte Konkurrenz mit privatisierten Großbetrieben um Wasser für künstliche Bewässerung). Als Folge der Finanzkrise 2008 verloren tausende Syrer in der Golfregion, besonders in Dubai, ihre Arbeitsplätze. Personen, die vorher ihre Familien durch regelmäßige Überweisungen unterstützt hatten, kehrten jetzt wieder, weitgehend mittellos, in ihre Heimat zurück. Nach dem Irakkrieg 2003 schließlich kamen ca. 1,5 Millionen Flüchtlinge nach Syrien, die zusätzlich versorgt werden mussten. Die meisten Menschen aus diesen Gruppen suchten in den Vororten der größeren Städte nach Wohnungen und Arbeitsmöglichkeiten. Die offizielle Arbeitslosigkeit wurde für die Jahre 2005 bis 2010 mit zwischen 10 und 15 Prozent angegeben, inoffizielle Schätzungen sprechen aber von 20%, bei der Jugendarbeitslosigkeit von 50%.

Langfristig steht für Syrien, ebenso wie für die meisten anderen ehemaligen Kolonien, die Notwendigkeit einer weiteren Entwicklung der Produktivkräfte an. Das sollte idealerweise in relativer Unabhängigkeit und Eigenständigkeit geschehen und nicht nur als Anhängsel der kapitalistischen Zentren. Man kann feststellen, dass sich das Baath Regime zwar

die notwendige Unabhängigkeit erhalten hat, aber mit der Entwicklung der Produktivkräfte nicht sehr erfolgreich war. Das ist eine Feststellung und damit soll nicht gesagt werden, dass das Regime hauptsächlich oder gar allein dafür verantwortlich war. Aber der Nichterfolg ist auch eine Ursache für die zunehmende innere Opposition. Wirtschaftlicher Erfolg, das Erreichen von Wohlstand oder gar Reichtum war im letzten Jahrzehnt auf Nähe zum Regime und Begünstigung angewiesen. Der Sicherheitsapparat hat durch Willkür viele Demütigungen erzeugt, auch aus eigentlich nichtigen Anlässen, wie in vielen Quellen berichtet wird. Die Folge ist eine entsprechende Frustration und Verbitterung. In Syrien gibt es ein relativ großes Bevölkerungswachstum, der Anteil der jungen Menschen in der Gesellschaft ist groß. Es gibt breite Schichten, die für sich keine Perspektive sehen. Das war 2011 in Syrien nicht grundsätzlich anders als in Tunesien und Ägypten. Daraus hat sich ein Aufstandspotential ergeben.

Andererseits ist es anscheinend nach wie vor richtig, dass die Regierung noch von erheblichen Teilen der Bevölkerung unterstützt wird. Vermutlich spielt dabei eine wichtige Rolle, dass die bewaffnete Opposition auch keine Perspektive bieten kann. Schon gar nicht eine demokratische Perspektive.

## Syrien – Religionen

**S**unniten\*, über 70 Prozent der Bevölkerung (auch die meisten Kurden Syriens sind Sunniten) sind sowohl in Syrien als auch weltweit die häufigste Variante des Islam. Man darf sich die Sunniten aber nicht als monolithisch Block vorstellen. Obwohl sich alle auf die gleichen Grundlagen beziehen (Koran, Hadith = überlieferte Worte des Propheten), gibt es schon seit alters her erhebliche Varianten auch unter den Sunniten. Wichtig dabei sind die vier anerkannten Rechtsschulen (Hanafiten, Hanbaliten, Malikiten, Schafiiten,

seit dem 8. Jahrhundert entstanden), die die Scharia unterschiedlich interpretieren. Außerdem hat der Sufismus (eine mystische Interpretation des Islam) mal mehr mal weniger Einfluss auf die Religionspraxis. Und dann gibt es regionale und lokale Traditionen und Besonderheiten.

### Schiiten, Schia (Abspaltung, Partei)

Der historische Ursprung der Schia lag im Streit um die Nachfolge des Propheten bei der Leitung der

islamischen Gemeinde, also um das Kalifat (Kalif= Nachfolger, Stellvertreter), und der in diesem Zusammenhang erfolgten Parteienbildung. Die Schia vertrat dabei die Auffassung, dass das Kalifat nur Ali und seinen Nachkommen zustehe. Ali, ein Vetter Mohammeds und sein Anhänger seit frühester Zeit, war von von 656 bis 661 (nach sunnitische Zählung) der 4. Kalif. Durch seine Ehe mit Fatima, der Tochter Mohammeds, sind seine Nachkommen auch die einzigen leiblichen Nachkommen des Propheten.

Die Schia unterlag aber in der Auseinandersetzung um das Kalifenamt. Es setzte sich die Dynastie der Omayyaden durch. Ein wichtiges Ereignis

\* In verschiedenen Quellen findet man mehr oder weniger abweichende Angaben über die Religionszugehörigkeiten. Die genannten Zahlen sind deshalb nur als ungefähre Angaben zu verstehen. Sie beziehen sich auf die Verhältnisse vor dem Ausbruch der Kämpfe in Syrien.



in diesen Kampf war das Gefecht bei Kerbala im Irak im Jahre 680, das mit dem Tode Husseins (eines Sohns von Ali) und einem Massaker an seinen Anhängern endete. Das Gedenken an dieses Massaker und an den „Märtyrer“ Hussein ist heute noch ein wichtiger Tag für die Schiiten und Kerbala ein wichtiger Wallfahrtsort. Die Nachkommen Husseins haben nach dieser Niederlage ihre Ansprüche auf das Kalifat nicht aufgegeben (blieben aber erfolglos). Der Anführer der Bewegung wurde dabei jeweils von seinen Vorgänger aus den dafür infrage kommenden Personen (normalerweise ein Sohn, prinzipiell die Nachkommenschaft Alis und Fatimas) bestimmt. Allerdings kam es mehrmals zu Streit über die Nachfolge, was zu weiteren Spaltungen führte.



Saiyida-Zainab-Moschee in Damaskus

### Zwölfer Schia (weniger als ein Prozent)

Ab dem 10. Jahrhundert, bildeten sich dann allmählich Vorstellungen heraus, die dieses Geschehen idealisierten und es in eine für die Anhänger verbindliche Fassung brachten. Eine Version davon ist, dass es von Ali über Hussein und seine Nachfolger eine Linie von 12 „heiligen“ Imamen gab. Der 12. Imam jedoch, Mohammed al-Mahdi, ist nach dieser Tradition seit seiner Kindheit verborgen und wird erst am Ende der Zeiten gleichsam als Messias wiederkommen. Den Imamen (zusammen mit Mohammed und Fatima sprechen die Schiiten von den 14 Unfehlbaren) werden besondere Heiligkeit und manchmal auch die Fähigkeit Wunder zu bewirken zugesprochen. Von der Anzahl 12 leitet sich die häufig gebrauchte Bezeichnung zwölfer-Schia für die am weitesten verbreitete schiitische Richtung ab. Die zwölfer-Schia ist meistens gemeint, wenn einfach nur von Schiiten gesprochen wird.

Sieht man von den über das Jahr verteilten Festen und Gedenktage für die Märtyrer ab, sind die skizzierten historischen Ereignisse für das tägliche Leben der Schiiten wahrscheinlich weniger wichtig als folgende Gegebenheiten:

Es gibt eine eigene zwölfer-schiitische Rechtsschule mit etlichen Be-

sonderheiten in der praktischen Interpretation der Scharia.

Nur bei der zwölfer-Schia hat sich ein System mit Geistlichen vom einfachen Mullah über Ajatollahs zum Groß-Ajatollah herausgebildet. Jeder Gläubige ist gehalten sich einen (hohen) Geistlichen als Vorbild oder als „Quelle der Nachahmung“, wie es wörtlich heißt, auszuwählen und diesem in religiösen Fragen zu folgen und ihm eine Art Steuer zu zahlen. Dafür

kann der Gläubige sich bei strittigen Fragen an den Geistlichen wenden. Bekannte Ajatollahs haben dafür Organisationen mit Büros in mehreren Städten aufgebaut. Heute werden für die Kommunikation auch E-Mails etc. benützt.

Anhänger der zwölfer-Schia sind im Iran, in Aserbajdschan, im Südirak und auf Bahrein die Mehrheit, im Libanon eine starke Minderheit. Auch die schiitische Minderheit in Saudi-Arabien gehört zur zwölfer-Schia. In Syrien gibt es aber nur eine sehr kleine Gruppe.

### Ismailiten (etwa ein Prozent der syrischen Bevölkerung)

Die Ismailiten (auch siebener-Schia genannt,) anerkennen als 7. und letzten Imam Ismail ibn Gafar (gest. 760, für die zwölfer-Schia gilt sein Bruder Musa als der Imam).

Ismailiten spielten mehrmals eine bedeutsame Rolle in der Geschichte. Am wichtigsten war die ismailitische Dynastie der Fatimiden, die von 909 bis 1171 in Nordafrika, meistens in Kairo, herrschte. Die Fatimiden beanspruchten das Kalifenamt und traten so in scharfe Konkurrenz zum abbasidischen Kalifen in Bagdad.

Heute gibt es Ismailiten nur noch als kleine Minderheiten, verstreut in mehreren Ländern. Sie sind in sich nicht einheitlich. Eine Untergruppe, mehrheitlich in Indien und Pakistan lebend, kennt einen lebenden Imam als Religionsführer unter dem Titel Agha-Khan.

Eine weitere schiitische Richtung sind die Zaiditen oder Fünfer-Schia (nach Zaid ibn Abdallah gest. 740, einen Enkel des Märtyrers Husseins, den sie als ihren 5. und letzten Imam anerkennen). Die Huthi in Jemen sind z. B. Anhänger dieser Richtung. Die Zaiditen kennen keinen verborgenen Imam und keinen Mahdi. In der Religionspraxis sind sie von allen Schiiten den Sunniten am ähnlichsten.

### Alawiten (12 Prozent)

Die Alawiten (nicht zu verwechseln mit den Aleviten in der Türkei) werden auch *Nusairier* genannt, nach Ibn Nusair einem Prediger, der im 9. Jahrhundert im Irak lebte und eine wichtige Rolle bei der Herausbildung dieser Richtung innehatte. Die Alawiten stehen einerseits in der schiitischen Tradition und anerkennen die gleichen 12 Imame wie die zwölfer-Schia. Andererseits gibt es auch synkretistische Züge mit der Integration von Elementen aus anderen Religionen (Christentum, Gnosis, Zoroastrismus). Bei den Alawiten wird die Stellung Alis besonders hervorgehoben, fast zu einer göttlichen Stellung. Das hat ihnen bei anderen Muslimen (auch Schiiten) schon seit Jahrhunderten den Ruf von „Übertreibern“ oder „extremen Schiiten“ eingebracht. Sie wurden auch des öfteren in der Geschichte unterdrückt und verfolgt. Im 14. Jahrhundert hat z. B. der Religionsgelehrte Ibn Taimia in einer Fatwa die Nusairier als nicht muslimisch bezeichnet (was auch heute noch in Auseinandersetzungen eine Rolle spielt). Ein Teil der alawitischen Lehre gilt als geheim. In die Geheimnisse können (männliche) Alawiten in einem (mehrere Monate dauernden) Initiationsritus eingeführt werden. Als Alawit wird man geboren, es ist nicht vorgesehen dazu überzutreten.

Alawiten in größere Anzahl leben heute praktisch nur Syrien und in an-

grenzenden Gebieten im Nordlibanon und in der jetzt türkischen Provinz Hatay. Ihr traditionelles Siedlungsgebiet sind die Alawitenberge im Hinterland von Latakia. Am Ende der Osmanenherrschaft waren die Alawiten dort arm und von den anderen Bevölkerungsgruppen wenig geachtet.

Lange Zeit war eine der wenigen Möglichkeiten zum sozialen Aufstieg für die Alawiten der Dienst in der Armee. Das fing bereits in der französischen Zeit an (Minderheiten wurden auch unter dem Aspekt „Teile und Herrsche“ gefördert), hat sich aber in der Unabhängigkeit fortgesetzt. Der Anteil an alawitischen Offizieren in der syrischen Armee war und ist deutlich überproportional. So ist es nicht überraschend, dass an den diversen Putschen alawitische Offiziere beteiligt waren, wie z.B. auch Hafiz al-Assad. Der hohe Anteil bei Armee und Sicherheitskräften ist also keineswegs nur durch die Präsidentschaft der Assads begründet, ursprünglich war der Zusammenhang umgekehrt.

Allerdings hat die Präsidentschaft eines Alawiten schon bewirkt dass in den Schlüsselstellungen der Macht Alawiten stark vertreten sind. Aber dabei geht es weniger um Religion, sondern mehr um Verwandtschaft und Clan-Zugehörigkeit und der damit zusammenhängenden besonders engen Loyalität.

In Syrien werden den Alawiten keine organisatorische Sonderstellung zugestanden. Im Gegenteil, es wurde immer der allgemein muslimische Charakter dieser Richtung betont. Ein Beispiel ist das Familienrecht, das in

Syrien nicht staatlich ist. Ehen (und Scheidungen) werden nach den Vorschriften und Bräuchen der jeweiligen Religionen geschlossen. Für Alawiten gibt es keine eigenen Bestimmungen, es gelten die Regeln des sunnitischen Islam. Bei den Alawiten gibt es auch kein religiöses Oberhaupt, das als Sprecher für diese Religions- bzw. Volksgruppe auftreten könnte.

1973 wurde Eine Bestimmung in die syrische Verfassung aufgenommen, die vorschreibt, dass der Präsident Muslim sein muss, was bei der alawitischen Herkunft Assads ein potentieller Stolperstein war. So traf es sich gut dass ebenfalls 1973 der, aus Persien stammende aber im Libanon lebende, zwölfer-schiitische Geistliche Musa al-Sadr in einer Fatwa die Zugehörigkeit der Alawiten zum Islam bekräftigte und einen libanesischen Alawiten zum Mufti der Schiiten von Tripolis und Nord-Libanon ernannte.

### Drusen, 2 Prozent

Ebenfalls eine Geheimreligion sind die Drusen. Hier ist eine Initiation von Männern und Frauen möglich. Die Drusen führen den Ursprung ihrer Religion auf al-Hakim, einen Herrscher der Fatimiden Dynastie in Kairo ( 995 -1021), zurück, der besondere Verehrung erfährt. Die Vorgänge in dieser Frühzeit der Drusen sind aber historisch kaum zu fassen. Einerseits leiten sie sich von der schiitisch ismailitischen Richtung des Islam ab, andererseits haben die Drusen viele Eigenheiten entwickelt,

die sie von anderen Muslimen unterscheidet so z.B. den Glauben an die Seelenwanderung. Größere Bevölkerungsgruppen von Drusen gibt neben Syrien vor allem noch im Libanon.

### Christen, 11 Prozent

Die Christen in Syrien sind keine einheitliche Gruppe. Sie verteilen sich auf über ein Dutzend verschiedener Konfessionen. Es gibt die

- Syrisch orthodoxe Kirche von Antiochia (Jakobiten),
- Griechisch-orthodoxe Kirche,
- Syrisch katholische Kirche (mit Rom uniert),
- Griechisch katholische Kirche (Melkiten),
- Römisch-katholische Kirche,
- Chaldäisch-katholische Kirche,
- Syrisch-maronitische Kirche,
- Assyrische Kirche des Osten (mit Rom uniert)
- und Armenische Kirche, Nestorianer, Kopten, Protestanten.

Die meistens Christen sprechen arabisch als Muttersprache. Ausnahmen sind die Assyrer und die sonstigen aramäisch sprechenden Christen (weniger als ein Prozent). Aramäisch war vor der arabischen Eroberung die am weitesten verbreitete Sprache des Landes.

### Religionen sind nicht nur Religionen

Für das Verständnis der Religionsgruppen und ihrer gesellschaftlichen



Vom IS teilweise zerstörte Armenische St. Georg Kirche in Aleppo

Bedeutung ist es wichtig, dass in Syrien, wie in der ganzen nahöstlichen Region, die Religionszugehörigkeit alles andere als eine rein individuelle Angelegenheit ist.

Durch die Religion wird eine Identität und ein sozialer Zusammenhang definiert. Die sozialen Bindungen können sehr stark und sehr strikt sein. So wird z. B. eine Heirat innerhalb der gleichen Religionsgemeinschaft erwartet. Zuwiderhandlung führen in der Regel zu Isolation und sozialer Ächtung. Andererseits bietet die Gemeinschaft auch eine gewisse Solidarität und gegenseitige Unterstützung. Zwischen vermögenden und ärmeren Religionsgenossen kann es vielfältige klientelistische Abhängigkeitsverhältnisse geben.

Der soziale Druck ist bei Minderheiten (Christen, Alawiten, Drusen) normalerweise stärker ausgeprägt als bei den Sunniten als Mehrheitsgruppe. Dort sind die ökonomischen (klassenmäßigen) und Stammes/Clan mäßigen Differenzierungen deutlicher sichtbar. Überhaupt sind die Religionszugehörigkeiten in vielfacher und komplizierter Weise mit der sozialen und Klassenlage verschränkt. Ökonomische oder soziale Veränderungen (Auf- bzw. Abstieg einzelner Gruppen) können deshalb an der Oberfläche als „religiöse“ Spannungen in Erscheinung treten.

Es gibt Berichte, dass der Anteil der Alawiten und Drusen, die sich initiieren lassen, und damit ein religiöses Bekenntnis im engeren Sinn abgeben, stark abgenommen hat. Besonders bei den Menschen, die jetzt außerhalb der traditionellen Siedlungsgebiete in den Städten leben. Der soziale Zusammenhalt innerhalb der Gemeinschaften soll aber von dieser Entwicklung nicht betroffen sein.

Natürlich gibt es auch in Syrien einen modernen Sektor mit stärkerer Individualisierung und einer Tendenz zur Auflockerung bis Auflösung dieser Gruppenzusammenhänge. In der durch die Kämpfe ausgelösten Krise und dem immer schlechteren Funktionieren der normalen staatlichen Institutionen scheinen die alten Bindungen wieder an Bedeutung zu gewinnen. Viel Modernität war und ist vermutlich nur äußerlich.

## Mankind's third chance? Eine andere Sicht auf die „Flüchtlingsfrage“



*Lieb wie ein Bruder ist ein hilfeflehender Flüchtling / Jedem Manne.*

*Homer, Odyssee, 8. Gesang*

**B**is heute hat die Menschheit keinen Begriff von sich selbst. Die übergroße Mehrzahl denkt und lebt lokal, allenfalls regional. Es sind nur wenige Prozent, deren Bewusstsein eine globalisierte Welt um- und erfasst. Während die Globalisierung der Waren- und Geldströme ein verdichtetes Zirkulationsnetz ungeahnten Ausmaßes geschaffen hat, reißen sich erst jetzt Menschen in großer Zahl von ihren Lebensräumen los bzw. werden durch Krieg und Not von ihnen fort getrieben. Bilder und Berichte zeugen von der Tragödie der Flucht. Die sich aufmachen sind gut über das Leben in reichen Gegenden informiert und versuchen, dem Gefälle eines Wohlstands aufwärts zu folgen, dessen Entwicklungsstand sich neben internen Faktoren nicht zum Geringsten der Ausplünderung, Ausbeutung und kriegerischen Verwicklung eben jener Lebensräume verdankt. Erst jetzt setzt in zunehmendem Maß ein weltweites soziales Beben im Gefolge des ökonomischen ein, die größte Flüchtlingsbewegung seit zwei Generationen. Nach einer Meinungsumfrage von Gallup müssen/möchten 13 % der Erdbevölkerung in eine bessere Zukunft

auswandern, das wären 700 Millionen Menschen. Politisch-militärische Unterdrückung bildet nur einen Push-Faktor; Klimawandel, Wasserknappheit, Überbevölkerung und Arbeitsmangel treten hinzu. Eine solche Schutzlücke macht die Sortierung nach Flüchtlingen und Migranten schier unmöglich.

Während die Türkei knapp zwei Millionen Menschen aufgenommen hat, streben die meisten nach Deutschland oder Schweden. Innerhalb der EU sind die deutsche, italienische und spanische Bevölkerung mit ca. zwei Dritteln am aufnahmebereitesten. Für Deutschland mag das eine Art Wiedergutmachung für die Flüchtlingsströme sein, die es im vergangenen Jahrhundert verursachte, eine weltweit wohlwollend oder anziehend wahrgenommene Großzügigkeit. Die geschäftsmäßig operierenden Schleuserbanden, die den großen Reibach machen und ein korruptes Netz knüpfen, wissen das genau. Überdies kalkulieren sie tausende Tote vor allem im Mittelmeer ein. Ihre Chefs sitzen meist in den großen türkischen Städten. Geschätzt wird, dass 30.000 Kinder allein unterwegs sind und besondere Drangsale zu gewärtigen haben.

Die einsetzenden Flüchtlingsströme werden mit Sicherheit die entsendenden wie die aufnehmenden Gebiete erheblich verändern. In jenen fliehen vor allem geistig und materiell bewegliche, relativ junge Bevölkerungsteile, die (noch) durchaus etwas zu verlieren haben, mehr noch aber zu gewinnen hoffen. Pro Kopf müssen sie mindestens 1.000 Dollar für die Flucht aufwenden. Sie sind ein besonders dynamischer Teil internationalisierter Arbeitskräfte. Trotz aller Unterschiede ziehen sie weniger in ihrer Arbeitsqualifikation als meist kulturell mit den Aufnahmeländern gleich, das gilt von Afghanistan bis in den Balkan. Dort wandern die Flinken und Unternehmenden ab, die dann dem Land fehlen. Sind so Zug- und Schubkraft der Massenmigration benannt, wirft sie in ihren Zielgebieten auf den ersten Blick massive Probleme auf. Das beginnt schon bei der schieren Zahl, die sich in Deutschland dieses Jahr auf etwa eine Million belaufen wird, die versorgt, untergebracht, qualifiziert, beschäftigt – kurz: integriert sein will – eine Riesenaufgabe. Hinzu kommen hunderttausende illegale Grenzübertritte.

Hans-Ulrich Jörges äußert im Stern (22. Oktober 2015) dass kraft der Masseneinwanderung sich das Gegenüber von zwei Deutschlands verschärft. „It's a battle of values“, sagt António Guterres, der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge. Die (über)nationale Identität und Handlungsfähigkeit sind herausgefordert. Wie sich zeigt, reagiert die einheimische Bevölkerung darauf gespalten zwischen „Willkommenskultur“ und Mitleid sowie Abneigung bis Hass gegen die Fremden. Er speist sich aus der rechtslastigen Grundsuppe mitsamt Selbstwertfragen, Neid und Angst, die noch nie gute Rat- und Gastgeber waren. Auch die Haltungen im Parteienspektrum spiegeln das wider. Weltoffenheit und klare rechtliche und politische Regeln sind noch auszutarieren, von freier Grenze bis zur Kontingentlösung. Sie ist ein Gradmesser des Verhältnisses von Humanität und Politik.

Historisch gesehen sind Massenerwanderungen weder neu noch immer nachteilig gewesen. Meist sind

sie den Heutigen gar nicht mehr bewusst. Denken wir an das Rom der Antike und der Renaissance oder Alexandria, die quirlige multiethnische Städte waren, oder an die Völkerwanderung oder die deutschen Züge in den Osten im Mittelalter und die polnischen nach Westen in der Neuzeit. Die letzte große Erscheinung dieser Art bildeten die Arbeitsmigrationen von italienischen, türkischen u.a. *Gastarbeitern* nach Westeuropa, die schon fast vergessen sind. In all diesen Fällen kam es zu einer mehr oder minder weitgehenden Vermischung, selten dauerhaften Problemen, am meisten noch infolge nationalistischer oder nativistischer Aufwallungen, wie etwa der Ku-Klux-Klan bis in die 20er Jahre des letzten Jahrhunderts.

Im Gegenteil wird man sagen müssen, dass die sich derart wandelnden Gesellschaften von der Zuwanderung an ideellem und materiellem Reichtum gewonnen haben. Dänemark ist nur eines von vielen Beispielen dafür. Nach dem Ökonomen Ian Goldin aus Oxford würden nur drei Prozent Zunahme der Arbeitsbevölkerung durch Flüchtlinge die Welt um 350 Milliarden Dollar reicher machen, von der Demographie in alternden Gesellschaften zu schweigen. Der Zustrom hoch motivierter junger Menschen stellt gemäß Arbeitsministerin Nahles „eine riesige, unverhoffte Chance“ dar. (*Süddeutsche Zeitung*, 9. Oktober 2015) Das Erwerbspersonenpotential wird sich ähnlich wie durch die EU-Binnenmigration stabilisieren, ja ausweiten. Nach Berechnungen des DIW Berlin schlagen in der nächsten Zeit vor allem die Kosten der Flüchtlingsaufnahme zu Buche. Im besten Falle werden allerdings die Wohlstandsgewinne (Produktion, Steuern, Sozialabgaben) durch sie in wenigen Jahren höher sein, im schlechtesten erst in einem Jahrzehnt. „Alle industriellen Revolutionen bis heute waren auf akkumulierte unbezahlte Arbeit angewiesen, nämlich in der Form der Arbeitsmigration. Sie vernutzten produktive Erwachsene, die in bäuerlichen Gesellschaften aufgewachsen ... und daher ‚billig‘ für das Kapital waren.“ (Jason W. Moore in *lunapark* 21/2015) Langer Atem und gemeinsame Anstrengung sind gefragt. Dabei reden wir noch gar

nicht von der mentalen, kreativen und kulturellen Bereicherung durch die Zuwanderer. Eine Nation bzw. ein Europa im Wandel und Werden sollte sich als Gemeinschaft vieler Herkünfte, Fähigkeiten und Sitten verstehen.

Die gesamte heutige Menschheit stammt von vor 100.000 Jahren nach Norden wandernden Afrikanern ab. Sie hat sich seither vielfältig in Aussehen, Sprache, Sitten, sozialen und politischen Strukturen differenziert und immer wieder bis zur Feindschaft auseinander gelebt. Vieles deutet darauf hin, dass wir einem Zeitalter mehr oder minder freiwilliger Bevölkerungsmischung leben, welche diese Klüfte überwindet bzw. ihre Merkmale zum Zubehör einer fundamental gleichen „multitude“ (Menge, Vielheit) schrumpfen lässt, wie wir das etwa in den USA an den Bindestrich-Amerikanern sehen. Spricht dort jemand ernsthaft über die Gefahr einer „mexikanischen Überfremdung“? Das Land ist eine klassische Einwanderergesellschaft – und es hat ihr nicht geschadet – im Gegenteil. Third chance – die globalisierte, auf grundlegenden Menschenrechten beruhende Reintegration des historisch Getrennten. „Nehmt die Menschen, wie sie sind, nicht wie sie sein wollen“ (Franz Schubert) oder sollen. Diese Annahme unter geprüften und durchgearbeiteten Voraussetzungen wäre das Schibboleth einer neuen globalen Kultur. Im Alten Testament erkannten die Männer von Gilead die feindlichen Ephraimiten an der anderen Aussprache. (Richter, 12, 5f.)

Heute wird der Umgang mit den Fremden zum Springpunkt eines internationalen Miteinanders der Bevölkerungsbewegungen werden, noch ungeachtet tradierter und ideologischer Verwerfungen, die uns zu schaffen machen. Viel wird auch davon abhängen, inwieweit die potentiellen neuen Arbeitskräfte nicht zu Lohndrückern werden, sondern sich in den gewerkschaftlichen und anderweitigen Klassenkampf einreihen. Das ist nicht das geringste Ziel der Integration. Was ein weitgehend naturwüchsiger Prozess ist, kann zum bewussten, wenn auch oft widersprüchlichen Zusammenfließen führen.

Dr. Gerhard Armanski



# Theodor Bergmann: Mit 100 immer noch ein Kämpfer



Am 7. März wird Tedd oder Theo, wie ihn seine Freunde und Genossen nennen, Bergmann hundert Jahre alt. Seine politischen Freunde in vielen Ländern, uns eingeschlossen, werden mit ihm feiern. Für alle, die mit seinem Leben und Wirken nicht vertraut sind, wollen wir hier seinen Weg skizzieren und verweisen auf seine Autobiographie „Im Jahrhundert der Katastrophen“ (Hamburg 2000) und auf sein Buch „Weggefährten“ (Hamburg 2010), in dem er Menschen vorstellt, die ihm wichtig waren.

Am 7. März 1916 in Berlin geboren, war er der jüngste von sechs Söhnen und zwei Töchtern des Rabbiners Dr. Julius Bergmann und seiner Ehefrau Hedwig. Im Alter von elf Jahren schloss sich Tedd dem Jungspartakusbund und dem Sozialistischen Schülerbund an. Zwei Jahre später, 1929, wurde er gemeinsam mit seinem Bruder Josef (Pepp) vom Momm-

sen-Gymnasium ausgeschlossen, weil sie zu einer Schülerdemonstration aufgerufen hatten. Das erwies sich schließlich als Glücksfall, weil er auf das fortschrittliche Köllnische Gymnasium wechselte und sein Abitur dort früher machen konnte. Als dann die SA bei ihnen zu Hause auftauchte, entschieden die Eltern, dass Tedd sofort verschwinden sollte.

An seinem 17. Geburtstag verließ Tedd Berlin mit dem Zug und bestieg in Marseille ein Schiff nach Palästina. Schon bald nach der Ankunft in Jaffa hackte er Steine auf, als er für den Aufbau des Kibbuz Geva schuftete. Als dann sein Bruder Felix in Rehovot ankam, folgte ihm Tedd

und fand Arbeit in der Landwirtschaft. Schließlich traf Bruder Ernst ein, baute das Weizmann-Institut für Wissenschaften mit auf und Tedd half beim Bauen wieder mit.

Tedd fühlte sich von den europäischen Entwicklungen isoliert. Er hoffte auf den Sturz Hitlers durch die deutsche Bevölkerung. 1936 reiste er in die Tschechoslowakei, um dort ein Landwirtschaftsstudium aufzunehmen und sich am Kampf gegen die Nazis zu beteiligen. In Prag gab es einige KPD(O)-Genossen. Zusammen mit seinen Brüdern Alfred und Josef hatte sich Tedd der Ende 1928 gegründeten kommunistischen Opposition angeschlossen. Sie trafen sich an den Wochenenden, Genossen aus dem Reich kamen hinzu, und sie diskutierten gemeinsam die dramatischen Entwicklungen in Europa. Propagandamaterial wurde verfasst, um ins Reich geschmuggelt zu werden. Alfred war in Basel, Josef im Saargebiet und dann inner-

halb Deutschlands bis November 1938 in ähnlichen Aktionen tätig, um anschließend nach Schweden zu emigrieren. Alfred wurde von der Schweiz 1940 an die Nazis ausgeliefert, die ihn ohne Gerichtsverfahren ermordeten.

Nachdem die britische und die französische Regierung im Geiste der „Appeasement“-Politik die tschechoslowakische Regierung gezwungen hatten, im September 1938 das Sudetenland an das Deutsche Reich abzutreten, in der Hoffnung, Hitlers Interessen würden sich auf den Osten richten, wurde es Tedd klar, dass er auch in der Rest-Tschechoslowakei keine Sicherheit mehr finden würde. So packte er seine Sachen und erreichte nach mehreren vergeblichen Versuchen Schweden. Dort fand er Arbeit auf einem Bauernhof nördlich von Stockholm, wo er als Melker half und die Kühe versorgte. An den Wochenenden konnte er sich mit KPD(O)-Genossen und anderen linken Exilanten aus Deutschland treffen. Schließlich gelang es auch, wieder Kontakte zu Brandler und Thalheimer in ihrem kubanischen Exil zu knüpfen. Damit waren gemeinsame Diskussionen über die Weltereignisse möglich, auch sandten sie kleine Geldsummen, die sie gesammelt hatten, nach Kuba, um die schwierige Existenz der beiden ein wenig zu erleichtern.

Erst im April 1946 wurde es Tedd, Josef und 28 anderen sozialistischen Exilanten erlaubt, in die britische Besatzungszone zurückzukehren. Kurz darauf wurde Josef ein halbes Jahr lang im ehemaligen KZ Neuengamme – zusammen mit hunderten Nazis – interniert, weil er als „Komintern-Agent“ denunziert worden war. In dieser Zeit bereiste der Däne Mogens Boserup, als Journalist getarnt, Deutschland mit dem Ziel, überlebende KPD(O)-Genossen ausfindig zu machen, die fähig und gewillt sein würden, die Organisation wieder aufzubauen. Tedd sollte in derselben Absicht die

sowjetische Besatzungszone (SBZ) bereisen. Dort hatten einige Genossen in Anerkennung ihrer Haltung und ihrer Leistungen im Widerstand oder sogar in KZs wichtige Positionen erreicht. Thalheimers Broschüren „Die Potsdamer Beschlüsse. Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem zweiten Weltkrieg“ und „Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg“ aus den Jahren 1945 und 1946 formulierten eine gemeinsame politische Grundlage für die überlebenden Kader.

Gerade einmal etwa dreißig dieser Genossen versammelten sich im Sommer 1947 auf einer Konferenz in Rieseberg, um dort die Gruppe Arbeiterpolitik zu gründen. 1949 kehrten Waldemar Bolze und Heinrich Brandler aus dem Exil nach Deutschland zurück und gaben zusammen mit Tedd und seinem Bruder Josef die Zeitung Arbeiterpolitik heraus. August Thalheimer war leider am 19. September 1948 in Havanna gestorben, ein schmerzhafter Verlust für die Gruppe, die mit ihm ihren wichtigsten Theoretiker verlor.

Im Jahr 1952 verließ Tedd wegen politischer Differenzen die Redaktion der „Arbeiterpolitik“. Die Arpo machte turbulente Zeiten durch, die Zeitung verschwand eine Zeitlang; tauchte dann aber wieder auf und ist seitdem kontinuierlich erschienen, wobei Pepp bis zu seiner Krankheit und bis zu seinem Tod im Jahr 2005 eine Schlüsselrolle einnahm. Tedd nahm sein Agrarstudium wieder auf und unternahm weltweit Forschungsreisen. 1970/71 verbrachte er ein Jahr in Australien, wo er Vorlesungen hielt. 1965 waren er und seine Lebensgefährtin Gretel nach Stuttgart zurück gezogen, 1973 erhielt er einen Lehrstuhl für Internationale Vergleichende Agrarpolitik an der Universität Stuttgart-Hohenheim und wurde 1981 emeritiert. Im Februar 1994 starb seine langjährige Partnerin Gretel, geborene Steinhilber.

Im Laufe der Jahre hat Tedd eine enorme Menge von Büchern, Essays und Artikeln verfasst, weitere Schriften hat er herausgegeben oder übersetzt. Eine bis zum Jahr 1996 reichende Bibliographie seiner

Werke erschien in der Festschrift zu seinem 80. Geburtstag *Ausblicke auf das vergangene Jahrhundert* (Hamburg 1996). An dieser Stelle können wir nur einige Bücher nennen, von denen wir glauben, dass sie für das Verständnis unserer politischen Tradition unerlässlich sind. Weitere Schriften finden sich im Publikationsverzeichnis des Hamburger VSA-Verlags.

*50 Jahre KPD (Opposition)*, Hannover 1978; *Gegen den Strom: Die Geschichte der KPD (Opposition)*, Hamburg 1987, überarbeitete und ergänzte Ausgabe von 2001 (inklusive 167 Seiten mit Kurzbiographien); *Die Geschwister Thalheimer* (zusammen mit Wolfgang Haible), Mainz 1993; *Programmatistische Fragen. Kritik des Programmwerfs der K. I.*, Vorwort von Theodor Bergmann, Einleitung von Jens Becker, Mainz 1993 (erstmalige Veröffentlichung dieses wichtigen Textes von August Thalheimer aus dem Jahr 1928); *Das Erste Tribunal. Das Parteiverfahren gegen Brandler, Thalheimer und Radek* (Hrsg. zusammen mit Jens Becker und Alexander Watlin), Mainz 1993 (Drei bisher unbekannte Dokumente).

Zur Erinnerung an den hundertsten Todestag von August Thalheimer organisierte Tedd Veranstaltungen sowohl an seinem Geburtsort in Affaltrach-Obersulm und in Stuttgart. 1988 fand in Wuppertal ein internationales Bucharin-Symposium statt. Die Beiträge dazu sind in *Liebling der Partei* (Hrsg. zusammen mit Gert Schäfer), Hamburg 1989, zu finden. Ebenfalls in Wuppertal fand 1990 ein internationales Trotzki-Symposium statt. Die meisten der Beiträge sind publiziert in *Leo Trotzki – Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft* (Hrsg. Zusammen mit Gert Schäfer), Mainz 1993. Zum Gedenken an den hundertsten Todestag von Friedrich Engels fand 1995 ein Symposium in Wuppertal zu seinen theoretischen Arbeiten statt. Beiträge dazu in *Zwischen Utopie und Kritik* (Hrsg. mit Mario Kessler, Joost Kircz und Gert Schäfer), Hamburg 1996. Viele Jahre lang war Tedd eingebunden in Konferenzen der Internationalen Rosa Luxemburg-Gesellschaft, die in vielen Ländern stattfanden. Die meisten Beiträge zu diesen Konfe-

renzen wurden vom Berliner Karl Dietz Verlag veröffentlicht.

Gemeinsam mit Wolfgang Haible und Galina Iwanova verfasste Tedd eine Biographie Friedrich Westmeyers (Hamburg 1998), der führenden Persönlichkeit unter den revolutionären Kräften innerhalb der SPD in Württemberg und Gründungsmitglied der Spartakus-Gruppe, der November 1917 als Soldat an einer Infektion verstarb. *Die Thalheimers* (Hamburg 2004) stellt die Geschichte der Familie umfassender dar, als die frühere Ausgabe. Der Festschrift zu Tedds 90. Geburtstag *Dann fangen wir von vorne an* (Hrsg. Helmut Arnold und Gert Schäfer) liegt eine DVD (80 Min.) mit dem gleichnamigen Dokumentarfilm über sein Leben bei.

Seit seinen Schultagen blieb Tedd innerhalb der Linken politisch aktiv. Nach dem Anschluss der DDR trat er der PDS bei und ist heute noch in der Nachfolgepartei Die Linke aktiv. Man trifft ihn bei Demonstrationen, sei es gegen Kriege, unsoziale Regierungspolitik oder Rassismus und Faschismus. All das hat unseren Respekt verdient. Wie auch andere seiner Genossen teilen wir Tedds optimistische Wahrnehmung der Entwicklungen in China nicht. Manche sehen das Land auf dem Weg zum Kapitalismus, andere sehen es bereits dort angekommen. Auch unterscheiden wir uns in der Sichtweise auf den israelisch-palästinensischen Konflikt. Tedd unterstützt hier zwar das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat, aber nicht ihren Kampf gegen Israel, wenn Konflikte entstehen, wie die brutalen Massaker im Libanon oder Gaza. Tedd stellt sich sogar gegen die Versuche, die Blockade Gazas durch Konvois zu Lande und zu Wasser zu durchbrechen, die nicht nur von der politischen Linken, sondern selbst von liberalen Menschenrechtlern unterstützt werden.

Als Kommunist kann man sich nicht neutral geben, wenn es um Unterdrücker und Unterdrückte geht.

Dies musste gesagt werden. Wir wollen Tedd auch zu seinem Geburtstag gratulieren, sein jahrzehntelanges Schaffen würdigen. Und nun wünschen wir ihm, dass seine eigenen Wünsche in Erfüllung gehen.

m.j.

# Die Parlamentswahlen in Polen am 25. Oktober 2015 und ihre politischen Folgen



Ministerpräsidentin Beata Szydło und PiS-Chef Jarosław Kaczyński

Die Wahlen zum Sejm (2. Kammer) und zum Senat am 25. Oktober 2015 haben einen Wahlmarathon in Polen beendet. Er dauerte mehr als ein Jahr und die Wähler sind fünf mal zu den Wahlurnen gerufen worden. Als Ergebnis davon ist die politische und Parteibühne in Polen verändert; aber die Macht gehört nach wie vor der Bourgeoisie. Im Mai 2014 gab's die Wahl zum Europäischen Parlament. Von insgesamt 50 „polnischen“ Mandaten erhielten zwei führende bürgerliche Parteien die entscheidende Mehrheit: die liberal-zentristische *Bürgerliche Plattform – Platforma Obywatelska (PO)* unter Leitung des damaligen Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Donald Tusk (aktuell Vorsitzender des Europäischen Rates) und die konservativ-katholische *Recht und Gerechtigkeit – Prawo i Sprawiedliwość (PiS)* unter Leitung von Dr. Jarosław Kaczyński. Je vier Mandate haben die *Linke (SLD)* und die faschisierende Partei der *Neuen Rechten (Korwin)* erhalten; die *Polnische Bauernpartei* hat drei Mandate gewonnen.

Im November 2014 haben die Wahlen zu den lokalen Selbstverwaltungsorganen stattgefunden, wobei

die zwei bürgerlichen Parteien PO und PiS auch in etwa ähnliche politische Resultate bekommen haben. Diese beiden Parteien sind von aus der früheren reaktionären Gewerkschaft *Solidarnosc* herausgewachsen, aber seit Sieg der Konterrevolution kämpfen sie gegeneinander hart um die Macht. Sie haben schon lange die Arbeiter, Werktätigen vergessen. Sie erfreuen sich der Unterstützung des inländischen und ausländischen Kapitals und in unterschiedlichem Ausmaß der Hilfe der Europäischen Union, der USA, der NATO und der katholischen Kirche. Nach Meinung von Recht und Gerechtigkeit (PiS) wurden die Lokalwahlen gefälscht. Die Leitung der Partei hat eine Klage zum Obersten Gerichtshof geschickt, aber ohne juristischen Erfolg. Das Gericht hat keine wesentliche Fälschung und keine rechtliche Grundlage gefunden. Die Klage ist abgelehnt worden.

Im Mai 2015 gab's die Staatspräsidentenwahl. Mit einem Vorsprung von mehr als einer halben Million Stimmen hat der Kandidat der PiS-Partei, Dr. Andrzej Duda, gewonnen. Es war ein Vorzeichen, dass nach langer Zeit die damals siegreiche Bürgerliche Plattform (PO) eine gro-

ße Niederlage erlitten hat und dass die PiS-Partei die politische Initiative im Lande übernommen hat. Im September 2015 sind die Polen zur nationalen Volksbefragung (Referendum) aufgerufen worden, weil der damalige Staatspräsident Bronisław Komorowski in ihr ein politisches Mittel zur Stärkung seines Präsidentenwahlkampfes sah. Die drei Fragen des Referendum waren politisch nicht wichtig. Zu den Urnen sind nur 7,8 Prozent der Wahlberechtigten gegangen.

Die Frage der Wahlbeteiligung in Polen wird von Politologen und Politikern unterschiedlich diskutiert. Die Hauptursache ist nach wie vor die große Enthaltung. Dies ist nicht nur eine Frage der politischen Kultur, sie drückt auch die reservierte Haltung und die Kritik der Mehrheit der Bevölkerung gegenüber dem Aufbau des brutalen Kapitalismus aus. Üblicherweise kommt nur eine Minderheit der polnischen Bürger bei den Parlamentswahlen zu den Wahlurnen, weniger als 50 Prozent. Es ist eine Ausnahme, wenn mehr als die Hälfte zum Wählen geht. Etwas besser ist es bei der Präsidentenwahl – ungefähr 60 Prozent; aber ganz schlimm ist bei den lokalen Wahlen; Wojewodschaften 45 Prozent, Kreisbehörden 30 – 40 Prozent und Gemeinden sogar 30 Prozent und weniger. Noch schlimmer ist bei der Wahl zum Europäischen Parlament: Hier nehmen nur 23 – 24 Prozent der Wahlberechtigten teil. Die Politiker und Politologen führen große Debatten darüber; sie haben verschiedene Erklärungen dafür, abhängig von ihrer politisch-ideologischen Herkunft und der wissenschaftlichen Schule. Meiner Meinung nach ist die große Wahlenthaltung ein Resultat der großen Enttäuschung der Mehrheit der Bevölkerung (also besonders der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger) über die Politik der Bourgeoisie und ihrer politischen Akteure, besser gesagt Marionetten, der hohen Arbeitslosigkeit, der Emigration aus

wirtschaftlichen Gründen, insbesondere der jungen Generation und der tiefen Polarisierung der polnischen Gesellschaft zwischen einer dünnen Schicht der Finanzoligarchen, der Groß- und mittleren Bourgeoisie und der armen großen Mehrheit der Polen, die unter dem biologischen und sozialen Niveau leben.

Es findet ein konsequenter Prozess der Enteignung und der Proletarisierung der Arbeiterklasse, anderer Werktätiger und des Kleinbürgertums statt. Der Kapitalismus im gegenwärtigen Polen befindet sich in der neuen Phase des Akkumulation des Kapitals (insbesondere fremden) auf Kosten des alten und neuen polnischen Proletariat und des nationalen Volksvermögens, das in Volkspolen aufgebaut wurde. Die früheren Versicherungen von Solidarnosc und der Verräter, Revisionisten und Reformisten von der PVAP über ein besseres Leben im „demokratischen und menschlichen Kapitalismus“ sind wie im Nebel verschwunden. Das Leben für die Arbeiterklasse, besonders für die Millionen Arbeitslosen, Brotemigranten, die anderen Werktätigen und speziell für die junge Generation hat sich radikal verschlechtert. Das ist die Grundlage der Enttäuschung, des neuen politischen Bewusstseins und auch der großen Wahlenthaltung in Polen.

Die letzte Etappe dieses Wahlmarathons war die Wahl zum Sejm und zum Senat am 25. Oktober 2015. Zur Wahl sind 17 Wahlkomitees angetreten, die ihre Wahllisten in allen Wahlbezirken (44) registrieren lassen haben. Die parteipolitische Bühne war dominiert von den großen bürgerlichen Parteien, die aus dem früheren Solidarnosc-Lager (PO und PiS) stammen und sich daraus entwickelt haben. Eine bedeutende politische Position hatten auch andere gegenwärtige Parlamentsparteien wie die Linke (SLD und *Deine Bewegung* von Palikot), Bauernpartei (PSL) und neue politische Subjekte: die Bewegung Kukiz'15, die *Moderne* (Partei) und die neue Linke *Razem* (*Zusammen*), die sich zur neuen linken Sozialdemokratie erklärte.

Eine ganz neue Gruppierung ist Kukiz'15 unter Leitung von Pawel Kukiz – ein neuer Mann in der Politik und ein alter Rockstar, der zur großen Überraschung bei der Präsi-

dentenwahl im Mai drei Millionen Stimmen (20 Prozent) erhielt und an dritter Stelle landete. Sein großer Erfolg war ein Zeichen, dass die Gruppe der unzufriedenen Wähler wächst, die einen radikalen Wechsel fordern. Sie sind stark gegen das politische System eingestellt. Kukiz gewann seine Wähler und Sympathisanten auf Rockshowbühnen; immer stellte er sich als scharfer Kritiker des Systems dar; „*Es muss Veränderungen geben! Man muss eine neue Verfassung beschließen! Mein Herz schlägt links, aber ich bin gegen die Kommunisten und wir sollen alle Kämpfer ehren, die gegen die Kommunisten in Volkspolen gekämpft haben!*“ Er trägt gerne ein T-shirt mit dem Zeichen der polnischen Nazisten (*NSZ-Nationale Wehrmacht*). Sein Hauptlosung bezog sich auf das Wahlmehrheitssystem (*JOW – Jednomandatowe Okregi Wyborcze*). Das sollte durch einen echten nationalen Führer abgeschafft werden. Er bekam große Unterstützung in dem Milieu der Jugend, Arbeitslosen aber politisch wenig orientierten und leicht gesteuert von Nationalisten. Er hat kein echtes Partei- und Wahlprogramm. Seine liebste Parole ist: *Ich bin gegen System! Das System muss verändert werden!* In Wirklichkeit sind Pawel Kukiz und seine führende, aber nicht homogene Gruppe nationalistisch, autoritarisch; eine an faschistischen Zeichen orientierte Bewegung. Man kann sie vergleichen mit der *Nationalen Demokratie* in der 2. Polnischen Republik (1918-1939). Sie bekam bei der Parlamentswahl 43 Mandate und unterstützt jetzt politisch die regierende PiS-Partei. Der Stern von Kukiz leuchtet jetzt schwächer. Seine Bewegung bekam weniger als die Hälfte der Stimmen im Vergleich zur Präsidentenwahl.

Die Moderne Partei unter Leitung von Ryszard Petru ist auch eine neugegründete Gruppierung. Sie wurde vor einem halben Jahr von Kreisen der Großbourgeoisie und des Großkapitals gegründet; sie ist liberal orientiert. Ihres intellektuelles Hinterland schuf der bekannte Professor Leszek Balcerowicz, ehemaliger Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Finanzminister am Anfang der Wende, der „*ersten nichtkommunistischen polnischen Regierung von Tadeusz Mazowiecki*“ (1989-93). Die Moderne wird unterstützt durch große Banken,

ausländische kapitalistische Firmen und einen großen Teil der polnischen höheren Mittelklasse. Die Gründung der Partei war eine Antwort dieser Kräfte auf die Schwächung der bisher führenden Bürgerplattform (PO) und der Möglichkeit, dass diese eine schnelle Niederlage erleidet. Die neue Partei des großen Kapitals wird auch unterstützt durch einflussreiche Medien, besonders die Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*. Als die PiS-Partei das Regierungssteuer übernahm, haben diese gut organisierten Kreise sofort öffentliche Massendemonstrationen unter der Losung „*Gegen Diktatur*“ und „*für die Demokratie*“ organisiert. Der Kampf und die Oppositionskritik wird auf den Straßen der großen Städte (den Hochburgen der Partei die Moderne) ausgetragen. Er wurde konsequent von den neu organisierten *Komitees der Demokratie* (KPD) organisiert. Die Gründung der neuen Partei des großen Kapitals kann man mit früheren Aussagen verquicken: „*Wir sind eine ganz neue Partei; wir sind unschuldig an den Fehlern und politischen Krisen der Vorgänger. Die PO hat viele Fehler gemacht und sie muss dafür bezahlen. Wir fangen neu an.*“ Die Moderne, der neue Parteichef und seine politische Kolleginnen und Kollegen sind ideologisch und politisch gut vorbereitet, und die Partei hat viel Geld (woher, bleibt ein Geheimnis). Sie ist gut organisiert, als nur eine zentrale Organisation bekam sie viel Unterstützung und sie wurde viertstärkste Fraktion im Sejm. Jetzt baut sie territoriale Strukturen auf. Sie erhält große Unterstützung von den großen Medien und sie kämpft jetzt an zwei Fronten: gegen PiS und gegen PO.

Die politische und ideologische Landschaft bereichert die *Partei Korwin* (vom Namen des Parteiführers Janusz Korwin Mikke) – früher war sie bekannt unter dem Namen *Neue Polnische Rechte* und *Union der Realen Politik* (*Unia Polityki Realnej*) – eine superliberale und faschisierende Gruppierung. Korwin findet wegen seiner superradikalen Losungen bei den frustrierten Arbeitslosen und der perspektivlosen Jugend Anhänger; er hat vier Mandate im Europaparlament gewonnen. Nach dem Sieg erklärte er: „*Wir gehen nach Brüssel, um diesen Puff zu zerschlagen.*“ Er fand großen Anklang bei anderen ausländischen





Arbeitsamt in Warschau

Eurogegnern und Euroskeptikern, die zusammen etwa 30 Prozent der Euromandate haben. In Polen ist sein politischer Einfluss aber begrenzt: Bei der Parlamentswahl hat seine Partei die fünf-Prozent-Hürde nicht übersprungen und er bekam kein Mandat. Die Wählerzahl reichte aber für die finanzielle Unterstützung bei den Wahlkampfkosten. Dies betrachtet er als optimistische Prognose für die nächste Wahl. Zum rechten bürgerlichen Lager gehören auch einige rein nationalistische Parteien; diese sind schwach und sie haben zusammen weniger als ein Prozent der Stimmen bekommen.

Die Kommunistische Partei Polens (KPP) hat keine eigene Liste aufgestellt. Die Mitglieder und Sympathisanten boykottierten die Wahl oder unterstützten lokale linke Parteien. Die politische und organisatorische Situation der Partei ist kritisch, weil seit zwei Jahren das Strafverfahren unter dem Vorwurf „der Propagierung des totalitären Staatsaufbaus“ – d. h. des Verbrechens im Sinne von Artikel 256 §1 des Strafgesetzbuches fortgesetzt wird.

Die bürgerliche Linke ist in Polen vor 27 Jahren durch das Bündnis der Demokratischen Linken (SLD), später auch durch die Partei Deine Bewegung (Twoj Ruch) unter Leitung von Janusz Palikot entstanden. In der letzten Zeit wurde die neue sozialdemokratische Partei – Razem (Zusammen) gegründet. Es gibt auch die Grünen, die Arbeitsunion, die Sozialdemokratie der Republik Polen, die Polnische Arbeitspartei, die keine reale Kraft und

Einfluss auf die Massen haben. Sie gehörten regulär zu den Wahlkomitees des SLD oder zur Palikotbewegung. Alle diese Parteien haben eine große Niederlage erhalten. Sie haben nicht die fünf-Prozent- beziehungsweise die acht-Prozent-Hürde überwinden können. Zum ersten Mal nach 27 Jahren hat die Linke keinen Sitz im Parlament mehr. Der Revisionismus, Opportunismus und der Verrat der Interessen der Arbeiterklasse, die von der Entstehung und der Entwicklung des SLD und später der Linken profitiert hat, haben zu auch zu diesem bitteren Ergebnis beigetragen. Das Bündnis der Demokratischen Linken wird geleitet von Aleksander Kwasniewski (ehemaliger Staatspräsident), Leszek Miller (ehemaliger Ministerpräsident) und Marek Borowski (ehemaliger Parlamentspräsident). Sie sind vom früheren sozialdemokratischen Flügel der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei gekommen. Die ersten zwei waren Mitglieder des ZK und des Politbüros der PVAP. Am Ende Volkspolens erklärten sie zur ideologischen Grundlage der neuer Partei den „demokratischen und menschlichen Kapitalismus“. Stattdessen ist nach 26 Jahren der brutale Kapitalismus in Polen entstanden. Die Mehrheit der Mitglieder und Sympathisanten der Linke sagten: Schluss damit! Nicht im unserem Namen! In Polen muss eine neue Linke aufgebaut werden.

Die Parlamentswahl in Polen war eine Grundlage für die genauere Berechnung der polnischen Staatsbürger und der ganzen Bevölkerung. Seit Jahren schon vermindert sich die

Anzahl der Polen. Am Ende Volkspolens gab's circa 40 Millionen, vor zwei Jahren waren es noch 38,5, aktuell sind es nur noch 37,5 Millionen Leute. Die Ursache bleibt der nach wie vor sinkende natürliche Zuwachs, der sich seit Jahren gegen Null beläuft. Die Situation wird auch verschlechtert durch die große Rate der sozialökonomischen Emigration. Millionen Polen quälen chronische und permanente Arbeitslosigkeit (nicht nur die offizielle, sondern auch die höhere inoffizielle), Elend, Armut und Obdachlosigkeit. Als der Winter kam und der Frost, sind Hunderte von Polen erfroren. Die lokalen Behörden und Wohlfahrts-Organisationen sind hilflos. Millionen suchen ein besseres Leben in England, Irland, den skandinavischen Ländern oder in Deutschland. Die Demographen schreiben weiter pessimistische Prognosen. Die Zahl der Bevölkerung in Polen soll sich weiter vermindern und sie soll weiter altern. Hier besteht ein großer Widerspruch zu den Großmachtträumen, die von den polnischen Nationalisten verbreitet werden, mit Parolen wie z. B. „Zurück zur Jagiellonen-Republik Polen vom 15 bis 17. Jahrhundert“ und Polen „der 3-Meere“ (Ostsee, Adria und Schwarzes Meer).

Die Staatliche Wahlkommission stellte fest, dass die polnische Wählerschaft am 25. Oktober 2015 30.625.150 Staatsbürger zählte (mit den Staatsbürgern im Ausland), aber zu den Wahlen sind 15.563.000 (50,92 Prozent) gekommen, davon waren 394.000 Stimmen ungültig. 49,08 Prozent der Polen sind nicht zur Wahl gegangen. Die PiS-Partei bekam 5.711.000 Stimmen (37,58 Prozent der abgegebenen), was der Partei 235 Mandate einbrachte. Das polnische Parlament (Sejm) zählt 460 Sitze, die PiS hat also die absolute Mehrheit (50 Prozent plus 5). Die PO (Bürgerplattform) bekam 3.661.000 Stimmen (24,09 Prozent) und 138 Mandate. Die Kukiz'15-Bewegung erhielt 1.339.000 Stimmen (8,8 Prozent) und 42 Mandate, die Partei die Moderne 1.147.000 (7,7 Prozent) und 28 Mandate, die Polnische Bauernpartei (PSL) 777.999 Stimmen (5,13 Prozent) und 16 Mandate. Die Deutsche Minderheit bekam 27.530 Stimmen (0,18 Prozent) und ein Mandat dank der Präferenzliste für die Minderheit, besonders viele Stimmen erhielt sie im Bezirk Opole

(Oppeln). Die anderen Wahlkomitees haben nicht die fünf-Prozent- oder die acht-Prozent-Hürde übersprungen und darum auch keine Mandate bekommen. Ihre Stimmen stärkten gemäß der d' Hondtmethode die Siegerparteien.

Die Wahl zum Senat lief noch besser für die zwei großen bürgerlichen Parteien, weil dort die Mehrheitsmethode für die Bezirke herrscht. PiS hat 61 Mandate gewonnen (61 Prozent), PO 34 Mandate (34 Prozent), ein Mandat bekam die Bauernpartei und vier Mandate erhielten Unabhängige, die aber auf der Liste der PO kandidiert hatten. Das bedeutet, dass die PO in Wirklichkeit 38 Mandate (38 Prozent) hat.

Die Hauptursache der Niederlage der zentristisch-liberalen bürgerlichen Parteien war der Verbrauch des politischen Vertrauens, die Machtdemoralisierung in acht Jahren des Regierens, die wachsende wirtschaftliche Krise, daneben Korruption, zahlreiche kriminelle Affären, z. B. Ambergold, das Abhören von VIPs (darunter zahlreicher Minister), keine Initiative bei der Aufklärung der Flugzeugkatastrophe in Smolensk, die hohe Rate der Arbeitslosigkeit, der Emigration, die wachsenden Lebenshaltungskosten, obwohl die Regierung und die ihr freundlichen Massenmedien einen amtlichen Optimismus verbreitet hatten. Ein Nagel zum Sarg für PO war die Krise in den Beziehungen zu Rußland und zur Ukraine. Das europäische Embargo und die Handelsrestriktionen gegen Rußland haben den polnischen Außenhandel nach Rußland, besonders der landwirtschaftlichen Produkte, zurückgeworfen und fast zum Erliegen gebracht. Die polnischen Bauern und andere Kleinproduzenten haben Milliarden Zloty und ihre alten Märkte verloren. Es wuchs durch Jahre die Unzufriedenheit gegenüber der Leitung der PSL (Bauernpartei), die seit zehn Jahren im Parteibündnis mit den Liberalen von PO war. Die Arbeiterklasse wurde dezimiert, die polnische Industrie, besonders die Maschinen-, die chemische, die Bau- und die Textilindustrie sind liquidiert worden. Die Mehrheit der Arbeiter wurde entlassen. Sie vergrößerten die Zahl der Arbeitslosen oder sie haben die Menge der früheren Pensionäre vergrößert. Sie leben an der Grenze des

biologischen oder sozialen Niveaus; zusammen mit den Geringverdienern machen sie mehr als 50 Prozent der polnischen Bevölkerung aus.

Ideologisch und teilweise politisch befinden sich diese großen sozialen Gruppen unter dem Einfluss der katholischen Kirche, teilweise auch der reaktionären Gewerkschaft Solidarnosc oder der rechtssozialdemokratischen *OPZZ-Gewerkschafts-Zentrale*, die seit 1989 auch „*einen menschlichen Kapitalismus*“ versprach. Die junge Generation sucht auf eigene Faust die Rettung im Ausland, sie wurde skeptisch gegenüber ihren Vätern von Solidarnosc. Sie bleibt den Wahlurnen fern. Viele junge Leute rebellieren auf den Straßen und Sportstadien. Häufig werden sie von Nationalisten, Krypto- und offenen Faschisten organisiert, wie z. B. der Partei Korwin, Kukiz und teilweise Recht und Gerechtigkeit. Die letztere hat raffinierte Methoden zur Schwächung der Linkspartei durch das Stehlen des linken sozialen Programms angewandt. Sie hat damit mindestens eine Million Stimmen vom linken Spektrum übernommen. Die Ursache ist in der konsequent durchgeführten liberalen Politik zu suchen, die keine Arbeit, keine Wohnung, keine reale soziale Zukunft verschafft. Die Frustration über die Liberalen wächst. Die öffentliche Meinung stellt es so dar: Die Bürgerliche Partei ist schuld daran.

Die PiS-Partei, der Hauptgewinner, bleibt nach wie vor strategisch nicht sehr unterscheidbar von der Bürgerlichen Plattform. Beide Parteien sind aus der antikommunistischen Solidarnosc hervorgegangen. Am Anfang der 3. Republik seit 1989 haben sie eng zusammengearbeitet. Die Spaltung kam erst später mit dem gemeinsamen Kampf um die Macht und die Vermögensprivilegien. Alle früheren ethischen Versprechen und Werte sind gebrochen und vergessen. Bei diesem Kampf ging es nicht nur um das Beherrschen des Staatsapparats (Macht- und Selbstverwaltungsorgane), sondern insbesondere um die Privatisierung des gigantischen Vermögens von Volkspolen. Es wurde für einen symbolischen Zloty an die neuen Herren verkauft; in Wirklichkeit ist es geraubt worden. Als Resultat entstand in Polen eine besondere Art der neuen Eigentümer – Lumpen-

bourgeoisie, neue Milliardäre, Millionäre, Oligarchen, die ihr Vermögen nicht in Zloty, sondern in Dollar oder Euro zählen. Es entstand auch eine breitere Schicht des Mittelstandes, eine neue Mittelklasse, das Kleinbürgertum, die insbesondere in der letzter Zeit vom ausländischen Großkapital begrenzt, niedergemacht und dezimiert wurde. Danach wuchsen die Reihen des neuen Lumpenproletariats. Auf der andere Seite entstand auch die breite und wachsende Klasse des neuen Proletariats, Prekariats, der Leiharbeiter, Arbeitslosen, nicht nur der offiziellen, sondern auch die doppelt verdeckte Arbeitslosigkeit auf dem Lande. Mehr als 2,5 Millionen sind ausgewandert.

Die polnische Lumpenbourgeoisie ist schwach und ohne kapitalistische Tradition. Sie entstand neu nach 1989 aus den früheren Kleinkapitalisten Volkspolens und sie hatte kleinbürgerlichen Charakter. Einen anderen Charakter hatte der zweite Flügel. Er gehörte zur wirtschaftlichen Nomenklatura, die aus Teilen der wirtschaftlich leitenden Schicht Volkspolens entstand. Doch Hauptgewinner in Polen war das große ausländische Kapital, das die Mehrheit des industriellen Vermögens für billiges Geld übernommen und die Betriebe stillgelegt, demontiert und liquidiert hat. Das war für es eine unerwünschte Konkurrenz. Polen wurde betrachtet als riesiger Markt für die eigene Produktion und die billige Arbeitskraft. Manche Betriebe wurden als reine Montagebänder der großen Konzerne umgestaltet (z. B. Volkswagen, Bosch, Whirlpool usw.) Der polnische Wirtschaftsraum wurde auf Konzerne aus Deutschland, Italien, den Vereinigten Staaten, Frankreich aufgeteilt. Ähnlich ist es bei den Finanzen: 85 Prozent der polnischen Finanzen sind unter Kontrolle der Westbanken.

Als wirtschaftspolitische Folge dieser „*neuen Polnischen Teilung*“ nimmt die polnische Bourgeoisie nur dem Namen nach die Führungsrolle ein. In Wirklichkeit spielen die führende Rolle neue Kompradoren, also Diener und Lakaien der fremden Großkonzerne, die wie in ehemaligen Kolonien gut finanziert und bezahlt werden. Sie regieren im Namen der neuen fremden Herren. Politisch ist diese Klasse mit der Bürgerlichen Plattform (PO) und ihren früheren

Parteien (Freiheitspartei) aufgewachsen und verbunden. Die Partei ist ein starker Anhänger der Zusammenarbeit mit dem internationalen Kapital, besonders der Europäischen Union (frühere EWG), der Europäischen Zentralbank, dem Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Weltbank. Die militärische Unterstützung bekam diese Klasse von der auswärtigen Politik der USA, der europäischen Großmächte, ganz besonders Deutschlands. Dieser Prozess wurde mit der direkten Mitgliedschaft in der NATO seit 1999 verstärkt. Dieses Lager hat auch die Linke und die Bauernpartei unterstützt, die völlig die früheren Arbeiter- und Bauern-Klasseninteressen vergessen haben.

Den zweite Flügel der polnischen Lumpenbourgeoisie, der seit Jahren mit Recht und Gerechtigkeit verbunden ist, stellt die nationale Bourgeoisie dar. Es ist die schwächere ökonomische Oberklasse, meist Mittel- und Kleinkapitalisten, die im Rahmen der Auswirkungen des Globalisierungsprozesses nicht mit der großen Konkurrenz der großen Westkonzerne mithalten kann. Sie zählt aber Millionen der kleinen und mittleren Betriebe der lokalen Industrien, Dienstleistungsunternehmen, die von dem „Wirtschaftspanzer“ überrollt und begrenzt werden. Nach der ersten Etappe der Europäischen Euphorie bleiben sie skeptisch oder sie sind gegen die EU; sie brauchen die Unterstützung und die Verteidigung des eigenen Staates, sie betrachten jetzt die offene Grenze als einen Nachteil für eigene Interessen, sie fordern bessere Handelsbeziehungen mit Rußland usw. Diese Hoffnungen und dieses Verhalten in der Mehrheit unterstützt die Katholische Kirche und alle diese widersprüchlichen Interessen waren auch die Hauptursachen des PiS-Sie-

ges und der PO-Niederlage bei den letzten Parlamentswahlen.

Die PiS-Partei hat im Wahlkampf den unterschiedlichen sozial-ökonomischen Gruppen viel versprochen, 500 Zloty für jedes Kind, die Steigerung der Sozialunterstützung, ein besseres Leben für die armen Familien, billige Wohnungen, die Verminderung der Arbeitslosigkeit, die Absenkung des Pensionsalters für Männer von 67 auf 65 und für Frauen von 67 auf 60 Jahre und vieles andere. Die Realisierung der Versprechen würde bis zu 100 Milliarden Zloty kosten, aber die Staatskasse ist leer.

Man müsste dann das Budget-Defizit erhöhen, darf aber nicht höher als bis 3 Prozent des BIP. Man kann neue Steuern einführen, z. B. für die Großbanken, die großen Supermärkte; aber die Experten sagen, das bringt nicht mehr als 10 Milliarden Zloty. Und was macht man mit den anderen Versprechungen? Das Großkapital, das sich in ausländischen Händen befindet, ist dagegen; eine Abwanderung der großen Firmen aus Polen hat bereits begonnen. Die Massenmedien – auch sie sind in der Mehrheit im Besitz ausländischen Kapitals – sind auch dagegen. Sie betreiben jeden Tag Gehirnwäsche der Bevölkerung. Die Oppositionsparteien organisieren alle zwei Wochen Widerstand auf den Straßen. Bereits einige Wochen nach der Parlamentswahl haben sie mehrere Tausend in Warschau und in 18 anderen großen Städten Polens auf die Straße gebracht für politischen Protest gegen „Feinde der Demokratie“, gegen die „neue Diktatur“. Die PiS-Partei hat mit einer großen Gegen demonstration geantwortet. In Polen wächst die politische Spannung; sie wird auch von ausländischen Subjekten geschürt.

Die PiS-Partei will auf den Spuren von Viktor Orban in Ungarn

wandeln, dessen Regime als autoritär, kryptofaschistisch oder sogar faschistisch betrachtet wird. Meiner Meinung nach geht dieser Charakterisierung zu weit. Man muss differenzieren: In der Wirtschaftspolitik bleibt Orban superliberal, ebenso in der Frage des politischen Systems, wo er eine verfassungsändernde Mehrheit gewonnen hat. Die PiS hat aber eine schlimmere politische Situation geschaffen. Sie hat im Sejm die absolute Mehrheit der Sitze (50 Prozent plus 5); das ist aber zu wenig für eine Verfassungsänderung (dafür sind in Polen mindestens 2/3 bzw. 67 Prozent oder 307 Sitze in beiden Kammern des Parlaments nötig). Jaroslaw Kaczynski und die PiS zählen auf die weitere Demoralisierung der größten Oppositionspartei, der PO, nicht nur auf ihre Schwächung, sondern auch ihre Zersplitterung und das Herausbrechen des katholisch-konservativen Flügels dieser Partei. Der Gründer der Partei PO, Donald Tusk, bleibt als Vorsitzender des Europäischen Rats in Bruxelles, seine Nachfolgerin, die ehemalige Ministerpräsidentin Ewa Kopacz, erfüllt formal die Funktion der Vorsitzenden, aber ihre Tage sind gezählt. Die Partei ist in einige Fraktionen zersplittert. Die letzte Nachrichten beweisen, die größte Chance, neuer Parteiführer zu werden, hat der ehemalige Außenminister Grzegorz Schetyna, der früher von Donald Tusk diskriminiert wurde. Die Partei ist seit mehr als drei Monate in einer Führungskrise. Sie verliert jeden Monat weiter an Unterstützung ihrer Wähler. An erster Stelle als Oppositionspartei steht jetzt die Moderne (neue Liberale). Für die PiS-Partei ist eine günstige politische Situation entstanden.

Die PiS kann auch mit den Stimmen der Kukiz'15-Bewegung rechnen (der dritten Kraft im Sejm), be-



sonders aber mit den Nationalisten (10 Sitze), Kryptofaschisten und Gegnern der gegenwärtigen Verfassung. Das ist eine antikonstitutionell geprägte, nationalistische, antikommunistisch orientierte Bewegung, die gerne eine Zusammenarbeit mit PiS aufnimmt. Das ist der Beginn von „Weiß-Rot“ (die Farben der polnischen Nationalflagge); eine inoffizielle Koalition, die von J. Kaczynski nach dem Wahlsieg zur Grundlage der neuen Verfassungsmehrheit erklärt wurde.

Die PiS erodiert auch die Polnische Bauernpartei (PSL), die als Restpartei (nur 16 Sitze im Sejm) konsequent von PiS umgarnt wird. PSL hat viel im Vergleich zu ihrer früheren Position als Landes-(Bauern-)partei verloren. Sie trat an mit der Schwierigkeit, die fünf-Prozent-Hürde zu überspringen und sie befindet sich in einer großen ideologischen und Identitätskrise. Das Vorhaben der früheren Leitung, von der Landbevölkerung auszugehen und eine „christliche allpolnische Partei“ zu werden, ist gescheitert. Die Mehrheit der Wähler auf dem Lande hat die PiS-Partei gewählt. Der neue Parteichef der PSL, Dr. Wladyslaw Kosiniak-Kamysz (ein ehemaliger Arbeits- und Sozialminister), stammt aus einer alten Intellektuellenfamilie aus Krakau. Die alltägliche Verbindung mit dem Landleben, mit dem Bauernmilieu, ist schwach. Die Wähler auf dem Land suchen sich andere, aktivere Personen. Die meisten sind unter dem Einfluss der katholischen Kirche oder sie bleiben passiv.

Die PiS-Partei verstärkt ihre politische Position durch Säuberungen in den lokalen Behörden, insbesondere in den Regionen (Wojwodschaften). Dort bleiben nach wie vor die alten Koalitionsregierungen von PO-PSL und teilweise der Linken. Es ist möglich, dass PiS unter einem Vorwand die lokalen Wahlen vor zwei Jahren für ungültig erklärt, dadurch die Notwendigkeit der Verkürzung der vier-Jahresperiode schafft und Neuwahlen ansetzt. Die nächste politische Offensive ist gegen den Verfassungsgerichtshof gerichtet. Dort war die Mehrheit der Richter (neun) von der PO-PSL-Koalition im früheren Parlament ausgewählt worden; nur drei waren von PiS. Am Ende der PO-PSL-Regierung hat die Parlamentsmehr-

heit noch fünf neue Richter gewählt. Das war ein freches Zeichen der Arroganz der PO, was die PiS-Partei nun nützt, um die jetzige Opposition zu kompromittieren. Die PiS hat diese Wahl nicht anerkannt. Sie hat jetzt fünf neue eigene Richter ausgewählt. Das Ergebnis war ein Clinch und ein Patt; der Verfassungsgerichtshof ist paralysiert und blockiert. Dadurch entstand in Polen eine konstitutionelle Krise. Die PiS-Partei will einen gehorsamen, politisch untergeordneten Verfassungsgerichtshof bekommen, um radikale system-politische Gesetze einführen zu können.

Die PiS muss sich beeilen. Sie will auch ihre eigene Position gegenüber dem General-Staatsanwalt verstärken, der gemäß dem Gesetzentwurf dem Justizminister untergeordnet werden soll. Jetzt ist dieses Verfassungs-Organ selbstständig. Er ist gewählt mit der Mehrheit des Sejm und ernannt vom Staatspräsidenten. Als offizielle Begründung für den Wechsel wird die größere Effektivität bei der Bewältigung der wachsenden Korruption genannt, aber die Opposition hat Angst vor der Stärkung der Macht der Regierung. Diese will auch die Selbstverwaltung der Richter begrenzen und die Armee-Staatsanwaltschaft liquidieren. Der neue Justizminister verspricht, mit neuen gesetzlichen Maßnahmen die Kriminalität schnell zu begrenzen, besonders die Korruption. Dies vergrößert die Unterstützung bei der Masse der Bevölkerung. PiS hat auch schnell das neue Gesetz über die Öffentlichen Medien beschlossen. Es geht um die Auswechslung der früheren Journalisten und Leiter von TV und Rundfunk, die mit der alten PO-Partei verbunden waren. „Die Öffentlichen Medien“ – erklärte die Abgeordnete Pawlowicz – „müssen der Regierung dienen“.

Als Resultat dieser „Reformen“ wächst in Polen der Kampf zwischen beiden Flügel der Bourgeoisie, der auch vom Ausland verstärkt wird. Die Liberalen finden Unterstützung bei den Gremien der EU, z. B. des Vorsitzenden des Europäischen Parlaments, M. Schulz, der Europäischen Kommission, auch des Europa-Rats. Sie kämpfen nicht nur im Parlament, auch auf den Straßen unter den Losungen „Kampf für die Demokratie“ und „gegen die Diktatur“.

Die Gegenseite antwortet: „Wir sind auch Demokraten, wir verteidigen die parlamentarische Demokratie, wir sind legitimiert durch das Volk und die Ergebnisse der Parlamentswahlen. Unsere Gegner sind Anarchisten; sie wollen demokratische Entscheidungen nicht anerkennen“.

Die PiS-Partei erhielt breite Unterstützung durch die Katholische Kirche und ihre Hierarchie, besonders vom „Medienbischof“ aus Torun, dem Vater Tadeusz Rydzysk. Für die Kommunisten und insgesamt für die Linke entstand eine schwierige Situation. Seit zwei Jahren ist das Verfahren gegen die Kommunistische Partei Polens als „eine Partei, die Zeichen des Verbrechens der Propagierung des totalitären Staatsaufbaus erfüllt“ bei Staatsanwaltschaft und Polizei anhängig. Wenn jetzt die PiS die ganze Staatsmacht übernommen hat, kann man eine Beschleunigung des Strafverfahrens erwarten. Die polnischen Kommunisten müssen sich darauf einstellen, dass die Partei für rechtswidrig erklärt wird und dass sie zur illegalen Aktivität übergehen müssen. Das ist eine reale Bedrohung. Dies muss politischen Anklang im progressiven Milieu in Polen und im Ausland bekommen.

Die alte Sozialdemokratie (SLD – die Linke) befindet sich auch in einer schwierigen Situation. Leszek Miller – formal und offiziell weiter Vorsitzender – trat zurück, aber nach drei Monaten hatte die Partei immer noch keinen neuen Vorsitzenden gewählt. Der Konkurrent Janusz Palikot von der zweiten Linken – Deine Bewegung ist zum Business zurückgekommen. Seit einigen Monaten hat sich eine neue linke sozialdemokratische Strömung formiert unter Leitung von jüngeren Anführern, z. B. Barbara Nowacka. Es entstand auch eine andere linke Sozialdemokratie – die Partei Razem (Zusammen) – unter Leitung von Adrian Zandberg. Diese bekam bei der Parlamentswahl vier Prozent der Stimmen, was auch eine finanzielle staatliche Unterstützung bedeutet. Sie haben eine gute Prognose für die nächste Wahl. Es braucht aber ständige organisatorische Arbeit, ein gutes Programm und die Empfindsamkeit für die Interessen der Arbeiterklasse, aller Werktätigen. Bis jetzt benützen die neuen Anführer keine



oder nur wenige marxistischen Worte, Werte und Vokabeln. Das ist ihre schwache Seite. Sie sind mehr Repräsentanten der Mittelklasse.

Die politische Situation in Polen bleibt instabil, doch PiS und die rechten Kräfte verstärken ihre Position. Man kann erwarten, dass in den nächsten vier Jahren der große Druck dieser Kräfte, Nationalisten, Kryptofaschisten und der Katholischen Kirche sich fortsetzen wird. Das bedeutet im auf wirtschaftlichem Gebiet die Unterstützung der liberalen Mechanismen und für die „nationalen“ Klein- und Mittelbetriebe eine spektakuläre Regierungshilfe. Es ist schwierig zu sagen, wie lange, weil die EU diese öffentliche Hilfe begrenzt. Man kann eine „Kohabitation“ mit dem ausländischen Großkapital erwarten. Das beweist die Besetzung der Posten des neuen Finanz- und Wirtschaftsministers durch die neue Regierung, besonders beim Ministerium der Entwicklung (der Wirtschaft), Minister wurde M. Morawiecki, der auch Stellvertreter des Ministerpräsidenten wurde. (Er ist der ehemalige Präsident der großen polnischen Bank, die zur spanischen Finanzgruppe Santander gehört). Zweitens, der neue Finanzminister P. Szalamacha war ehemaliger Aktivist der superliberalen und faschisierenden Union der Realen Politik von Janusz Korwin Mikke. Beide sind starke Brücken zu den Interessen des ausländischen Großkapitals. Das bedeutet, dass sich die Hauptrichtung der Wirtschaftspolitik fortsetzen wird, das ist die „Verteidigung des heiligen Privateigentums“.

Die neue Regierung verspricht im sozialen Bereich eine Politik der Sorge und des sich Kümmerns um die Angelegenheiten der armen Leute, der kinderreichen Familien, billigen sozialen Wohnungsbau für junge Familien, eine Verkürzung des Pensionsalters, Subventionen für Medikamente und viele andere soziale Erleichterungen. Dafür benötigte man nicht Dutzende, sondern Hunderte Milliarden Zloty, was fast eine Verdoppelung des sozialen Staatsbudgets bedeutete. Die Staatskasse ist aber leer, man kann einen Rückgriff auf die alte römi-

schen Losung „*panem et circenses!*“\* erwarten. Für Kaczynski und seine PiS-Partei bedeutet es mehr *Circenses* statt sozialer Maßnahmen. Es ist nicht nur eine Delegalisierung der KPP zu erwarten, sondern auch eine Begrenzung der anderen linken Kräfte, eine Einschränkung der liberalen Bürgerfreiheiten, der Bürgerrechte, neue Schauprozesse, eine steigende reaktionäre Diktatur. Es ist eine reale Bedrohung; sie wächst nicht nur in Polen. In der Ukraine ist die KP der Ukraine für rechtswidrig erklärt worden, in Deutschland haben die Faschisten den Kopf oben, in Frankreich die Nationale Front, in Österreich usw. In der Ukraine haben die Faschisten, Banderisten, Kryptofaschisten vor zwei Jahren gesiegt. Sie haben das Land ins Feuer des Bürgerkriegs gestellt. Die KPU ist gesetzlich verboten und die Anführer der Kommunisten wie Anatolij Majewskij sind im Kerker eingeschlossen. Diese Kräfte werden offiziell von „demokratischen“ europäischen und US-Kräften unterstützt, darunter auch von allen polnischen bürgerlichen Parteien.

Diese faschistische Welle in Europa ist kein Zufall. Sie bedeutet eine Schwächung der liberalen Demokratie und der Bourgeoisie; insbesondere ihre großfinanziellen Kreise wollen die Macht behalten angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Krise und dem wachsenden Widerstand der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen. Es wächst der Klassenkampf. Die gegenwärtige Epoche ist gekennzeichnet durch die Globalisierung, aber auch die Wissenschaft, wo neuen Schichten des Proletariats, des Prekariats, der hochqualifizierten Leiharbeiter, der Leistungsarbeiter, der jungen Generation eine wachsende Rolle zugewachsen ist. Diesen sozialen Klassen sollen die Kommunistischen Parteien ihre Programme schicken und sie für den Kampf gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus organisieren. Es ist auch die wichtige Aufgabe der Kommunistischen Partei Polens. Der Klassenkampf geht weiter!

Prof. Zbigniew Wiktor  
Wroclaw-Polen,  
12. Jan. 2016

## Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

### Nr. 190 Winter 2015, 36 S.

- Industrie 4.0
- Unsere Jahreskonferenz
- Türkei – Massaker und Staatsterror
- Türkei – Aufstand der Automobilarbeiter
- Pegida, AfD – Sie hetzen weiter
- 70 Jahre atomare Bedrohung, Teil II
- Zwischen Willkommenskultur und Hassparolen

### Nr. 189 Herbst 2015, 36 S.

- Griechenland vor einem neuen „Hilfspaket“
- 70 Jahre atomare Bedrohung, Teil I
- Wie der Kommunismus nach China kam, Teil I
- Das Handelskapital der Hansestädte auf Raubzügen im Osten
- Parlamentswahlen in Dänemark
- Rezensionen

### Nr. 188 Sommer 2015, 44 S.

- G7 - Ein Gipfel demontiert sich
- Rußland heute – Der Linken Freund oder Feind?
- Bericht von unserem Wochenendseminar in München
- Die Lage in Griechenland
- USA-Kuba-Venezuela
- Bremen hat gewählt – zur Hälfte
- Hartz IV: Die wahren sozialen Folgen
- Generelle „Unzufriedenheit mit der Politik“: PEGIDA

### Nr. 187 Frühjahr 2015, 44 S.

- PEGIDA in Dresden
- Thüringer LINKE-Regierung, Konkretes und Grundsätzliches
- TTIP – Freihandelsabkommen zwischen EU und USA
- Schwarz-rotes Streikverbot
- 70 Jahre Befreiung des KZ Auschwitz
- Vom Bau der Atombombe zum „Regime nuklearer Weltordnung“
- Chile: Ein Jahr Regierung Bachelet
- Genosse Udo Winkel verstorben

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

## Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

\*Brot und Zirkusspiele

# Politische Entwicklungen in Griechenland



**F**ünf Jahre Krise in Griechenland, fünf Jahre „Troika-Memoranden“ und fünf Jahre harte Sparmaßnahmen durch mehrere „Hilfsprogramme“ hatten katastrophale Folgen für die griechische Wirtschaft und für die Menschen im Land gebracht:

- Die Wirtschaftsleistung ist um mehr als 25 Prozent eingebrochen.
- Die Arbeitslosigkeit ist auf 27 Prozent angewachsen, bei den Jugendlichen wurde sogar die Marke von 60 Prozent überschritten.
- Die Löhne und Renten wurden radikal gesenkt, selbst der Mindestlohn auf 590 Euro reduziert, bei Jugendlichen gar auf unter 500 Euro.
- Die Kaufkraft ist dadurch um rund 40 Prozent eingebrochen.
- Im Gesundheitsbereich wurden die öffentlichen Ausgaben so stark reduziert, dass für Millionen von Menschen der Zugang zum öffentlichen Gesundheitswesen versperrt ist.
- Das alles damit der Schuldenstand reduziert wird. Tatsächlich aber haben diese Politik und der Rückgang der Wirtschaftsleistung die Staatsverschuldung von ca. 120 Prozent im Jahr 2009 auf 177 Prozent im Dezember 2014 wachsen lassen.
- Die sogenannten „Hilfsprogramme“ in Höhe von ca. 240 Milliarden haben nicht zur Verbesserung der Situation der Bevölkerung beigetragen, denn über 90 Prozent dieser „Rettungsmaßnahmen“ füllten nur die Konten der Gläubiger, gerettet

wurden in Wirklichkeit einzig die Profite vor allem der deutschen und französischen Banken.

Diese Politik haben die griechischen Wähler am 25. Januar 2015 abgewählt. Die neue Regierung hat den klaren Auftrag, die humanitäre Katastrophe zu überwinden und dem Land und den Menschen ihre geraubte Würde wieder zu geben.

## Welche Maßnahmen hat die neugewählte Regierung umgesetzt

Seit Februar 2015 bis Mitte Juli wurden zähe Verhandlungen geführt mit den sogenannten Institutionen, besser gesagt mit den Kreditgebern IWF, EZB und EU-Kommission.

Allen Beteiligten dürfte klar sein, dass die Schuldenlast von 180 Prozent des BIP von einer so stark geschwächten Wirtschaft niemals getragen werden kann. Trotzdem wurden alle bisherigen Vorschläge der griechischen Regierung zur Umstrukturierung der Schulden abgelehnt.

Trotz dieses Verhandlungs-Marathons hat die griechische Regierung mit der Umsetzung ihres Wahlprogramms begonnen.

## Dazu einige Beispiele:

- Ein Gesetz zur Überwindung der humanitären Krise im Land beschlossen, mit z. B. kostenloser

Strom und Lebensmittelgutscheine für Bedürftige Familien, Mietzuschüsse an bedürftigen um die drohende Obdachlosigkeit zu vermeiden.

- Kostenloser Zugang aller Menschen zum öffentlichen Gesundheitswesen. Rücknahme der Zuzahlung von fünf Euro bei Krankenhausbesuch. Sicherstellung der medizinischen und pharmazeutischen Versorgung aller Nicht-Versicherten.
- Im Gesundheitswesen werden 4.500 Pflegekräfte und Ärzte eingestellt, um die medizinische Grundversorgung aller Menschen wieder sicherzustellen.
- Die Streckung der Verbindlichkeiten der privaten Haushalte und der kleinen Unternehmer gegenüber Finanzämtern und Sozialversicherungen auf bis zu 100 Raten (diese Regelung soll wieder überprüft werden)
- Die Wiedereinstellung von allen gesetzeswidrig Entlassenen im öffentlichen Dienst (u. a. die inzwischen legendären Reinigungsfrauen von Finanzministerium)
- Der öffentlich rechtliche Sender ERT, der vor zwei Jahren innerhalb von nur wenigen Stunden geschlossen wurde, ist seit dem 11. Juni 2015 wieder im Betrieb mit allen seinen entlassenen Mitarbeitern.
- Weitere geplante Maßnahmen wie z. B. die Wiedereinführung der Rechte von Arbeitnehmern auf Tarifverträge, Mindestlohn und Schutz vor Massenentlassungen sind zwar vorbereitet, konnten aber wg. den Vorbehalten der Institutionen nicht beschlossen werden (und stehen wieder auf dem Prüfstand). Die SYRIZA-ANEL Regierung hat bereits eine Reihe von Reformen auf den Weg gebracht, die sowohl die Korruption als auch die weit verbreitete Steuerhinterziehung in Angriff nehmen. Die Staatsausgaben sind eingeschränkt worden, die Steuereinnahmen übertreffen die Erwartungen. Griechenland war bis Anfang Juni all seinen Schuldenverpflichtungen aus eigenen Mitteln nachgekommen, da seit August 2014 keine Tranche aus

den sogenannten Hilfsprogrammen nach Griechenland eingeflossen ist.

### Referendum Juli 2015

Aber fünf Monate andauernde und ergebnislose Verhandlungen, fünf Monate harte Blockadehaltung der Kreditgeber, haben die griechische Wirtschaft erstickt, den griechischen Banken den Stecker gezogen und die soziale Not der Bevölkerung verstärkt.

Die Arbeitslosigkeit konnte nicht spürbar abgebaut werden, weitere kleine und mittlere Betriebe mussten schließen und die Perspektivlosigkeit der Jugend hat die Auswanderung von vielen gut ausgebildeten Jungen Menschen gefördert.

In den letzten Monaten wurde mit Hilfe einer Hetzkampagne der privaten Medien das Vertrauen auf das Bankwesen so stark beschädigt, dass viele Menschen ihre Bankeinlagen geräumt haben, ins Ausland oder in der eigenen Wohnung untergebracht haben.

Nach Schätzungen dürften seit Januar 2015 ca. 50 Milliarden Euro abgehoben worden sein. Das hat die Liquidität der Banken stark beeinträchtigt. Eine Woche vor dem Referendum hat sich die EZB geweigert die Liquidität der griechischen Banken bis zum Abschluss des Referendums zu garantieren, deshalb mussten die Banken ab den 29. Juni geschlossen und Kapitalkontrollen eingeführt werden.

Das hat die Versorgung der Menschen mit wichtigen Alltagsgütern sehr erschwert. Supermärkte, Tankstellen haben nur Bargeld angenommen. Apotheker haben lebensnotwendige Medikamente nur noch nach Barzahlung ausgegeben, Rezepte wurden nicht angenommen.

Die Medien haben ihre Hetzkampagne mit den Horrorbildern mit Menschen-Schlangen vor den Bankautomaten, mit den Autoschlangen vor den Tankstellen und den leeren Regalen der Supermärkte noch weiter gestärkt.

Trotz dieser Hetzkampagne, trotz der teilweise wirkliche Unannehmlichkeiten der Betroffenen Menschen, hat die Bevölkerung sich nicht irritieren lassen. 62 Prozent der Wähler haben am Referendum teilgenommen, das ist ein Rekordergebnis, und die

große Mehrheit der Beteiligten Wähler (61,5 Prozent) hat mit NEIN gestimmt. Mit NEIN zu weiteren Sparvorschlägen von EU-Kommissionspräsident Junker, NEIN zum alten politischen System und deren Unterstützer in Wirtschaft und Medien.

61,5 Prozent der Wähler haben JA gesagt zu Verhandlungskurs von der Regierung und haben den Ministerpräsident Alexis Tsipras den Rücken gestärkt, mit den Institutionen neue Verhandlungen aufzunehmen.

### Vereinbarung vom 12./13. Juli 2015

Für seinen Vorschlag hat sich Tsipras noch zwei Tage vor der letzten Verhandlungsrunde am 12. Juli die Unterstützung der größten Mehrheit des griechischen Parlaments, darunter auch der wichtigsten Oppositionsparteien eingeholt. In den Vorschlag waren neben dem Antrag auf Umstrukturierung der Staatsschulden auch die wichtigsten Forderungen der Institutionen für weitere Sparmaßnahmen beinhaltet.

Trotzdem wurden diese weitreichenden Sparvorschlägen der Griechischen Regierung als Verhandlungsbasis nicht akzeptiert.

„Im Drama um Griechenland gelten nicht die Grundsätze der Demokratie. Es gelten das Gesetz der Mafia und das Recht der Stärkeren“ (so steht es in der neuesten Ausgabe von *Faktencheckhellas*, Nr. 4). „Exekutiert wird Rache für Demokratie. Das NEIN im Referendum war eine Klatsche für die aalglatten EU-Politiker Junker, Schulz und Dijsselblom. Für die eiskalte Kanzlerin Merkel und für den zynischen Machtmenschen Schäuble. (so *Faktencheckhellas* weiter). Daher diktieren sie: Griechenland muss zur Strafe noch mehr sparen. Sonst wird binnen Kurzem bei den griechischen Banken der Stecker gezogen.“

So wurde die Zustimmung der griechischen Regierung eiskalt erpresst, um einen Kollaps der Ökonomie (in mitten der Tourismus-Saison) zu vermeiden. Andere Beobachter



sprechen sogar von einem geplanten Putsch gegen die griechische Regierung. Paul Krugmann schrieb in seinem Blog letzten Sonntag: „Die komplette Kapitulation reicht Deutschland nicht. Es will einen Regimewechsel und die totale Demütigung“.

### Grexit

Mit seinem Vorschlag von „Grexit auf Zeit“ hat Schäuble den Druck und die Erpressungsspirale auf die griechische Regierung weiter angespannt. Es ist schon bemerkenswert dass dieser Vorschlag mit Sigmar Gabriel, den SPD Vorsitzenden, abgestimmt war. Wie lange kann sich die SPD noch einen nichtsolidarischen nicht europafreundlichen Vorsitzenden leisten.

Unter dieser Drohkulisse unter diesen starken Erpressungsversuchen wurde die Zustimmung der griechischen Regierung zu einer schlechten Vereinbarung nach 17 Stunden Verhandlungen am Montagvormittag 13. Juli erzwungen.

Diese „Einigung“ beinhaltet weitere drastische Sparmaßnahmen, die die Rezession weiter fördern würden, (es wird eine weitere Schrumpfung der Wirtschaftsleistung um 4,5 Prozent für die nächsten drei Jahre er-



wartet). Es sind Maßnahmen zur weiteren Deregulierung des Arbeitsmarktes, des Abbaus von Arbeitnehmerrechten, z. B. Sonntagsöffnung der Geschäfte etc. vorgesehen. Auch die demokratische Rechte d. Parlaments und die nationale Souveränität werden weitgehend eingeschränkt.

Einziges Trostpflaster dabei: Noch in diesem Jahr soll die Diskussion eröffnet werden für die Umstrukturierung der Schulden. Einen Schuldenschnitt lehnt Schäuble strikt ab. Obwohl alle Ökonomen, einschl. der IWF, davon ausgehen, dass der griechische Schuldenstand nicht tragfähig ist.

### Rekapitalisierung der Banken

Dazu sollen noch 35 Milliarden für Investitionen aus dem Junker-Plan für den Wachstum und die wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands kommen. Noch im Juli wurden in zwei Abstimmungen im Griechischen Parlament mit großer Mehrheit die ersten Sparmaßnahmen eingeleitet (bei 32 Nein Stimmen aus der Regierungspartei).

Am 14. August wurde im griechischen Parlament die Vereinbarung (das sogenannte 3. Memorandum) mit großer Mehrheit zugestimmt, auch mit den Stimmen der Oppositionsparteien. 44 Abgeordnete von der SYRIZA Fraktion haben ihre Zustimmung verweigert. Dadurch hat die Regierung ihre Mehrheit verloren. Nachdem die Vereinbarung auch die Zustimmung der anderen Parlamente darunter auch vom Bundestag, gefunden hatte und am 20 August die ersten

12 Milliarden freigegeben wurden hat der Ministerpräsident Alexis Tsipras sein Rücktritt erklärt um einen neuen Wählerauftrag zu holen. Nur wenige Stunden später haben 25 Abgeordnete die Fraktion von SYRIZA verlassen und unter der Führung von Panagiotis Lafazanis eine neue Partei gegründet, die *Laiki Enotita* (Volkseinheit).

### Neue Wahlen am 20. Sept. 2015 – Sieg von SYRIZA

Ein nicht überraschender Sieg von SYRIZA. Überraschend war der deutliche Vorsprung vor der NEA DIMOKRATIA mit 7,36 Prozent, da alle Demoskopien von „ein Kopf an Kopf Rennen“ ausgegangen waren.

### Neue Regierung

Die bisherige Koalition mit der ANEL (Unabhängigen Griechen von Panos Kamenos) wird fortgesetzt. Die neue Regierung muss ohne Atempause weitere Sparmaßnahmen u.a.:

- Steuererhöhungen (Mehrwertsteuer 23 Prozent...bei vielen Artikel, in den allen Insel, sogar bei privaten Schulen etc) durchsetzen.
- Eine großangelegte „Rentenreform“ mit dem Ziel die Finanzierung des Rentensystems, mit u.a. Rentenkürzungen, Zusammenlegung von Rentenkassen.
- Offene Verhandlungen über die Regulierung der Arbeitsrechte, Tarifverträge etc.

### Schwerpunkte des neuen Regierungsprogramms

Auszug aus dem Artikel von Leo Mayer, in [www.isw-muenchen.de/2015/09/der-kampf-geht-weiter-griechenland-und-die-linke-in-europa](http://www.isw-muenchen.de/2015/09/der-kampf-geht-weiter-griechenland-und-die-linke-in-europa)

„(...) Was das neue Regierungsprogramm betrifft, so besteht es aus drei Eckpfeilern.

Der erste betrifft die Wiederherstel-

lung der Liquidität des Staates. Um das zu erreichen soll u. a. das Bankensystem refinanziert werden, eine neue Investitionsbank gegründet und ein neues Investitionsförderprogramm in die Wege geleitet werden. Außerdem sollen Investitionsmittel der Weltbank und der Europäischen Investitionsbank aktiviert werden. Zudem versprach Tsipras, die Landwirtschaft zu stärken, landwirtschaftliche Kooperativen zu fördern und das Einkommen der Landwirte zu schützen. (...)“

„Als zweiten Hauptpfeiler seines neuen Programms hat Tsipras den Ausbau des Sozialstaates ins Auge gefasst. Hierbei gehe es vor allem um die Bekämpfung der humanitären Krise. Aufgewertet werden soll das System der Gesundheitsbetreuung und der sozialen Absicherung. Zudem soll die Arbeitslosigkeit durch entschlossene Maßnahmen spürbar gesenkt werden. Im kommenden Jahr sollen mindestens 150.000 Arbeitslose einen bezahlten Job finden.

Der dritte Pfeiler der künftigen Regierungspolitik ist für SYRIZA die radikale Umwandlung und Demokratisierung des Staates. Vor allem sollen einschneidende Maßnahmen ergriffen werden, um die Steuerhinterziehung entschieden zu bekämpfen.(...)“

### Aktuelle Diskussion, Themen:

Gerade in der letzten Woche (19.-24. Oktober 2015) wird im Parlament das Gesetz zu Regulierung der Privaten Medien, neue Lizenzen, Versteuerung der Werbeeinnahmen (bisher haben die Privatsender nichts bezahlt), wird diskutiert und am Samstagabend verabschiedet.

Fand eine erste Überprüfung durch das „Quartett“ (bisher Trojka) der bisher eingeleiteten Maßnahme. Am Donnerstag und Freitag war in Athen im Staatsbesuch der Präsident von Frankreich Francois Holland.

### Nächste große Meilensteine

Ende November Verhandlungen zur Schuldenerleichterung; Rekapitalisierung der systemischen Banken bis Ende des Jahres (Schutz der Spareinlagen), Regulierung der fälligen Krediten, Schutz vor Zwangsversteigerung der Wohnungen;

#### Wahlergebnisse der Parlamentswahl am 20. September in Griechenland

Wahlberechtigte	9.840.525
Wahlbeteiligung	56,57 %
Ungültige Stimmen	2,42 %

Partei	Mandate	Stimmanteil in %
SYRIZA	145	35,46
Nea Demokratia	75	28,10
Goldene Morgenröte	18	6,99
PASOK + DIMAR	17	6,28
KKE	15	5,55
To Potami	11	4,09
ANEL	10	3,69
Centrists' Union	9	3,43
Volkseinheit	0	2,86



Entwicklung eines wirtschaftlichen Entwicklungsplans bis März 2016.

## Wie geht es weiter?

Trotz dieser Vereinbarung oder besser gesagt wegen dieser schlechten nicht lebensfähigen Vereinbarung wird die Solidarität mit Griechenland weiter notwendig sein, wird der gemeinsame Kampf gegen die Hetze der deutschen Medien und der Politik dringend gebraucht.

Der gemeinsame Kampf aller Menschen in ganz Europa gegen die strenge neoliberale Sparpolitik, gegen die Austeritätspolitik soll mit mehr Kraft fortgesetzt werden.

Vielen Dank

Nürnberg, 24.10.2015

Paolos Delkos, SYRIZA München

Weiterführende Literatur zum Thema, unter:  
[www.kommunisten.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=5701:griechenland-austeritaet-und-kampf-gegen-steuerhinterziehung&catid=35:europa&Itemid=67](http://www.kommunisten.de/index.php?option=com_content&view=article&id=5701:griechenland-austeritaet-und-kampf-gegen-steuerhinterziehung&catid=35:europa&Itemid=67)

<http://www.neues-deutschland.de/shop/article/1457659>

das Buch von Giorgos Chondros:  
„Die Wahrheit über Griechenland, die Eurokrise und die Zukunft Europas“  
FaktenCheck:HELLAS, Nr. 4, Juli 2015

Anzeige

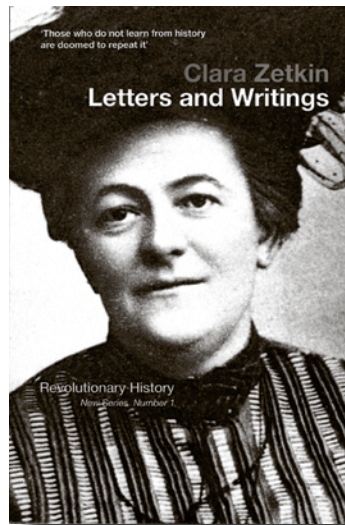
## Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein



Hamburg 1978. 138 Seiten, Fadenheftung, fester Einband, 5,00 €.

Bestelladresse:  
T. Gradl, Postfach 910307  
90261 Nürnberg  
oder: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)

## Clara Zetkin – Briefe und Schriften



Wir möchten auf die Herausgabe eines Buches über Clara Zetkin hinweisen, das in England bei „Revolutionary History“ erschienen ist. Es beinhaltet eine Auswahl von Clara Zetkins Artikeln, Reden und Korrespondenzen. An der Zusammenstellung und den Übersetzungen ins Englische war unser englischer Genoss Mike Jones maßgeblich beteiligt.

Die Redaktion

Aus dem Vorwort der Herausgeber:

### Clara Zetkin Briefe und Schriften

Die, die nicht aus der Geschichte lernen sind dazu verdammt sie zu wiederholen.

Clara Zetkin (1857 – 1933) war eine der prominentesten Personen der internationalen

sozialistischen Bewegung bis zu deren Spaltung nach dem ersten Weltkrieg und der Russischen Revolution. Sie starb vor über 80 Jahren. Sie war eine der führenden Persönlichkeiten der kommunistischen Bewegung und der mit ihr verbundenen Frauenbewegung. Sie gilt als eine der ersten Initiatorinnen des internationalen Frauentages, allerdings ist sie in der heutigen Zeit in Vergessenheit geraten.

Ursachen hierfür liegen einerseits darin, dass sie z.B. in der DDR fälschlicherweise als eine loyale Stalinisten angesehen wurde und in der Feindschaft, mit der die Herrschende Klasse der BRD - aber auch die bundesdeutsche Sozialdemokratie sie bedachte; andererseits wurde sie auch von der Hauptrichtung des Feminismus abgelehnt, weil sie an ihrer Sichtweise festhielt, dass die Unterdrückung der Frauen ihre Wurzeln in der kapitalistischen Gesellschaft hat, in der Unterdrückung der untergeordneten Klassen durch die herrschende Klasse - mehr als ein Ergebnis der Vorherrschaft der Männer dieser Gesellschaft.

Wir konnten für die vorliegende Arbeit auch auf Archivmaterial zugreifen, das der Öffentlichkeit erst seit dem Ende von UdSSR und DDR zugänglich ist.

Wir möchten mit der Herausgabe dieser Auswahl von Clara Zetkins Artikeln, Reden und Korrespondenzen sowie einem Sortiment von wissenschaftlichen Essays über sie, einen Beitrag dazu leisten, dass Clara Zetkin wieder der Platz eingeräumt wird der ihr zusteht. Sie war eine der heroischsten Persönlichkeiten der revolutionären Bewegung, die stets mit Nachdruck deren Deformationen, zuerst dem Reformismus und dann dem Stalinismus entgegentrat.

Anzeige

## Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

Bremen 1980, 65 Seiten, Broschur, 1,50 €.

Bestelladresse:  
T. Gradl, Postfach 910307  
90261 Nürnberg  
oder: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)

Anzeige

## Die Potsdamer Beschlüsse

Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, Broschur, 1,50 €.



Bestelladresse:  
T. Gradl, Postfach 910307  
90261 Nürnberg  
oder: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)

# Mölders-Feier „privat“

## Bundeswehr leistet für Verherrlichung von Wehrmachtsoffizier aktive Unterstützung



Beisetzung Oberst Werner Mölders – Nazigrößen betrauernten Werner Mölders mit einem Staatsbegräbnis in Berlin im November 1941  
Foto: Bundesarchiv

Die Bundeswehr duldet nicht nur die Glorifizierung des Wehrmachtsoffiziers Werner Mölders durch Gedenkfeiern auf militärischem Gelände, sie leistet diesen Umtrieben auch dauerhafte Unterstützung. Nachdem jW im vorigen Jahr über die Feierlichkeiten zum Todestag des Jagdfliegers berichtet hatte (vgl. Ausgaben 21.10. und 25.11.2015), erkundigte sich die Linksfraktion in einer kleinen Anfrage nach dem Verhältnis der Bundeswehr zu Mölders.

Der hatte im spanischen Bürgerkrieg der »Legion Condor« angehört, auf deren Konto etwa die Zerstörung der Stadt Guernica ging. Der Bundestag hatte bereits 1998 einem Antrag der PDS zugestimmt, auf jegliches ehrende Gedenken für ehemalige Condor-Angehörige zu verzichten. 2005 wurde dann endlich das nach dem Piloten benannte Jagdgeschwader 74 umgetauft. Dennoch finden auf der Luftwaffenbasis Zell weiterhin Mölders-Feiern statt – ausgerichtet von der »privaten« »Mölders-Vereinigung«.

Zu den Versuchen von Mölders-Anhängern, ihr Idol als mindestens

»unpolitisch«, wenn nicht sogar als heimlichen Widerstandskämpfer und Judenretter darzustellen, hatte das »Militärgeschichtliche Forschungsamt« der Bundeswehr bereits 2004 festgehalten, dass »ein grundsätzlich regimiekritisches Verhalten von Mölders nicht belegbar« sei.

Dennoch duldet die Bundeswehr nicht nur die – als »Jahrestreffen« verharmlosten – Mölders-Feiern auf ihrem Gelände, sondern hat den Mölders-Fans auch noch drei Räume in der »Wilhelm-Frankl-Kaserne« überlassen – unentgeltlich. Dort finden Redaktionsbesprechungen der Zeitschrift »Der Mölderianer« statt, und »einzelne Geschwaderangehörige erstellen freiwillig während der Dienstzeit in Nebenfunktion gelegentlich redaktionelle Beiträge«, so die Bundesregierung. Die Zeitschrift hat es in sich: In der Septemerausgabe aus dem vorigen Jahr hieß es, Mölders sei »vor dem Holocaust und bevor der Ostfeldzug sich zum Vernichtungskrieg steigerte« gestorben. Allerdings datiert Mölders Tod auf Ende November 1941, als Wehrmacht, Polizei und Einsatzgruppen schon fünf Monate lang in den be-

setzten sowjetischen Gebieten die jüdische Bevölkerung ermordeten, was die »Mölderianer« kurzerhand unterschlagen. Die Unterstützung der spanischen Faschisten wird in der gleichen Ausgabe unverhohlen gerechtfertigt: Hitler, so heißt es, »konterte damit den wachsenden sowjetischen Einfluss auf die sozialistische Volksfrontregierung Spaniens, die von der Sowjetunion auch militärisch massiv unterstützt wurde.« Von der Linksfraktion befragt, wieso die Bundeswehr ein Blatt unterstützt, das den faschistischen Angriff Francos, Mussolinis und Hitlers auf eine gewählte Regierung in eine Verteidigungshandlung umdeutet, weicht die Bundesregierung aus: Der Artikel gebe nur die Meinung des Verfassers wieder. Und gegen die Gedenkfeiern der »Mölders-Vereinigung« auf Bundeswehrgelände gebe es »keine rechtlichen Bedenken.« So wird der Bundestagsbeschluss durch eine formelle Privatisierung der Wehrmachts-Verherrlichung umgangen.

Ulla Jelpke

Wir Danken der Tageszeitung  
junge Welt und Ulla Jelpke für die  
Nachdruckgenehmigung

DIE TAGESZEITUNG  
**junge Welt**

Ausgabe vom 6. 2. 2016

Abo: Verlag 8. Mai

Torstraße 6

10119 Berlin

Tel. 030/53 63 55-80

Fax 030/53 63 55 44

[www.jungewelt.de/abo/printabo.php](http://www.jungewelt.de/abo/printabo.php)



## Leserbrief Zuschrift an die Redaktion

Liebe Genossinnen und Genossen,

in der *Arsti* Nr. 188 (Sommer 2015) habt ihr ein kurzes Resümee eines griechischen Genossen von Syriza über die Situation in Griechenland und die historische Rolle der KKE abgedruckt. Er bezieht sich auf Fehler, die von der KKE in der Vergangenheit begangen wurden. In den letzten Jahren hat die KKE die Fehler neu bewertet, die die KKE gemacht hat. Diese haben zu schrecklichen Niederlagen für die Kommunisten und die Massenbewegung, die sie anführte, geführt. Es lohnt sich, bestimmte Schlüsselereignisse zu betrachten, wo die KKE desaströse Entscheidungen traf, um zu sehen, ob die Partei dies heute anerkennt.

Wie in der *Arsti* beschrieben, setzte im August 1936 König Georg Ioannis Metaxas als Premierminister ein, der eine Diktatur errichtete. Als Italien Griechenland überfiel, unterstützte die KKE Metaxas bedingungslos.

Nach dem Überfall der Nazis auf die Sowjetunion gründete die KKE die EAM (Nationale Befreiungsfront) und ELAS (Griechische Volksbefreiungsarmee). Aris Velouchiotis spielte eine Schlüsselrolle bei der Bildung von ELAS aus Guerillagruppen in den Bergen. ELAS war die wichtigste Kraft, die die italienischen und dann die deutschen Besatzungstruppen bekämpfte. Es gab einige kleine bürgerliche Widerstandgruppen, die von den Briten unterstützt wurden. Zeitweise bekämpften diese ELAS, manche arbeiteten mit den Besatzern zusammen.

Im März 1944 gründete EAM die PEEA (Politisches Komitee der Nationalen Befreiung), eine Art Regierung in den Bergen, aber in Wirklichkeit ein Mittel, um zu verhandeln. PEEA wurde von Stalin nicht anerkannt. Aber es rief große Freude bei den griechischen Truppen in Ägypten hervor, die unter britischem Kommando standen; sie unterstützten überschwenglich die EAM. Als einige griechische Offiziere, die einen Text verfaßt hatten, der eine Regierung auf

Basis der PEEA forderte, inhaftiert wurden, führte dies zu einer Meuterei von griechischen Soldaten und Seeleuten. Die letzteren übernahmen ihre Schiffe. Die Meuterei wurde niedergeschlagen. Tausende der Teilnehmer wurden in Konzentrationslager in der Wüste verschleppt. Die KKE verdammt die Meuterei und nannte sie ein Verbrechen.

Im Mai 1944 trafen sich Delegierte von KKE, EAM und PEEA im Libanon mit Georgios Papandreou. Dieser war, mit Unterstützung der Briten, zum Premierminister einer Regierung der „nationalen Einheit“ ernannt worden. EAM erhielt 6 von insgesamt 24 Ministerposten.

Darauf folgte im September ein Treffen in Caserta in Italien, bei dem EAM bzw. ELAS zustimmten, ihre Truppen unter britisches Kommando zu stellen.

Im Oktober stimmte Stalin dann bei ihrem Treffen in Moskau dem Vorschlag Churchills zu, Osteuropa und den Balkan in "Einflußsphären" aufzuteilen; Griechenland lag im britischen Bereich.



ELAS Partisaninnen und Partisanen

Ebenfalls im Oktober zog sich die Wehrmacht aus Griechenland zurück; die Briten trafen zusammen mit der Papandreou-Regierung ein. Die Minister der EAM akzeptierten die Wiederherstellung des bürgerlichen Staates und seiner Polizeikräfte.

Ende November forderte General Scobie, der Kommandeur der britischen Truppen in Griechenland, dass ELAS die Waffen abgab. Die Minister von ELAS traten aus der Regierung aus. Sie forderten aber eine Entwaffnung aller bewaffneten Einheiten, ELAS eingeschlossen, und die Bildung einer Nationalgarde.

Im Dezember rief EAM zu einer großen Demonstration in Athen auf und zu einem Generalstreik am darauffolgenden Tag, um Druck auf die Regierung auszuüben. Die Regierung verbot die Demonstration und die Polizei, neben der britische Tanks standen, schoß und tötete 20 Demonstranten. Viel mehr wurden verletzt. Am 7. Dezember reagierte ELAS; sie holten ihre Streitkräfte nach Athen zum Kampf. Bald kontrollierten sie einen großen Teil der Stadt. Die britischen Streitkräfte waren umzingelt. Trotzdem bestritt die EAM Mitte Dezember jeden Wunsch, die Macht zu ergreifen oder eine linke Regierung zu installieren.

Ende Dezember kam Churchill nach Athen, um die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Der König wurde durch Erzbischof Damaskinos ersetzt, eine neue Regierung wurde gebildet, ohne EAM und Papandreou. Die KKE kapitulierte. Die Sowjetregierung, die den Kampf von ELAS nicht unterstützt hatte, anerkannte die neue britische Marionettenregierung. Die KKE stellte fest, dass der Konflikt zwischen ELAS und den Briten auf einem Mißverständnis beruhe.

Im Februar 1946 wurde das Varkiza-Übereinkommen unterzeichnet, wo-

rin die KKE die Demobilisierung von ELAS akzeptierte. Kurz darauf lehnte Aris Velouchiotis dieses Übereinkommen ab. Er zog sich mit Einheiten von ELAS in die Berge zurück in der Absicht, den Kampf fortzusetzen. Nikos Zachariadis, der nach der Befreiung aus Dachau von den Briten nach Athen zurückgefliegen worden war und die Führung der KKE übernommen hatte, denunzierte Velouchiotis. Die Kämpfer von ELAS, die sich gegen das Varkiza-Übereinkommen stellten, wurden als „Kriminelle“ und „Banditen“ bezeichnet. Kurz darauf wurde Velouchiotis von Regierungstruppen gefangen genommen und getötet. Die näheren Umstände blieben ungeklärt.

Ende März 1946 wurden Wahlen abgehalten. Die KKE und einigen Liberale boykottierten sie. In der Folge des Varkiza-Übereinkommens hatte die Linke unter starker Unterdrückung zu leiden; zehntausende wurden verhaftet, mehr als Tausend wurden ermordet. In dieser Situation gründete die KKE die Demokratische Armee von Griechenland (DSE), die einen beeindruckenden Kampf lieferte. Die Briten beendeten ihren Versuch, die Angelegenheiten von Griechenland zu regeln, wie sie es seit der Unabhängigkeit des neuen Griechenland vom Osmanischen Reich getan hatten. Sie wurden von den USA ersetzt. Anfang 1949 wurde General Markos allerdings als Oberkommandierender der DSE abgesetzt. Er wurde durch Zachariadis ersetzt, der die Taktik der „Bergfestung“ übernahm, d.h. Stellungskrieg. Er war immer noch auf der Suche nach einem Kompromiss mit dem Monarcho-Faschismus und hoffte auf eine Intervention der Vereinten Nationen. Im August 1949 war die DSE besiegt.

Im Gegensatz zu der Behauptung im Resümee in der Arsti ordneten nicht alle kommunistischen Parteien auf dem

Balkan die nationalen Interessen denjenigen der Sowjetunion unter. Die jugoslawische Partei tat das nicht, auch fiel sie nicht auf die Manöver der Briten herein. Dies alles wird dargestellt in dem Buch „Wie und warum der Volksbefreiungskampf von Griechenland mit einer Niederlage endete“. Es stammt von Svetozar Vukmanovic (General Tempo, Mitglied des Zentralkomitees der KPJ und Partisanenführer. Er schrieb es 1949; eine englische Ausgabe erschien 1950, ein Reprint 1985.

Ende 1942 wurde „General Tempo“ nach Mazedonien geschickt, um einen gemeinsamen Kampf der Partisanen von Albanien, Bulgarien und Griechenland mit Jugoslawen zu organisieren. „Tempo“ warnte die KKE davor, wohin ihre Linie der „nationalen Einheit“, der Zusammenarbeit mit den Briten und ihr Beachten von Stalins „Einflußsphären“-Politik führen würden.

„Tempo“ untersucht auch die chauvinistische Haltung der KKE gegenüber der slawischen Minderheit in Mazedonien, die zu verschiedenen Zeiten dazu führte, dass ihre Sprache verboten wurde, mazedonische ELAS-Einheiten entwaffnet wurden, immer und immer wieder Unterdrückung, die darin endete, dass sie im jugoslawischen Mazedonien Zuflucht suchten.

1980 veröffentlichte Svetozar Vukmanovic sein umfangreicheres Buch „Kampf um den Balkan“; eine englische Ausgabe folgte 1990.

Was den griechischen Kampf gegen die Austeritätspolitik betrifft, stimme ich zu, dass die KKE eine sektiererische Haltung eingenommen hat. Syriza hat die Massen mobilisiert; ein Teil ihrer Führungsriege hat kapituliert, aber der Kampf ist noch nicht vorbei. Die KKE hat scheinbar nichts anzubieten.

*Grüße, m.j.*

#### Anzeige

#### SCHWERPUNKT: GELEBTE SOLIDARITÄT MIT FLÜCHTLINGEN

- \* durch kreative Antworten die Welt verändern
- \* Baustelle Zukunft
- \* Narzissmus im Netz
- \* Tactical Technology Collective
- \* Wandel in der Wiener Seestadt Aspern

Ein Schnupperabo 3 Monate frei Haus - für nur 7,50 €!  
Endet automatisch und muss nicht gekündigt werden!  
Gegen Vorkasse: Schein / Briefmarken / Bankeinzug.  
Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.,  
Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel [www.contraste.org](http://www.contraste.org)

#### CONTRASTE DIE MONATSEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION



#### OFFENER BRIEF VON CECOSOLA

Wir möchten hier und heute versuchen, euch den derzeitigen Stand einiger Prozesse aus unserer Sicht zu schildern

#### DIE KULTUR DES FACILISMO ÜBERWINDEN

Der facilismo steht für Konkurrenz, Anführerkult und unterwürfiges Verhalten. Diese Kultur soll radikal geändert werden.

#### BIOBODEN EG

Die BioBoden Genossenschaft weitet Flächen für die ökologische Landwirtschaft aus und sorgt so für mehr regionale Bio-Lebensmittel aus Deutschland.



## Leserbrief Zuschrift an die Redaktion

Liebe Genossinnen und Genossen,

im aktuellen Heft Winter/2015 wird ein wenig beklagt, dass die Resonanz auf Beiträge in der *Arbeiterstimme* gering sei. Vielleicht kann ich ein wenig zur Behebung dieses Sachverhaltes beitragen und möchte mich in diesem Zusammenhang des aktuellen Themas Flüchtlinge/Zuwanderung annehmen.

Dabei kann ich mich nicht erinnern, dass es bei einem Problem von gesellschaftlicher Relevanz mal eine solche Polarisierung gegeben hätte.

Einer der Gründe hierfür ist aus meiner Sicht ein in Grenzen verständliches Verhalten der Linken (und hier selbstverständlich nicht nur der Partei), für die es immer ein Gebot war, Verfolgten und Schutz suchenden Hilfe zu gewähren.

Wäre es bei ein paar tausend Menschen geblieben, die zugleich nicht auch ein Bleiberecht eingefordert hätten, so hätte sich jede weitere Diskussion erübrigt, denn es wäre in Einigkeit mit der Kanzlerin durchaus zu schaffen gewesen.

Die Situation stellt sich aber aus unterschiedlichen Gründen deutlich schwieriger dar, was wiederum sehr unterschiedliche Reaktionen in der Bevölkerung auslöst.

In diesem Zusammenhang ist es von Bedeutung, dass es eine seit Jahren geführte Demographie-Debatte gibt, die auch von Teilen der Linken kritiklos hin genommen wurde. Der Tenor war stets, dass eine überalternde Bevölkerung die Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik Deutschland längerfristig nicht aufrecht erhalten könne, noch seien die Renten im Sinne notwendiger Weiterentwicklung zu garantieren. Der Schlachtruf "Wir brauchen Zuwanderung" war geboren und es hätte ein Blick ins Internet genügt, wo der Mathematiker und Statistiker Gerd Bosbach exakt vorrechnet, wer an einer solch unsinnigen Kampagne ein Interesse haben kann. In erster Linie ist es die Versicherungswirtschaft.

Dass dann auch noch der BDI zunächst die Massenzuwanderung begrüßte, hätte stutzig machen müssen.

Das heißt zugleich, dass die Flüchtlinge in der ersten Phase von der Bundesregierung und den Medien als ökonomische Bereicherung gefeiert wurden. Der Tenor war ganz und gar nicht der, dass

es hier eine sehr große humanitäre Aufgabe zu lösen gelte.

Das war eine der ersten politischen Irreführungen und es muss nicht verwundern, dass sie nicht von allen kritiklos hin genommen wurde, wohl wissend, dass eine Rundum-Versorgung tausender meist mittelloser Menschen nicht aus dem Ärmel zu schütteln ist.

Auch rechtliche Bedenken wurden, wie etwa auch von Prof. Christian Hafte geäußert, wenn er das geltende Staatsrecht außer Kraft gesetzt sah, da sich die Behörden außerstande sahen, einen geordneten und kontrollierbaren Zustrom zu gewährleisten, was zur Folge hat, dass sich derzeit 300 – 400 000 Menschen ohne jede Registrierung durch das Land bewegen.

Die Linke hat sich auf einen Standpunkt zurück gezogen, dass weder die Anzahl der einwandernden Menschen, noch ihre politisch-kulturelle Befindlichkeit, oder auch ihre angemessene Versorgung bei gutem Willen ein ernsthaftes Problem darstellt. Das Problem wird lediglich dort verortet, wo man fremdenfeindliche oder rassistische Tendenzen ausfindig gemacht hat, denen nicht angemessen begegnet wird. Dabei wird der Rassismus-Begriff in höchst bedenklicher Weise auch für einen grundsätzlich religionskritischen Ansatz gegenüber dem Islam geltend gemacht. Hier ist eine nachgerade orwellsche Sprachregelung entstanden, die – so sie fort besteht – einen vernünftigen Diskurs verunmöglicht.

Wenn wir im günstigsten Falle annehmen wollen, dass die Mehrzahl der einwandernden Menschen mit vornehmlich muslimischem kulturellen Hintergrund in einem nicht näher zu definierenden Sinne als säkular gelten können, dann bleibt immerhin noch ein massiver Antisemitismus und eine sehr sehr konservative Grundierung.

Muslimische Männer verlieren bei einer Anpassung an ein europäisches Rechtsverständnis eine ganze Reihe von Privilegien. Warum sollten sie das also mit Begeisterung betreiben?

Wir wissen vor allem aus dem Süden Frankreichs, wie sich dort nicht Parallel-, sondern muslimische Gegengesellschaften manifestieren, die sich klar von französischem Kulturverständnis abzugrenzen wissen und daran nicht gehindert werden.

Es hat in den zurückliegenden Jahren in Europa keine Kulturdebatte gegeben und obwohl aus marxistischer

Sicht der Kultur und Demokratiebegriff nicht statisch ist und Demokratie immer auch Austausch meint, sind gewisse Bedenken gegenüber religiös-politischem Anspruchsdenken im Zusammenhang mit einem Rechtsverständnis, das unter dem Vorbehalt der Sharia begriffen wird, sehr wohl berechtigt und alles andere als profane und rechtslastige Hetze.

Wenn die Linke das nicht auseinanderhalten kann, macht sie sich lächerlich und wird sich an den Rand der Gesellschaft manövrieren.

Ein wohlfeiles Argument ist es auch, in letzter Konsequenz die Fluchtursachen bekämpfen zu wollen, wobei linke Politik ja hierbei militärisches Handeln ausschließen will.

Natürlich, aber das ist ein Jahrhundertprojekt, bei dem man sich unvermeidlicherweise vergegenwärtigen muss, dass sich die sog. Schurkenstaaten lediglich ablösen werden.

*Herzliche Grüße und ein gutes neues Jahr!*  
Michael M.

Anzeige



### Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a  
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR  
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)  
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

[www.antifainfoblatt.de](http://www.antifainfoblatt.de)  
mail@antifainfoblatt.de

facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt  
twitter.com/AntifainfoBlatt

**Kostenloses Probeexemplar**

Anzeigen



**Solidarität organisieren  
Mitglied werden!**

**ROTE HILFE e.V.**

**Unsere Solidarität gegen ihre Repression!**  
bundesvorstand@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de

Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.  
Sparkasse Göttingen

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39  
BIC: NOLADE21GOE

**DIE ROTE HILFE**  
Zeitung gegen Repression



**DIE ROTE HILFE** erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

# BAYER - Aktien

## in Aktion!

Stimmrechte übertragen.  
Kritische BAYER-AktionärInnen unterstützen.




Wenn Sie BAYER-Aktien im Depot haben, nehmen Sie Ihre Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt ernst. Übertragen Sie die Stimmrechte den Kritischen BAYER-AktionärInnen.

Bitte ausschneiden und zurücksenden: Coordination gegen BAYER-Gefahren • Postfach 150418, 40081 Düsseldorf • Fax 0211 - 33 39 40 • info@CBGnetwork.org

**www.cbgnetwork.org**

- Ja, ich möchte mehr Informationen.
- Ja, ich besitze BAYER-Aktien und möchte meine Stimmrechte den Kritischen-AktionärInnen übertragen.
- Ja, ich spende ..... €
- Ja, ich abonniere Stichwort BAYER für 30,- € im Jahr
- Ja, die CBG braucht Rückenstärkung, ich werde Mitglied (SWB-Abo ist im Beitrag enthalten).  
Mein Beitrag soll im Jahr betragen (mind. 60 €/Jahr) ..... €  
Bitte abbuchen:
  - monatlich
  - vierteljährlich
  - halbjährlich
  - jährlich

Für Abo, Beitrag und/oder Spende bitte die Lastschrift ausfüllen.

Bitte deutlich schreiben (falls Platz nicht reicht, bitte Extrablatt beifügen)

Name, Vorname:  Alter:  Beruf:

Straße, Hausnr.:  PLZ, Ort:

eMail:  Telefon:

Geldinstitut:  Bankleitzahl bzw. BIC:

Konto-Nr. bzw. IBAN:  Datum, Unterschrift:

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Kontos verlangen, wenn ich das Kreditinstitut nicht benachrichtige. Gläubiger-ID: DE21CBG00000021028

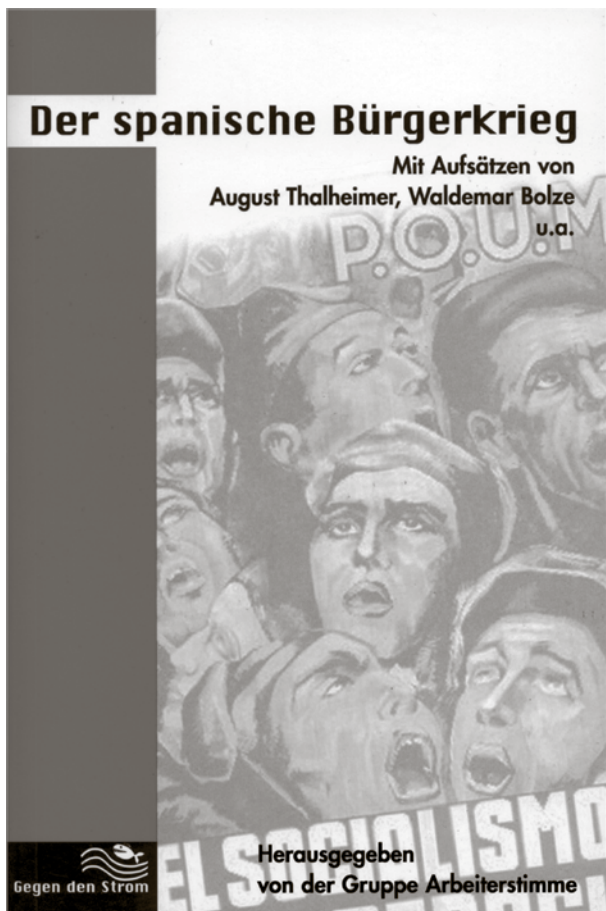
## Literaturliste

<b>K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition</b> eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten, 14,00 €
<b>Die Bremer Linksradiakalen</b>	66 Seiten, 2,00 €
<b>Register der „Arbeiterstimme“</b> 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989	je 1,00 €
<b>Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten</b> (Hrsg. Achim Kowalczyk)	<b>Sonderpreis</b> 192 Seiten, 5,00 €
<b>Immer noch Kommunist?</b> Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: <b>Gegen den Strom</b> , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: <b>Heinrich Brandler</b> – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: <b>Einführung in den dialektischen Materialismus</b> Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
<b>Zurück in die Eierschalen des Marxismus?</b> Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
<b>1923, eine verpaßte Revolution?</b> Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
<b>Um was geht es? Zur Krise der KPD</b> (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
<b>Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)</b>	1931, 75 Seiten, 3,00 €
<b>Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?</b> Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
<b>Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?</b>	1932, 27 Seiten, 1,50 €
<b>Volksfrontpolitik</b> , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
<b>Fluchtpunkte</b> , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
<b>Die Potsdamer Beschlüsse</b> , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
<b>Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg</b> (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
<b>Weißer Flecken</b> , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
<b>August Thalheimer and German Communism</b> – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
<b>Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion</b> (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
<b>Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution</b> (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
<b>Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion</b> , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
<b>Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie</b> (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
<b>Der Weg der Gewerkschaften</b> , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
<b>Ostblock - Westblock</b> , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
<b>Der Faschismus in Deutschland</b> , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg oder [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)



# Der spanische Bürgerkrieg



Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion

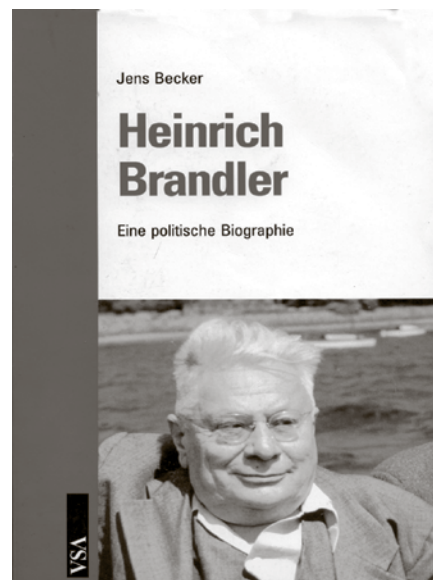
über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

**240 Seiten, Paperback, 12,- €**

ISBN 3-00-010296-5  
Herausgegeben von der *Gruppe Arbeiterstimme*

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.



**510 Seiten, Paperback, 20,- €**  
ISBN 3-87975-767-4



**624 Seiten, Paperback, 20,- €**  
ISBN 3-87975-836-0

## Faschismus in Deutschland

Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933 (aus „Gegen den Strom“). Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt/M. 2. erweiterte Auflage 1981 mit zwei neuen Kapiteln, 296 Seiten, Klebebindung. 8,- €

Bestelladresse:  
T. Gradl, Postfach 910307  
90261 Nürnberg  
oder: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)



Bestelladresse:  
T. Gradl, Postfach 910307  
90261 Nürnberg  
oder:  
[redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)